Dienstag, 23. August 1983 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 195 - 34.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 6,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Schuldenabbau: Finanzminister Stoltenberg bekräftigt den von der Regierung Kohl eingeschlagenen Kurs der Haushaltskonsolidierung durch schrittweise Rückführung der Netto-Neuverschuldung.

Carstens nicht in „DDR": Der Bundespräsident wird einer Einladung von SED-Chef Honecker zur Luther-Feier in Ost-Berlin nicht folgen. Für die kirchliche Feier liegt ihm keine Einladung vor. (S. 1)

SPD Hessen mahnt Fraktion: Unzufrieden mit der Wahlkampf-Unterstützung durch die Bundestagsfraktion ist der stellvertretende SPD-Landsvorsitzende Görlach.

Union gegen Anerkennung: Gegen offizielle Kontakte zwischen Bundestag und „DDR"-Volkskammer wendet sich der Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, Bötsch. Im Gegensatz zu allgemeinen Begegnungen würde damit nur ein *Legitimations*bedürfnis der „Volkskammer" befriedigt. Die SPD beharrt auf offiziellen Treffen.

Unruhen in Pakistan: Bei Demonstrationen trotz Kriegsrecht bisher 14 Tote und 715 Festnahmen.

Blumenfeld warnt: Der Export deutscher Kampfpanzer Leopard 2 würde die deutsch-israelischen Beziehungen empfindlich schädigen, erklärt der Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft. (S. 1)

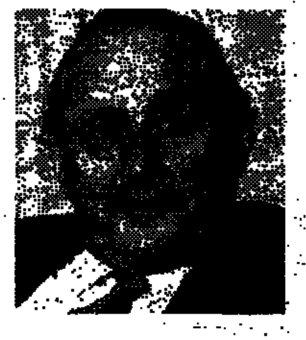
Kirche gegen „Widerstand": Die badische und die württembergische evangelische Landeskirche wenden sich entschieden gegen den für den 16. November geplanten „Widerstandstag der Kirchen" gegen die NATO-Nachrüstung. (S. 4)

Israel zögert: Der Termin für den Rückzug der israelischen Truppen zum Awali-Fluß in Südlibanon verzögert sich aufgrund der *prekären Lage in Libanon. In* Beiruts Umgebung wieder heftige Artilleriegefechte. (S. 8)

Flucht über Ungarn: Eine dreiköpfige Familie aus der „DDR" ist mit Hilfe eines Fluchthelfers aus der Bundesrepublik über Ungarn nach Österreich in die Freiheit geflohen. Ein weiteres Ehepaar aus der „DDR" kam über die CSSR-Grenze nach Bayern.

Heute: Cuellar verhandelt in Südafrika über Namibia-Lösung. – Schwedischer Ministerpräsident Palme bei Papandreou in Athen.

ZITAT DES TAGES



„Wer den Terminkalender des Doppelbeschlusses verschieben will, macht ein konkretes Verhandlungsergebnis jetzt unmöglich. Er trägt damit zur Fortdauer der sowjetischen Raketenbedrohung bei."

Außenminister Genscher vor dem FDP-Präsidium zu den von der SPD aufgegriffenen Vorschlägen Griechenlands, die NATO-Nachrüstung um ein halbes Jahr zu verschieben. FOTO: POLYPRESS

WIRTSCHAFT

China: Günstigere Finanzierung oder Streichung von Aufträgen an deutsche Firmen, warnt Vize-Handelsminister Wei Yuming.

Kernkraft: Die Arbeit in einem Atomkraftwerk ist so ungefährlich wie Schreibtischarbeit (Analyse des Deutschen Atomforums).

Bayer: Weltumsatz im ersten Halbjahr um 1,5 Prozent auf 18,5 Milliarden, Gewinn (bei der AG) vor Steuern umj 20,1 Proze auf 507 Millionen (weltweit auf 860 Millionen) gestiegen. (S. 10)

Entsorgung: Das deutsche Konzept hat sich bewährt, stellt die Bundesregierung im Entsorgungsbericht fest. (S. 9)

Deutschlands „große 500": Zum 8. Mal veröffentlicht die WELT die „Liste der 500 größten deutschen Unternehmen", die wieder von der Veba AG mit einem Umsatz von erstmals mehr als 50 Milliarden DM angeführt wird. (S. 12 und 13).

Börse: Bei lustlosem Geschäft gaben die Kurse an den Aktienmärkten durchweg nach. Der Rentenmarkt war freundlich. WELT-Aktienindex 139,4 (139,8). Dollarmittelkurs 2,6402 (2,6497) Mark. Goldpreis pro Feinunze 421,75 (417,75) Dollar.

KULTUR

Edinburgh: Glanzvolle Eröffnung der Festspiele mit Beethovens Neunter Symphonie durch die Londoner Philharmoniker.

Riga: Ein Restaurierungsplan für die mittelalterliche Altstadt vom lettischen Ministerrat genehmigt.

Bibliotheken: 49. Verbandskongreß mit über tausend Teilnehmern in der Münchner Residenz eröffnet (bis 27. August). (S. 15).

Schulen: In Nordrhein-Westfalen durch Pillenknick 119 600 Schüler weniger – Anstieg nur noch in den Gesamtschulen.

SPORT

Fußball: Der Holländer Rinus Michels hat um seine Entlassung beim 1. FC Köln gebeten. Manager Hannes Löhr wird jetzt auch noch das Traineramt ausüben.

Segeln: Joachim Griese (Hamburg) und sein Vorschootmann Michael Marcour (Möhnesee) wurden bei der Weltmeisterschaft der Starboote vor Los Angeles Zweite.

AUS ALLER WELT

Mordserie: In Joliet (US-Staat Illinois) sind in den letzten zwei Monaten 14 Leichen von Mordopfern gefunden worden. (S. 16).

Lastwagen-Mafia: Im letzten Jahr sind 6000 meist ausländische Lastwagen samt Ladung in Italien geraubt worden. (S. 16).

Wetter: Feucht-warme Luft bleibt in ganz Deutschland wetterbestimmend. Nach Frühdunstauflösung heiter bis wolkig, 28 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Stoltenberg: Es geht nicht ohne solide Haushaltspolitik

Lob für die Bundesbank / Sorgen wegen des hohen Etat-Defizits der USA

DW. **Frankfurt**

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg hat gestern die Entschlossenheit der Bundesregierung bekräftigt, an dem eingeschlagenen Kurs der Reduzierung der Netto-Kreditaufnahmen festzuhalten. Stoltenberg sagte in Frankfurt, nur eine solide Haushaltspolitik könne kleine und *große Anleger davon überzeugen*, daß Befürchtungen, wachsende Haushaltsdefizite würden letztlich durch Geldschöpfung der Notenbank finanziert, unbegründet seien.

Der Finanzminister betonte, mit einem guten Zusammenwirken der Finanz- und Geldpolitik müsse der Wirtschaft wieder ein verläßlicher Rahmen gegeben werden, der Vertrauen schafft und zukunftsorientierte Entscheidungen zuläßt. Die Finanzpolitik leiste ihren entscheidenden Beitrag dafür mit einer Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.

In der Geldpolitik ist sich der Bundesfinanzminister mit der Bundes*bank darin einig, daß es gegenwärtig* auch in der Geldpolitik darauf ankommt, den Aufschwung zu sichern, ohne die bisher erreichte Stabilität *wieder zu gefährden. Das erfordere* eine sehr sorgfältige Dosierung der Geldpolitik.

Stoltenberg hält es für wichtig, daß sich die Bundesbank durch die internationalen Zinssteigerungen und durch den Druck auf den Wechselkurs der Mark nicht hat von ihrem Kurs abbringen lassen. Diese Grundausrichtung sei angesichts des günstigen Preisklimas und der guten Außenhandelspolitik in der Bundesrepublik Deutschland voll gerechtfertigt.

SEITE 9:
Bundesbank am Scheideweg

Erhebliche Sorgen bereitet Stoltenberg immer noch die Abhängigkeit der deutschen Zinsen von den amerikanischen. „Seit dem Frühjahr sind die US-Zinsen um etwa eineinhalb Prozentpunkte gestiegen. Hauptursache sind die Schwierigkeiten der USA, ihre Haushaltsprobleme zu lösen. *Das Defizit des Bundeshaushalts* dort hat in diesem Jahr mit 210 Milliarden Dollar eine Größenordnung erreicht, die der privaten Netto-Er*sparnis in den USA nahezu ent*spricht. Es übt einen starken Sog auf die Kapitalmärkte anderer Länder aus", sagte Stoltenberg. Der Konjunkturaufschwung in den USA habe zwar bereits eine Reduzierung der Defizit-Schätzung für 1984 erlaubt; nachdrückliche Anstrengungen zur Reduzierung des Defizits seien aber weiter erforderlich.

Zur Entwicklung des Dollar-Kurses in den letzten Wochen meinte Stoltenberg, es verstärke sich der Eindruck, daß auch die USA selbst jetzt deutlicher die Gefahren des hohen Dollar-Kurses sähen. Es sei eine starke Verschlechterung der US-Leistungsbilanz im Gange, mit entsprechenden *Rückwirkungen auf die ei*gene Konjunktur.

Interventionen von Notenbanken, wie sie in letzter Zeit mehrfach erfolgt sind, könnten, so Stoltenberg, nicht viel mehr als ein Signal sein. Ein stärkerer kursdämpfender Einfluß werde aber „auf etwas längere Sicht" wahrscheinlich von der Ver*schlechterung* der *US-Leistungsbi*lanz ausgehen. Wesentlich bleibe aber die weitere Finanz- und Geldpolitik.

Blumenfeld warnt vor Panzerexport

Deutsch-Israelische Gesellschaft: Verhältnis zu Jerusalem würde Schaden nehmen

RAFAEL SELIGMANN, **Bonn**

Schwere Schäden für das deutsch-israelische Verhältnis sieht der Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Erik Blumenfeld, für den Fall voraus, daß sich die Bundesrepublik Deutschland entscheiden sollte, Panzer nach Saudi-Arabien zu exportieren.

In einem Interview mit dem Deutschlandfunk sagte Blumenfeld gestern: „Es dürfen keine Panzer an arabische Staaten geliefert werden, die sich mit Israel im Zustand des Heiligen Krieges befinden." Die Unschuld einer deutschen Politik, die *beinahe zwei Generationen lang* in einer „restriktiven Politik des Waffenexportes" bestanden habe, dürfe „nicht ausgerechnet in Nahost" verlorengehen.

Blumenfeld wies auf die „historische, moralische und politische Verantwortung" hin, die der Bundesrepublik Deutschland besondere Verpflichtungen im Verhältnis zu Israel auferlege.

Deutsche Panzer von so extrem hoher Qualität" (wie der Leopard 2) in den Händen der Saudis würden deutsches Wartungspersonal notwendig machen, sagte Blumenfeld. Er frage sich, ob „nach sowjetischen Beratern in Syrien nun auch bundesdeutsche in die Nähe der arabisch-israelischen Grenzregion gerückt und stationiert" werden sollen. Dies seien auch Fragen, die in Israel gestellt würden. Die Israelis würden darauf hinweisen, daß „die Saudis in den bisherigen israelisch-arabischen Kriegen immer wieder, nicht nur mit gewaltigen Geldmitteln, sondern auch mit Waffen und Flugzeugen, ihre arabischen Verbündeten gegen Israel" unterstützt hätten. Eine Lieferung deutscher Panzer bedeute aus israelischer Sicht, „daß dann diese Panzer im Jordanland auffahren können und die Israelis bedrohen". Dadurch würde das deutsch-israelische Verhältnis zweifelsohne belastet werden.

Blumenfeld, der den Bundeskanzler auf seiner Reise in mehrere Nahoststaaten nach Israel begleiten wird, sprach sich dafür aus, Kohl solle die Frage der Waffenlieferungen in Saudi-Arabien und in Ägypten sehr eingehend erörtern und die deutschen Beweggründe klarmachen. Kohls Losung für Zentraleuropa laute: Mit weniger Waffen Frieden schaffen. Dies gelte insbesondere auch für den Nahen Osten, sagte Blumenfeld. Die Frage deutscher Waffenlieferungen in den Nahen Osten müsse „nach Abwägung aller Güter staatsmännisch-politisch entschieden" werden. Und die Antwort müsse eindeutig sein: „Nie wieder dürfen deutsche Waffen nach all den furchtbaren Ereignissen des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges jüdische Menschen bedrohen, in ihrer neuen Heimat Israel insbesondere nicht."

Auf die Frage nach den Auswirkungen eines Verzichts der Panzerlieferungen nach Saudi-Arabien auf die deutschen Arbeitsplätze sagte Blumenfeld: „Wenn unsere Wirtschaft in einem solchen Maße von den Lieferungen an Rüstungsgütern abhängig würde, dann glaube ich nicht, daß dies sich zum Segen der deutschen Wirtschaft und der deutschen Zahlungsbilanz auswirken würde." Er befürchte keinen Rückgang in der deutschen Industrieproduktion, falls die Panzer nicht geliefert würden.

Weltraumrüstung: Moskaus Absichten

Der Vorschlag der Sowjetunion zielt auf eine inneramerikanische Auseinandersetzung

RÜDIGER MONIAC, **Bonn**

Nach dem ersten Schritt von Staats- und Parteichef Andropow, seiner Ankündigung, die Sowjetunion werde nicht als erste Waffen im Weltraum stationieren, hat die Sowjetunion nun sofort den zweiten getan, indem sie der bevorstehenden 38. Vollversammlung der Vereinten Nationen einen in Einzelheiten gehenden Entwurf zur Beendigung der Rüstung außerhalb der Erdatmosphäre vorlegte. Der Vorschlag für einen Vertrag wurde von Außenminister Gromyko brieflich UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar erläutert und in großer Breite in den Moskauer Zeitungen angekündigt.

Danach sieht der Vertragsentwurf das Verbot für die Stationierung und den Test jeglicher Waffen im Weltraum vor, die Ziele auf der Erde, auf anderen Planeten oder andere Satelliten treffen können. Der Entwurf möchte, daß sich alle Unterzeichnerstaaten verpflichten, zivile Satelliten anderer Staaten nicht zu zerstören, ebenso ihre normalen Funktionen nicht zu beeinträchtigen. Auch sollen Tests für neue „Killer-Satelliten" verboten und schon existierende Systeme zerstört werden. Schließlich sollen keine bemannten Weltraumflüge mehr für militärische Zwecke erlaubt sein.

Als entscheidenden Kern enthält der Entwurf aus Moskau in der Frage der Überprüfbarkeit der Verabredungen die Formel, dazu sollten „nationale technische Mittel" eingesetzt werden, wobei die allgemein anerkannten internationalen Rechtsgrundsätze beachtet werden sollen.

Schon die bisherige Verhandlungsarbeit der beiden potentiellen Weltraummächte USA und UdSSR beim Ziel, die atomare Rüstung zu begrenzen, hat jedoch gezeigt, daß „nationale technische Mittel" nicht mehr ausreichen, mit der nötigen Sicherheit festzustellen, ob die jeweilige Gegenseite sich an die Vertragsverabredungen hält.

Deshalb, so steht zu erwarten, wird ein amerikanisch-sowjetischer Vertrag START, der möglicherweise im Laufe der nächsten Monate Gestalt annimmt und die Reduzierung der strategischen Waffen mit interkontinentaler Reichweite zum Ziel hat, von den USA nur dann akzeptiert werden, wenn mit ihm mehr garantiert ist als die Überprüfbarkeit der Vereinbarung mit „nationalen technischen Mitteln". Hinter dieser Formel verbirgt sich die Anwendung der Satelliten-Photographie und der Überwachung des Funkverkehrs zwischen der Bodenstation und Flugkörpern im Test.

Die USA denken zur Sicherung der Überprüfungen an „Inspektionen vor Ort". Wenn sich die Sowjetunion beim jetzt vorgeschlagenen Weltraumvertrag mit dieser Verifizierungsmethode nicht einverstanden erklären sollte, sehen Fachleute voraus, daß der Entwurf scheitern wird.

Die sowjetische Initiative bliebe dann auf der Propaganda-Ebene, auf die sie am Montag auch in einem Kommentar des Ostberliner „Neuen Deutschland" geschoben wurde. Ihre „weitreichende Bedeutung" und die „einseitige Vorleistung", in Gestalt des sowjetischen Verzichts auf die Stationierung von Waffen im Weltraum als erste Macht, wird im „ND" sogleich den „abenteuerlichen Plänen westlicher Hochrüster" gegenübergestellt.

● **Fortsetzung Seite 8**

Pakistans Militärregime in Bedrängnis

Unruhen weiten sich aus / Opposition fordert Wahlen / Präsident will hart durchgreifen

AP/rtr, **Islamabad**

Nach sechs Jahren relativer Ruhe sieht sich das pakistanische Militärregime unter Zia ul-Haq jetzt einer *ernsten Herausforderung gegenüber*. Die in der Provinz Sind im Süden des Landes begonnenen Unruhen breiten sich allmählich über das gesamte Land aus. Bisher sind mindestens 16 Menschen ums Leben gekommen, mehr als 1000 wurden verhaftet.

Die aus acht verbotenen Parteien bestehende „Bewegung für die Wiederherstellung der Demokratie" (MRD) hatte am 14. August eine Kampagne des zivilen Ungehorsams begonnen, um die Rückkehr zur Demokratie zu erzwingen. Seitdem sind staatliche Banken, Gefängnisse und Einrichtungen der Eisenbahn in Flammen aufgegangen. Die Opposition fordert die Aufhebung des seit sechs Jahren herrschenden Kriegsrechts und die sofortige Abhaltung allgemeiner Wahlen.

Für den Fall der Fortsetzung regie*rungsfeindlicher* Aktionen hat die Militärregierung jetzt mit der strikten Anwendung der Kriegsrechtsverordnungen gedroht. Jeder Verstoß gegen Recht und Ordnung werde hart bestraft, sagte ein Sprecher.

Am Wochenende hatten sich erstmals Medizin-Studenten in Jamshoro an den Protesten beteiligt. Für heute ist in der Provinz Baluchistan zu einem Generalstreik aufgerufen worden.

Mit der Begründung, in Pakistan gebe es noch zu viele Unruhen, sind die Wahlen von Präsident Zia ul-Haq zweimal verschoben worden. Sie sollen jetzt 1985 stattfinden.

Die Wahlen, die die Einführung eines Präsidialsystems vorsehen, werden von der Opposition abgelehnt, da ein solches System noch die Herrschaft der Militärs verlängern würde. Ein politisch-religiöser Führer in der Provinz Sind, Pir Saeed Jan Sarhandi, teilte mit, er und weitere 200 Kandidaten würden auch die Kommunalwahlen im nächsten Monat boykottieren. Sie finden auf Parteibasis statt, was nach Ansicht der Opposition darauf abzielt, der Regierung nicht genehme Kandidaten auszuschließen.

Sind, wo die Unruhen ihren Ausgang nahmen, ist die Heimat des 1977 von Zia gestürzten verfassungsmäßigen Ministerpräsidenten Bhutto, der später unter dem von ihm bestrittenen Vorwurf, an einer Mordverschwörung teilgenommen zu haben, *hingerichtet* wurde.

DER KOMMENTAR

Als Erbe Adenauers

Von AXEL SPRINGER

Es dürfen keine Panzer an arabische Staaten geliefert werden, die sich mit Israel im Zustand des ‚Heiligen Krieges' befinden." Das ist der Schlüsselsatz in Erik Blumenfelds Interview mit dem Deutschlandfunk. Der Hamburger CDU-Politiker sprach von der „besonderen historischen, moralischen und politischen Verantwortung" der Deutschen gegenüber Israel.

Es hat deutsche Politiker gegeben, die daran Zweifel äußerten und diese besondere Verpflichtung, die aus den Schatten der Vergangenheit erwuchs, als erledigt betrachteten – so, als hafteten rechtschaffene Söhne nicht für Schuld und Schulden der Väter.

Wenn nun der Bundeskanzler das Heilige Land besucht, das jahrelang vergeblich auf seinen Vorgänger im Amt gewartet hatte, dann gebührt dem Reisenden das Vertrauen, von dem auch Erik Blumenfeld sprach.

Helmut Kohl reist in dieses unvergleichliche Land als Erbe Konrad Adenauers. Es war der erste Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, der zusammen mit David Ben Gurion das Werk der Aussöhnung begann. Es war Adenauer, der die Wiedergutmachung auf den Weg brachte, die er immer als eine nicht nur materielle, sondern auch ideelle Aufgabe verstand. Darin war er konsequent, und kein Politiker kann für sich in Anspruch nehmen, in seiner Tradition zu handeln, der auch nur erwägt – oder gar empfiehlt –, Saudi-Arabien mit dem „Leopard 2" auszurüsten, dem technisch wohl besten Panzer der Welt.

Unmoralisch wäre, seine Hände dabei in Unschuld und in Öl waschen zu wollen. Denn Saudi-Arabien gehörte zu den Aggressoren der Kriege, die gegen Israel geführt wurden.

Syrien, das sich in Libanon als Besatzungsmacht aufspielt und von Moskau mit Waffen und militärischen Beratern vollgepumpt wird, ist zum neuen, brisanten Kriegsrisiko im Nahen Osten geworden. Wenn Deutsche durch Waffenlieferungen an einen der Gegner Israels zu diesem Risiko beitrügen, hätten sie historisch versagt und die Chance der Wiedergutmachung verspielt, die der Herr der Geschichte ihnen gab.

Bundeskanzler Kohl erkennt das mit der gebotenen Klarheit. Sein lobenswerter Wille, ein gutes Einvernehmen mit den arabischen Staaten zu fördern, wird ihn nicht dazu verführen, die Lebens-, Freiheits- und Sicherheitsrechte Israels zu mißachten. Er reist in den geschichtlichen Spuren Konrad Adenauers. Die Mehrheit der Deutschen begleitet ihn dabei in gleichem Geiste.

Carstens nicht zur Luther-Feier nach Ost-Berlin

MANFRED SCHELL, **Bonn**

Bundespräsident Karl Carstens wird nicht an der staatlichen Feier *aus Anlaß des 500. Geburtstages von* Martin Luther teilnehmen. Die Einladung zur Teilnahme an diesem Festakt am 9. November in Ost-Berlin hatte SED-Generalsekretär Erich Honecker in einem Brief an Carstens ausgesprochen. Die offizielle Entscheidung von Bundespräsident Carstens soll in den nächsten Tagen er*folgen, doch sie steht intern* bereits fest.

Das Staatsoberhaupt hält eine solche Teilnahme an der Feier in Ost-Berlin für nicht vereinbar mit der rechtlichen Situation im geteilten Deutschland. Die Bundesregierung hat, ehe Carstens in Urlaub gegangen war, dem Bundespräsidenten ihre *Haltung zu einer eventuellen Reise* nach Ost-Berlin dargelegt und dabei die rechtliche und politische Problematik aufgezeigt. Diese kam der Empfehlung an Carstens gleich, nicht nach Ost-Berlin zu fahren. Carstens selbst waren von Anbeginn an diese Schwierigkeiten bewußt. Schon frühzeitig hieß es im Präsidialamt, Carstens könne in Ost-Berlin nicht als „fremdes Staatsoberhaupt auftreten oder sich als solches behandeln lassen". Außerdem seien neben prinzipiellen politischen Aspekten auch Statusfragen Berlins aufgeworfen.

Der Wunsch des Bundespräsidenten war es deshalb, an einer der kirchlichen Luther-Feiern teilzunehmen. Die kirchliche Abschlußfeier findet am 10. November in Eisleben statt. Dafür liegt Carstens aber keine Einladung vor.

SPD begrüßt Aufschubplan Athens für Genf

dpa, **Athen**

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat die griechische Initiative für einen *sechsmonatigen Aufschub der Statio*nierung von Pershing-2-Raketen und Cruise-Marschflugkörpern in Europa begrüßt. Zugleich kritisierte Brandt die Eile, mit der Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher als erster der neun EG-Partnerstaaten negativ auf den griechischen Vorschlag reagiert habe.

Brandt sagte in einem Interview des griechischen Fernsehens, der griechische Vorschlag stimme in den meisten Punkten mit der Linie der SPD überein, die stets den Standpunkt vertreten habe, für die großen Themen des Friedens müsse es zeitlichen Spielraum geben.

Der rumänische Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu hat in persönlichen Botschaften an den sowjetischen Staats- und Parteichef Jurij Andropow und US-Präsident Ronald Reagan appelliert, „alles zu unternehmen, um die Aufstellung neuer Mittelstreckenraketen in Europa zu verhindern". Beide Seiten sollten darüber hinaus alles versuchen, um den Abbau und die Vernichtung der bereits installierten Raketen zu erreichen.

Sollte es bei den amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsverhandlungen in Genf bis zum Jahresende zu keiner Einigung kommen, schlug Ceausescu vor, daß Moskau und Washington die Aufstellung neuer Atomraketen zumindest bis Ende 1984 oder Anfang 1985 aufschieben, um die Fortsetzung der Verhandlungen zu ermöglichen.

Seite 2: Reden ist Gold

Studie: Im Kriegsfall kann Moskau US-Häfen blockieren

Amerikanern und Briten mangelt es an Minenräumbooten

AP, **London**

Die Sowjetunion ist nach Angaben britischer Experten in der Lage, die meisten britischen und amerikanischen Häfen im Kriegsfall zu verminen, weil es den NATO-Staaten an Minenräumern mangelt. In der gestern veröffentlichten jüngsten Ausgabe des Flottenhandbuchs „Jane's Fighting Ships" heißt es, die drei aktiven und 22 in Reserve gehaltenen amerikanischen Minenräumboote seien lediglich in der Lage, zwei der zwölf strategisch bedeutsamen amerikanischen Großhäfen offenzuhalten. Die britische Kriegsmarine könne mit ihren größtenteils veralteten 32 Minenräumern bei größter Anstrengung höchstens zwei britische Häfen offenhalten.

Dagegen verfüge die sowjetische Marine über 388 Minenräumer, mit denen die Einfahrten der sowjetischen Häfen gesichert und NATO-Minenfelder zum Schutz vor sowjetischen Landungsunternehmen mit amphibischen Fahrzeugen geräumt werden können. Die Sowjetunion besitze damit ein Drittel mehr Minenräumer als die NATO-Staaten zusammen. Als Grund für diese Entwicklung führt das Handbuch Kürzungen der westlichen Marine-Etats an.

Überlegen ist die Sowjetunion dem Jahrbuch zufolge auch auf dem Gebiet der Handelsflotte, die in Kriegszeiten wichtige Aufgaben beim Transport von Nachschub und Truppen übernehmen muß. Unter Hinweis auf die Bedeutung requirierter ziviler Schiffe im Falkland-Krieg wird von einer „ernsten Erosion der Marinekapazitäten der Westmächte" durch die marktbedingte Verkleinerung der Handelsflotten gewarnt. Moskau stelle ständig neue Schiffe in Dienst, die zum Transport von Fahrzeugen geeignet seien und Schutzeinrichtungen gegen atomare, biologische und chemische Kriegsführung besäßen.

Im Mittelpunkt der Planungen der sowjetischen Kriegsmarine stehe jedoch der Aufbau einer schlagkräftigen Flotte von Unterseebooten und Flugzeugträgern. Es wäre „nicht überraschend", wenn die UdSSR ein neues, riesiges strategisches Unterseeboot entwickelte, das 3000 Meter *tief tauchen könnte.*

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

An den Beamten sparen

Von Günther Bading

Franz Josef Strauß ist seiner Zeit oftmals voraus. Und so scheint auch sein Brief an den Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes (DBB), Alfred Krause, zur Besoldungsanpassung 1984 auf den ersten Blick verfrüht. Allerdings nur auf den ersten Blick. Denn noch ist Zeit, auf die Meinungsbildung bei den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, voran der mächtigen ÖTV, Einfluß zu nehmen. Die Forderungen für die Tarifrunde des kommenden Jahres werden erst im späten Herbst aufgestellt.

Strauß hat den Grundsatz der Gleichbehandlung der Statusgruppen im Staatsdienst – Arbeiter und Angestellte im Tarifbereich und Beamte ohne Tarif- und Streikrecht – hervorgehoben. Er hat damit eigentlich nicht mehr getan als der Kanzler, der sich in seiner Regierungserklärung ausdrücklich zum Gleichbehandlungsprinzip bekannt hat. Allerdings hat Strauß damit gedroht, daß die Bayerische Staatsregierung mit allem Nachdruck dafür eintreten werde, daß auch die Beamtenbesoldung angehoben wird, falls – und wer wollte eigentlich etwas anderes erwarten? – die Gewerkschaften 1984 für den Tarifbereich Lohnerhöhungen durchsetzen sollten.

Auch wenn die Inflation auf eine Zwei vor dem Komma gedrückt wird – die ÖTV wird sich mit einer Null-Runde nicht abfinden. Und zu glauben, man könnte eine Art Kompensationsgeschäft mit der Verkürzung der Arbeitszeit machen, ist unrealistisch. Vorreiter bei der 35-Stunden-Woche kann aus dem gewerkschaftlichen Selbstverständnis kaum eine der Organisationen des öffentlichen Dienstes sein.

Viel wichtiger als die Erinnerung des Ministerpräsidenten an die Zusage in der Regierungserklärung ist ein anderer Satz. Strauß schreibt, daß die Grenze des Zumutbaren für den einzelnen Beamten erreicht sei, daß Sparsamkeit in der Einkommenspolitik ergänzt werden müsse durch einen mittelfristigen Stellen- und Aufgabenabbau. Hier liegt der Schlüssel für das Problem der hohen Kosten des öffentlichen Dienstes. Nicht der einzelne der rund fünf Millionen Staatsdiener ist „zu teuer". Nicht am Gehaltsstreifen muß der Rotstift ansetzen, sondern an der Struktur des sich selbst aufblähenden und durch Reglementierung aller Lebensvorgänge immer neue Aufgaben auf sich ziehenden öffentlichen Dienstes.

Sehr kleiner Grenzverkehr

Von Bernd Hummel

Zehn Jahre nach Inkrafttreten der Vereinbarung über den grenznahen Reiseverkehr zwischen der Bundesrepublik und der „DDR" – von den Sozialliberalen seinerzeit als weiterer Schritt zur Normalisierung gefeiert – läßt sich das Ergebnis im Spott der Grenzbeamten von Lübeck bis Helmstedt, von Herleshausen bis Hof zusammenfassen: „Außen rot und innen leer, das ist der kleine Grenzverkehr." Vordergründig sind damit freilich die roten Omnibusse der Bundesbahn gemeint, die dünn besetzt zwischen den deutsch-deutschen Grenzübergängen verkehrten.

Die Bonner Koalitionäre von 1973 jedenfalls legten Wert auf ein strahlendes Etikett. Ein „kleiner Grenzverkehr" wurde angekündigt. Doch schon der Start mißriet. Nur 193 000 der insgesamt acht Millionen Bundesbürger, die Anspruch auf ein Visum haben, reisten nach drüben. Vom gegenseitigen Besuchsrecht, wie es die amtliche Bezeichnung suggerierte, keine Spur. In Wahrheit war eine Einbahnregelung von West nach Ost vereinbart worden. So wurde das unattraktive Produkt umgetauft von kleiner Grenzverkehr in grenznaher Reiseverkehr.

Aber das ging auch nur kurze Zeit gut. Bis zu jenem 13. Oktober 1980, an dem Ost-Berlin – im kaufmännischen Rechnen gegenüber den Sozialliberalen im Vorteil – das Eintrittsgeld in die rote Republik auf 25 Mark erhöhte. Prompt sackte im folgenden Jahr die Zahl der Reisenden um dreißig Prozent auf 280 000 ab, der größte Einbruch seit Wirksamwerden des Abkommens.

Und als hätte es noch eines weiteren Beweises für die mangelhaften Rechenkünste der damals Regierenden bedurft: Sie ließen sich auf eine Rechnung ein, die sie ohne die Bürger gemacht hatten. Sie etikettierten das Vertragswerk erneut um und sprachen fortan von Tagesaufenthalten. Das entsprach zwar schon eher dem gesunden Verhältnis von Tara zu Netto, doch der Etikettenschwindel blieb: Weil der Besucher laut Vertrag in jedem Fall die „DDR" vor null Uhr wieder verlassen muß, kann von einem Tagesaufenthalt nicht die Rede sein. 24 Stunden hat der Tag in Deutschland West wie in Deutschland Ost. Nur: Am Rhein gingen die Uhren anders.

Die anderen dürfen bürgen

Von Reginald Rudorf

Nun wäre es soweit. Mit pazifistischem Pathos und der kommerziellen Perfektion des kapitalistischen Konzertgeschäfts wird in Hamburgs St.-Pauli-Stadion und auf dem benachbarten Heiligengeistfeld am 3. und 4. September eine Veranstaltung „Künstler für den Frieden" stattfinden, mit linker Software wie André Heller und strikt kommunistischer Hardware à la Hannes Wader und Franz-Josef Degenhardt. Moskau exportiert erstmals aus diesem Anlaß eine Rockgruppe mit Sowjetsound namens „Stasnamin". Soweit, so gewohnt. Aber das Neue ist: Frau Helga Schuchardt, Kultursenatorin der Hansestadt, übernimmt nicht nur die Schirmherrschaft, sondern auch die Ausfallbürgschaft für den Fall, daß der Frieden seinen Trällerkünstlern die Kosten von 750 000 DM nicht einbringt.

Damit setzt die Kulturbehörde „ein kulturpolitisches Signal, daß im SPD-regierten Hamburg die Wende nicht stattfindet" – so der DKP-Funktionär und Schriftsteller Peter Schütt im DKP-Blatt „Deutsche Volkszeitung".

Das Geld des Steuerzahlers wird angeboten für ein Festival, das der Unterstützung des DKP-organisierten „Krefelder Appells" (Oberst Josef Weber) dient. Für die Organisation „Künstler für den Frieden" ist Frau Irmgard Schleier verantwortlich, bis 1982 Mitglied des Hamburger Landesvorstandes der DKP-beeinflußten Deutschen Friedens-Union. Das „Hamburger Forum", das für das St.-Pauli-Spektakel ebenfalls zeichnet, wird von Ingrid Kurz geleitet, Mitglied des DFU-Direktoriums.

Das Bundesministerium des Innern dazu: „Auch die früheren Veranstaltungen unter dem Namen „Künstler für den Frieden" am 11. September 1982 in Bochum und am 7./8. Mai in Kiel und Darmstadt wurden ... weitgehend von orthodoxen Kommunisten und ihren Sympathisanten vorbereitet." Und bezahlen dürfen die Demokraten. Lenin hätte nichts dagegen gehabt. Andropow hat nichts dagegen.



Pause vorbei

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Reden ist Gold

Von Enno v. Loewenstern

Kohl ist wieder in Bonn, und so breitet sich in Kreisen der vernünftigen Bürger die Hoffnung aus, er könnte – cancellarius locutus, causa finita – ein Macht- und Schlußwort zu all dem Geplauder des Sommerlochs sprechen: Schluß der Debatte, an die Arbeit. Er kann das natürlich nicht, insofern ist eine gewisse Enttäuschung vorprogrammiert; „Sorge" oder auch Profilsucht darf sich unabhängig davon äußern, ob die Richtlinien der Politik vom Bonner Kabinettstisch oder vom Küchentisch am Wolfgangsee ausgehen. Aber Kohl kann dafür sorgen, daß der Eindruck der Geradlinigkeit, unter dem er gewählt worden ist und der sein wichtigstes Kapital darstellt, nicht zerredet wird.

Es ehrt Kohl, wenn er seiner Sache sicher ist, aber die Bürger haben einen Anspruch darauf, daß gewisse Klarstellungen von Amts wegen sie von der Belästigung dauernden Leergeschwätzes bewahren. Gut, es ist schon gesagt worden, daß selbstverständlich kein neues Gesetz für die Nachrüstung nötig ist und daß der Bundestag schon beschlossen hat, so daß ein neuer Beschluß im Herbst nicht in Frage kommt. (Zumal da die Befürworter ja nicht auf zusätzliche Erleuchtung hoffen, sondern auf einen Einschüchterungseffekt ähnlich jener „Mobilisierung" nach dem „Machtwechsel", als auch etliche Unionsabgeordnete in der Frage der Ostpolitik wankend wurden.)

Dennoch ist es besser, den Stier bei den Hörnern oder, korrekter, die Lemminge bei den Ohren zu packen. Freilich hat die Regierung inzwischen eine Streitschrift zur Aufklärung in der Nachrüstungsfrage eingeleitet. Das ist ein guter Anfang, aber nicht genug. Wenn es nämlich mit Lesen und Bereitstellen von Argumenten getan wäre, dann wäre die „Friedensbewegung" längst auf ihren DKP-Kern zusammengeschrumpft. Die Regierung muß ihre Kritiker stellen.

Sie fordert, auch das ist ein guter Anfang, daß an allen einschlägigen Rundfunk- und Fernsehdebatten kompetente Fachleute von NATO- und Regierungsseite teilnehmen sollen. Prompt gab es Kritik aus der elektronischen Monopol-Ecke: man wolle wohl einen Regierungsfunk herstellen; die Regierung dürfe doch wohl dem Fernsehen zutrauen, sich die richtigen Sachverständigen auszusuchen! Das darf sie nun allerdings nicht. Das Monopol hat bisher kaum eine kompetent besetzte Auseinandersetzung über diese Frage veranstaltet. Dafür kommen so geistreiche Beiträge vor wie die Frage eines Sportjournalisten an den „Fußballer des Jahres", Völler, ob er sich wohl der „Friedensbewegung" anschließen wolle.

Die „Friedensbewegung" behauptet zwar, Argumente zu haben, aber sie hat nur Schlagworte; und sie weigert sich sehr klug, darüber zu diskutieren. Es ist sehr schade, daß die Regierung ihr bisher auf diesen Leim ging. Oder kann sich jemand erinnern, den einen Fachmann für Militärfragen, den die Bewegung hat, den General Bastian, jemals in Diskussion mit wirklichen Fachleuten am Fernsehschirm gesehen zu haben? Wohl nahm er vor einigen Monaten an einer militärwissenschaftlichen Tagung teil, aber nur, um sein Manuskript herunterzulesen und zu verschwinden, ehe die anwesenden Fachleute ihn ins Gebet nehmen konnten.


Für öffentliche Diskussionen weniger leicht zu haben: Bastian (mit Parteifreundin Kelly) FOTO: WERNER SCHÜRING

Daran kann man erkennen, wie ernst es den angeblichen Lebensverteidigern ist. Jeder normale Mensch, der sich oder sein Kind von einer tödlichen Krankheit bedroht glaubte, würde die besten Ärzte fragen. Wenn nun „besorgte" Leute hören, daß nicht „nur" sie, sondern die alle Menschen in Gefahr seien – müßten sie nicht darauf drängen, daß ihre Alarmisten sich in öffentlicher Diskussion der anderen Seite stellen, damit man aus Rede und Gegenrede die Wahrheit herausfiltern kann?

Nicht immer; jeder Arzt kennt Leute, die ungehalten werden, wenn man ihnen nachweist, daß ihre Todeskrankheit in Wahrheit ein hochgespieltes Wehwehchen ist. Man nennt sie Hypochonder; manche Ärzte leben recht gut von ihnen. Wenn aber die Hypochondrie ganze Straßen füllt und Steine wirft, ist es Zeit für nachdrückliche öffentliche Aufklärung.

Man stelle sich einmal vor, der Nation würde der Fachmann Bastian am Fernsehschirm vorgeführt, wie seine Behauptungen Stück für Stück von Fachleuten als ein Gemisch von technischem Unfug und privaten Einbildungen (der Herr hält nun mal die UdSSR für „defensiv") nachgewiesen werden. Ein paar solche Veranstaltungen würden mehr für den inneren Frieden tun als selbst das Vermummungsverbot. Und es würde noch stärkeren Eindruck machen, wenn er, wie zu erwarten, kneift. „Die" Jugend kann in Teilen fürchterlich naiv sein. Aber sie erkennt ihre Bärenführer, wenn man sie ihr vorführt. Und sie wäre von Herzen dankbar für einen Kanzler in der Offensive.

IM GESPRÄCH Jesse Jackson

Die Negerstimme aufbieten

Von Rafael Seligmann

Der nächste Präsident der Vereinigten Staaten wird kein Neger sein. Es ist jedoch durchaus möglich, daß ein Schwarzer, Jesse Jackson, der Joker im Rennen um die Kandidatur für den demokratischen Präsidentschaftsbewerber sein wird. Denn, wer im kommenden Jahr für die Demokraten um den Einzug ins Weiße Haus kämpfen wird, muß zuvor in etlichen Vorwahlen seine Popularität beweisen. Die Wählerklientel der Demokraten aber setzt sich neben dem liberalen Bürgertum und den Gewerkschaften traditionell auch aus Negern und Hispano-Amerikanern zusammen.


Chance für die Kandidatur als Vizepräsident: Jackson FOTO: DPA

Hier nun tritt Reverend Jesse Louis Jackson auf die Bildfläche – und dies nicht mit leeren Händen. Der wortgewaltige Prediger gilt, ohne daß er sich je einer Wahl gestellt hätte, als der populärste unter den farbigen Führern der USA. Jacksons Wort verspricht also Millionen schwarzer Wähler. Jackson weiß auch, wie sich dieses Stimmenpotential erheblich erweitern läßt: durch Registrierung. In den USA wird das Wahlrecht erst durch eine Einschreibung in der Heimatgemeinde erworben. Von den 18 Millionen volljährigen schwarzen Amerikanern hatten sich bei der letzten Wahl lediglich zehn Prozent einschreiben lassen und somit das Wahlrecht erworben.

Wie kein anderer treibt Jackson die Neger seit Jahren unentwegt dazu an, sich registrieren zu lassen. Sechs Millionen zusätzlicher farbiger Wähler sind sein Ziel für 1984. Sein Mittel: das Locken mit „einem geeigneten schwarzen Präsidentschaftskandidaten". Daß das Publikum seine Botschaft versteht, beweisen die frenetischen Rufe auf seinen zahllosen Veranstaltungen: „Run, Jesse, run!"

Nun weiß Jackson im Gegensatz zu vielen seiner Anhänger, daß ein schwarzer Kandidat und besonders er selbst keine ernst zu nehmenden Aussichten als Präsidentschaftskandidat hätte. Aber ebenso gewiß weiß er, daß die demokratischen Präsidentschaftsbewerber für seine Unterstützung einen hohen Preis zu bezahlen bereit sind, unter Umständen sogar einen Vizepräsidenten Jackson. Programmatisch fordert er bereits jetzt eine Politik für „progressive Weiße, Latinos, Frauen, Jugendliche, Friedensaktivisten, Umweltschützer sowie alle, die sich eine humanere und zivilisiertere Innen- und Außenpolitik wünschen".

Zyniker behaupten, daß der prominenteste „Anhänger" Jacksons daher ein Weißer ist: Ronald Reagan. Denn ein Demokrat, der Jackson zu seinem Vize erklärt, wäre für viele Amerikaner nicht wählbar.

Der vor 41 Jahren in South Carolina geborene Aktivist wurde einer breiten Öffentlichkeit erstmals 1968 bekannt, als er behauptete, Martin Luther King sei in seinen Armen gestorben. Eine Unwahrheit, wie bald bekannt wurde. Es gab auch Streit um angeblich verschwundene staatliche Zuschüsse für die von ihm gegründete Bürgerrechtsbewegung PUSH in Höhe von einer Million Dollar und um recht unkonventionelle Methoden Jacksons bei der Spendenbeschaffung. Aber er war der Mann, der entscheidend zu Carters Wahlsieg beitrug ... und zu Carters wirrer Außenpolitik.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Münchner Merkur

Zu Gedankenspielen über eine große Koalition heißt es hier:

Als Strauß 1980, kurz nach seiner Niederlage als Kanzlerkandidat, um sie zu werben begann, erntete er Undank. Man zeigte ihm die kalte Schulter. Und selbst als 1982 die sozialliberale Koalition zerbrochen war und die FDP nur noch wählen konnte zwischen dem Exitus, der Opposition oder dem Bündnis, verkündeten ein paar Superliberale hoheitsvoll: Aber bitte nicht mit Strauß! Der CSU-Vorsitzende hat also ein paar Rechnungen mit der FDP zu begleichen. Es kommt hinzu, daß er nicht ohne Vergnügen an die große Koalition in Bonn zurückdenkt. Damals war er wieder rehabilitiert, leistete als Finanzminister vorzügliche Arbeit, was auch vom politischen Gegner öffentlich anerkannt wurde. Im Zusammenspiel mit dem Sozialdemokraten Schiller erwies er sich recht lange als flexibler, sachbezogener, souveräner Technokrat. Wiederherstellen läßt sich das aber heute nicht. Die SPD von damals, die gibt's nämlich nicht mehr.

Frankfurter Allgemeine

Die Zeitung spekuliert über das Ende des Sommerlochs:

Bundeskanzler Kohl findet nach der Rückkehr aus den Ferien nichts vor, was zu explodieren drohte; aber immerhin einiges, was er sorgsam im Blick behalten muß. Da ist zunächst die Finanzpolitik. Die Koalition war im vorigen Herbst mit dem Schwur angetreten, die Staatsfinanzen mit Sparen wieder in Ordnung zu bringen. Sie hat, ziemlich schnell, energische Schritte getan. Aber dann allmählich verebbte die Sparenergie... Der Bundeskanzler wird sich zunehmend mit Forderungen konfrontiert finden – *hier eine Kürzung* rückgängig zu machen, dort noch etwas dazuzulegen, anderswo eine Leistung neu einzuführen. Da hilft nur Festigkeit. Am gemeinsamen Willen Kohls und des Finanzministers Stoltenberg, bei der Finanzpolitik der Stabilisierung zu bleiben, müßten sich die Anspruchsvollen brechen.

NEUE RUHR ZEITUNG

Über die Lage der Lehrer befindet das Blatt:

So herausragend positiv international gesehen die Situation der in der Bundesrepublik aktiven Lehrer ist, so deprimierend ist die Lage der zur Passivität verurteilten. Sie kann sich nur ändern, wenn endlich einmal ernsthaft über die Höhe des Einstiegsgehalts, der Bezüge und Pensionen nachgedacht wird und nicht nur für die Lehrer. Denkanstöße in dieser Richtung hat es genug gegeben, zum Beispiel von Johannes Rau: mehr Lehrer für nur etwas weniger Geld. Nicht anders ist es bei der jetzt immer intensiver werdenden Diskussion über die Verkürzung der Arbeitszeit. Den „vollen Lohnausgleich" an die Spitze aller Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung zu stellen, ist ebenso verantwortungslos wie das absolute Festhalten an den Statusprinzipien und Privilegien der Lehrer.

Wende? Jedenfalls nicht in Zimmermanns unteren Etagen

Noch immer mehr Datenbürokratie als Datenschutz / Von Benjamin Michaels

Die Wende wurde versprochen. Die Eigenverantwortlichkeit des einzelnen wird wieder stärker betont, der Einfluß staatlicher Bürokratien soll zurückgedrängt werden. Doch in einigen Bereichen scheinen sich überwunden geglaubte Strukturen erhalten zu haben. So beispielsweise beim Datenschutz.

Vor kurzem erreichte interessierte Verbände und Organisationen aus dem Bundesinnenministerium ein neuer Entwurf für die Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes, der – mit einigen nicht sehr wichtigen Veränderungen – das gleiche bot, was noch vor einem Jahr nahezu einhellig abgelehnt wurde. Abgelehnt insbesondere deshalb, weil unter dem Deckmantel des Datenschutzes offensichtlich gesellschafts- und wirtschaftspolitische Eingriffe in das marktwirtschaftliche System eingeleitet werden sollten.

Soll dies nun unter der neuen Bundesregierung fortgesetzt werden? Oder muß die Tatsache, daß das Innenministerium nur zu einer Besprechung – ohne Protokoll und damit ohne sachlichen Nutzen! – statt zu einer förmlichen Anhörung einlädt, dahingehend verstanden werden, daß hier ohne Wissen der Politiker die Aufmerksamkeit der wichtigsten Berufsverbände getestet werden soll? Zwei Beispiele sollen dies verdeutlichen:

Ein wichtiger Teilbereich der elektronischen Datenverarbeitung, nämlich der unmittelbare Zugriff auf elektronische Archive (online) soll, ginge es nach dem Willen der Verfasser, künftig de facto von einer staatlichen Genehmigung abhängig werden.

Auf deutsch statt amtsdeutsch heißt das: Wenn jemand mit einem Archiv für Informationen zusammenarbeitet, so kann er bei diesem Archiv um schriftliche Beantwortung einer Anfrage nachsuchen. Das dauert Tage. Er kann auch anrufen, seinen Wunsch nennen und bitten, man möge nachschauen und ihn sofort zurückrufen. Das dauert immerhin auch seine Zeit. Aber er darf nicht direkt („On-line-Verfahren") aus dem Archiv seine Auskunft abrufen, es sei denn, die Bürokraten hielten dieses schnelle Abrufverfahren für notwendig. Bei dem bekannten bürokratischen Verständnis für Schnelligkeit und Wirtschaftlichkeit eine recht problematische Hoffnung.

Welchen Nutzen bringt die Verzögerung, welchen Schutz gewährleistet sie? Niemand weiß es. Es könnte ja mißbräuchliche DirekterKundungen geben, wird dumpf angedeutet. Wie denn? Als ob jemand, der sein Archiv zur Verfügung stellt (und das volle Risiko trägt), nicht von sich aus dafür Sorge tragen würde, daß Mißbräuche ausgeschaltet werden.

Ein anderer Punkt des Entwurfs ist eine längst totgeglaubte Regelung des Kreditverkehrs im datenschutzrechtlichen Mäntelchen. Sie besagt, läßt man den juristischen Fachjargon einmal beiseite, daß Kreditverweigerung gegenüber den *Kreditsuchenden begründet* wird und daß die Informationen, auf die sich die Entscheidung stützt, samt ihren Quellen offengelegt werden müssen. Kreditentscheidungen sind aber nicht nur solche, die von Banken getroffen werden. Auch die Entscheidung, ob eine Ware gegen Rechnung, also auf Kredit, geliefert werden soll oder nicht, ist eine Kreditentscheidung.

Will man unter dem Deckmantel des Datenschutzes den Lieferanten künftig zwingen, seine Entscheidung, an wen er liefert, zu begründen? Mit der Folge, daß er seine eigene Ware auf sein eigenes Risiko immer dann liefern muß, wenn er dem Geschäftspartner nicht beweisen kann, daß der nicht ganz koscher ist? Wissen die Datenschützer nicht, daß durch ein derartiges Verfahren der Warenkredit auf Dauer gefährdet wird? Daß Lieferanten, um den Unsinnigkeiten des mit der Kreditvergabe verbundenen bürokratischen Aufwandes *zu entgehen, nur noch gegen* Vorkasse liefern würden und daß damit all denjenigen, die mit großem Aufwand und staatlicher Unterstützung zur Gründung von Unternehmen motiviert werden sollen, der notwendige Lieferantenkredit von vornherein abgeschnitten wird, daß also der angeblich Datengeschützte nur Schaden, aber keinen Nutzen hat? Daß die immer noch ungebrochene Insolvenzenwelle neu angepeitscht wird, wenn man gefährdeten Unternehmen den Bezug von Lieferanten- und Geldkrediten weiter erschwert, angeblich um sie vor den Gefahren der Datenverarbeitung zu schützen? Oder – ist das alles vielleicht genau so gewollt?

Es scheint, daß die verantwortlichen Politiker dieser Koalition sich erst einmal Klarheit, mit oder ohne Daten, über ihre eigenen Mitarbeiter verschaffen müssen.





Der Kampf ums Brot gehört zum Künstlerleben

Sind die Lebensbedingungen für bildende Künstler wirklich so schlecht, wie es der Report „Künstler in Not" feststellt? Ja, sagen die einen, und rufen nach Ankaufsgarantien. Nein, sagen die anderen; sie befürchten bei Einkommensgarantien eine Lähmung des künstlerischen Schaffens.

Von GISELA SCHÜTTE

Ist das Deutschland Dürers und Noldes zur künstlerfeindlichen Provinz verkommen? Für etwa 6000 deutsche Maler, Bildhauer und Zeichner jedenfalls bleibt die Kunst brotlos. Sie müssen monatlich mit 1000 Mark und weniger auskommen. Den Lebensunterhalt bestreiten sie allzuoft mit Gelegenheitsarbeiten.

Desinteresse für die zeitgenössische Kunst bei Sammlern und Ausstellungsbesuchern, mangelndes finanzielles Engagement bei Firmen, Behörden und Ministerien für die Kunstschaffenden und ein zu grobmaschiges soziales Netz – das sind die Beschwerden von manchen, die auch heute noch mit dem Lebensstandard des armen Poeten auskommen müssen.

Ihnen gilt das Nachbarland Holland als künstlerfreundliches Musterländle, weil dort staatliche Ankaufsgarantien für Brot und Lohn der zeitgenössischen Meister sorgen.

Staatlich subventionierte Kunstschaffende, das fordern die einen, einen freien Markt, der auch in Sachen Kunst Angebot und Nachfrage regelt, verlangen die anderen.

Die jüngste Diskussion über die Lage der bildenden Künstler in Deutschland wurde durch eine Schreckensmeldung aus Niedersachsen ausgelöst: Der Minister für Wissenschaft und Kunst, Johann Tönnjes Cassens, hatte festgestellt, daß in seinem Bundesland 65 Prozent der Künstler am Rande des Existenzminimums leben müssen.

Der Ministerialrat Hartmut Vogel, Kulturexperte im Bonner Innenministerium, meint sogar, daß diese Einschätzung die soziale Lage der Künstler sogar noch zu rosig male. Dabei arbeiten etwa 10 000 bis 12 000 bildende Künstler in Deutschland. Genaue Zahlen gibt es nicht, da sich Eigenbewertung und Realität nicht immer decken.

Sind die Lebensbedingungen für Künstler in Deutschland wirklich so schlecht? Ein Meilenstein in der sozialen Sicherung der Maler und Bildhauer, der Prozeß- und Performance-Künstler, der Grafiker und Designer wird soeben acht Monate alt: Seit dem 1. Januar 1983 ist die Künstlersozialkasse mit Kranken- und Altersversicherung auch für die bildenden Künstler zuständig. Allerdings hat dieses soziale Auffangnetz noch Lükken, stellen die Kulturwissenschaftler Karla Fohrbeck und Andreas Wiesand in ihrem jüngsten Report „Künstler in Not" fest. Es wird bis zur Jahrtausendwende dauern, bis dieses Sicherungssystem nachhaltig greift. Bis dahin fallen die älteren Künstler durch die Maschen, die gar nicht oder nur unzureichend in die Kasse zahlen, und diejenigen, die mit geringen Einkommen unter 5000 Mark pro Jahr von der Künstler-Rentenanstalt nicht erfaßt werden.

Darüber hinaus stellt eine bunte Vielfalt von Stiftungen, Stipendien und Fonds einen „Flickenteppich" für Unterstützungen und Hilfen.

Im Bereich der bildenden Kunst schütten vier Unterstützungs-Fonds jährlich rund 500 000 Mark für laufende oder einmalige Zuwendungen aus. Der allgemeine Markt, den der Kunsthandel und die Sammler darstellen, wird nicht allein durch öffentliche Sammlungen und private Mäzene erweitert, sondern durch eine Vielzahl von Kunstpreisen und Stipendien, die für ganz Deutschland ein Buch mit 800 Seiten füllen. Unter den größten Mäzenen sind Bund und Länder mit Stipendien und Auslandsaufenthalten, mit Kunst-am-Bau-Programm oder mit Sonderfonds, die etwa mit 800 000 Mark jährlich die Ausgestaltung von ministeriellen Amtsstuben ermöglichen; mit vier Millionen Mark jährlich werden Baumaßnahmen des Bundes künstlerisch veredelt – über die Länderprogramme hinaus.

Eine Art künstlerische Entwicklungshilfe nach sozialen Gesichtspunkten hat das Land Bremen ins Leben gerufen und mit jährlich 300 000 Mark bestückt. Etwa zwei Dutzend Künstler dürfen, allerdings nach Leistungsprinzipien, daran teilhaben.

Das holländische Vorbild, das in Bremen mit dem hanseatischen Rechenstift zusammengestrichen wurde, gilt bei vielen unterdessen als gescheitert – immer mehr Künstler haben es sich an dem „Futtertrog" bequem gemacht, immer mehr Werke wandern in die Magazine, ohne je vor das Auge eines Kunstbetrachters gekommen zu sein.

Trotz staatlichen und privaten Mäzenatentums, trotz sozialer Auffangnetze der Berufsverbände, trotz Künstlersozialkasse bleibt unter den deutschen Künstlern eine breite Schicht, die von ihren Werken knapp oder gar nicht existieren können. Die Hamburger Kustodin Hanna Hohl aus der Kunsthalle klassifiziert drei Gruppen bildender Künstler:

- Die Crème, die ausschließlich und dazu gut von ihrer Arbeit lebt. Für Grafiken und Zeichnungen der Hamburger Horst Janssen und Paul Wunderlich werden vier- und fünfstellige Summen erzielt. Künstlerische Millionäre wie Salvador Dali oder Andy Warhol bleiben aber rar.
- Eine breite Schichte sichert den Lebensunterhalt durch einen im Kunstbereich angesiedelten Brotberuf – etwa als Dozenten oder Kunsterzieher.
- Und schließlich folgt die große Zahl derer, die von Jahr zu Jahr mit ihren Finanzen jonglieren, die mit Jobs ihre künstlerische Tätigkeit mehr oder weniger finanzieren. In dieser bedrängten Lage befinden sich vor allem sehr junge und alte Künstler.

Doch auch innerhalb der Sparten der bildenden Kunst sind die Verdienst-Karten ungleich gemischt. Die besten Chancen haben Maler, Zeichner und Grafiker, die mit kleineren Arbeiten und Druckgrafik einen vergleichsweise großen Markt beschikken und auch an Sammler mit kleinerem Geldbeutel verkaufen können.



Tetjus Tügel: „Man muß kein Stilleben malen, um durchzukommen."
FOTO: CHRISTA KUJALK

Probleme haben vor allem die Bildhauer, die ihre großformatigen Werke fast ausschließlich an Museen oder im Rahmen der „Kunst am Bau" anbringen können und die zudem bedeutende finanzielle Vorleistungen für Material aufbringen müssen. Zu kämpfen haben auch all jene, die experimentell nach neuen Seh- und Darstellungsweisen suchen, wie die Prozeß- und Performance-Künstler, die nichts produzieren, was sich verkaufen läßt.

Ein Beispiel ist die Hamburgerin Margret Kahl, die zusammen mit zwei Kollegen – noch – die „Galerie vor Ort" betreibt. Hier stellen die Gleichgesinnten, „die nicht marktorientiert arbeiten wollen", ihre Arbeiten aus. Das Geld zum Leben verdient sich Margret Kahl mit Gelegenheitsarbeit. Jobs wie ein Hilfsposten bei den Stadtarchäologen (für neun Mark die Stunde) sind noch Glückssache. Die Künstlerin hatte zuletzt erfolgreich gegen das Arbeitsamt geklagt, weil man sie zum Aktenablegen einstellen wollte. „Eine wirklich berufsspezifische Vermittlung für Künstler, in Verbindung mit Kulturbehörden und -ministerien wäre eine große Hilfe."

Dabei sieht die Künstlerin, die zum Beispiel mit Bewegungszeichnungen experimentiert, ihre unsichere soziale Lage nicht als Hemmschuh an. Sie meint, die Bequemlichkeit der Einkommensgarantie durch einen Brotberuf könne auch lähmend auf das künstlerische Weiterkommen wirken.

Tetjus Tügel (33), aus einer Hamburger Künstlerfamilie, hat sich dem Expressionismus verschrieben. Obwohl er mit den Einkünften aus Bilderverkäufen „jonglieren" muß, will er keine Kompromisse eingehen: „Man muß keine Blumenstilleben malen, um durchzukommen." Den Kampf ums Brot sieht er als zum Beruf gehörig. Zusammen mit ein paar Weggefährten („Bei uns wird wieder gemalt") hat er die Künstlergruppe „Vollblut" gegründet. Die Mitglieder schätzen ihre Chancen optimistisch ein. Der Geldmangel und die sich sparsam einstellenden Erfolge werden nach dem Vorbild der Künstlergruppen vor und nach der Jahrhundertwende geteilt.

Der bekannte Hamburger Realist Harald Duwe (57) erteilt allen, die nach mehr staatlicher Kunstförderung jammern, eine kategorische Absage. „Jede Art der bildenden Kunst, die derzeit bei uns produziert wird, findet auf dem Markt Aufnahme. Die Situation für Künstler war noch nie so gut wie heute."

Duwe lehnt eine allzu starke staatliche Kunstförderung ab. „Institutionen und Behörden, die Kunstrichtungen nach ihrem Geschmack fördern, greifen damit manipulierend in den Markt ein, wobei die zuständigen Personen wechseln." Dem Geschick des Künstlers obliege es, sich auf dem Markt den Bereich zu suchen, für den er arbeiten könne. Dabei kommen nach Duwes Überzeugung meist jene Gruppen, die dem „Innovationsfetischismus" anhängen, in den Genuß staatlicher Förderung – „eine Art Kunstdiktat".

Abgesehen davon meint der Maler, der auch als Dozent arbeitet und sich selbst seit seinem 40. Lebensjahr als „Fettauge" auf der sozialen Künstlersuppe bezeichnet, daß jeder, der sich und seine Kunstrichtung konsequent behauptet, seine Arbeit auf dem Markt unterbringen wird. „Die Käuferschicht ist so groß wie nie, für Biedermeierliches wie für Experimentelles."

Diese Überzeugung hat sich unterdessen im Hause Duwe vervielfältigt: Tochter Katharina (30) malt und verdient bei der Volkshochschule hinzu, Sohn Johannes hat erste – auch finanzielle – Ausstellungserfolge gesammelt, und Sohn Tobias (22) studiert noch an der Kunstakademie.

Für die Kubaner heißt Sieg ein bißchen mehr Konsum

Zwangsumtausch, Intershops, Westfernsehen – dies gibt es nicht nur in der „DDR", sondern auch auf Kuba. Die Menschen dort zeigen ein besonderes Talent, die Strenge des Regimes zu unterlaufen.

Von GITTA BAUER

Weißer Sandstrand, sengende Sonne. In der Brandung tummeln sich Kinder aller Hautfarben. Dazu laut kreischende Radios mit dem letzten heißen Rock. Dann die Werbung: „Delta is ready – when youuuu aaare." Die Teenager fallen, mehr oder weniger falsch, in die Werbemelodie der Fluggesellschaft ein. Jones Beach, Long Island, USA? Nein – Santa Maria del Mar, vierzig Kilometer östlich von Havana. Im 24. Jahr der Revolution hören die Nachkommen von Castros „Compañeros" Radio Key West oder Miami, singen sie mit spanischem Akzent die Botschaft des Kapitalismus.

Die Transistorradios am Strand, die Walkmen, die Kassetten-Recorder mögen Geschenke von „gusanos de seda" sein, von Seidenwürmern, wie hier die Besucher aus dem Westen heißen. Seit Fidel Castro den meist in und um Miami lebenden Exil-Kubanern wieder die Grenzen öffnete, ist mit ihnen ein Hauch von dem, was sich junge Kubaner unter Luxus vorstellen, auf das spartanisch gehaltene rote Eiland im karibischen Meer gedrungen. Mit den Hunderttausenden heimwehkranken Besuchern kam auch ein Begriff von freierem Leben.

Dies nehmen die kubanischen Behörden in Kauf. Wichtiger sind ihnen die harten Dollar, die die Besucher mitbringen. Und sie werden zur Ader gelassen, die Verwandten aus dem goldenen Westen. 800 Dollar beträgt der Zwangsumtausch, den ihnen das Regime für einen Zwei-Wochen-Besuch abverlangt. Die an chronischen Mängeln laborierende kubanische Wirtschaft sieht sich überdies von unerwünschter Nachfrage entlastet, da die stolzen Gäste wertvolle Geschenke wie Digitaluhren und Farbfernseher mitbringen oder an Ort und Stelle in Intershops Waschmaschinen, Kühlschränke, selbst Autos für ihre Verwandten kaufen.

Erinnerung an eine Dresdener HO-Filiale

Der deutsche Besucher, der morgens an den Schlangen von Hausfrauen vorbeikommt, die mit leerer Tasche und resigniertem Blick auf die mögliche Ankunft von Fleisch in der Metzgerei warten, fühlt sich an eine HO-Filiale in Dresden erinnert. Er muß nicht erst im Fahrstuhl des Hotels „Habana Libre" hören, wie ein in blendendes Weiß gekleideter Herr in bestem Sächsisch einen Einheimischen herunterputzt, weil „wieder einmal nicht alles so gelaufen ist wie bei uns. Bei uns, da geht eben alles zack, zack." Die Genossen Compañeros aus „Alemania Democratica" haben hier etwas zu sagen, in dieser „DDR" unter Palmen.

Die Ähnlichkeiten sind verblüffend. So wenn man hört, daß ein Mann, der eine legale Ausreise beantragt, seinen Job verliert. Daß seine Kinder von der Universität fliegen. Daß er und seine Familie Ausgestoßene sind.

Auch die Distanz – in der „DDR" heißt es Korrektheit –, die jeder Beamte oder gar Uniformierte zwischen sich und das gewöhnliche Volk legt, ist ähnlich. Wenn sie in Kuba auch besondere Formen annimmt. Typisch ist die „kubanische Geste", die zur Abwehr erhobene Hand, wenn etwa ein Polizist befragt wird, die Hand, die besagt: „Stör mich nicht, laß mich in Ruhe." Auch Kellnern scheint die Geste angeboren.

Da ist die Ausweis-Besessenheit. Kostbarstes Besitztum eines in Kuba akkreditierten Journalisten ist nicht etwa sein Paß. Es ist die Pressekarte, die ihn als „prensa etranjera" ausweist. Ein amerikanischer Kollege, der sie verlor, wurde 24 Stunden lang zur Unperson. Man schmuggelte ihn ins Hotel, das ihm ohne diese Karte verschlossen war, nahm ihn als Gast in das Restaurant mit, das ebenfalls nur Kartenbesitzern zugänglich war.

Da ist die Zeichensprache. Wenn sich bei einem vertraulichen Gespräch jemand einfindet, dem man nicht traut, gibt es Warnzeichen. Die Hand leicht auf die Schulter gelegt, heißt „Achtung, Offizier". Gekreuzte Hände auf die Frage, hast du Sonntag frei, heißt: „Muß freiwillig arbeiten."

Kein Hunger, aber vieles ist rationiert

Trotz des Parteiorgans „Granma", das ein rosa Bild zeichnet, ist auch dem letzten der neun Millionen Kubaner klar, daß nicht alles gut bestellt ist um die kommunistische Planwirtschaft, die die private Initiative in eine Zwangsjacke steckt. Es gibt keinen Hunger auf der Insel. Die Kinder sehen wohlgenährt und in ihren Schuluniformen adrett aus, Volksschüler in Dunkelrot, Fach- und Mittelschüler in Blau, Oberschüler in Gelb. Aber auf der Zuckerinsel ist der Zucker rationiert. Der hervorragende kubanische Kaffee, den ausländische Gäste genüßlich schlürfen dürfen, wird exportiert und billiger kolumbianischer eingeführt. Nicht nur Fleisch und Öl, auch die Grundnahrungsmittel jedes lateinamerikanischen Volkes, Bohnen und Reis, sind rationiert.

Zugeteilt sind auch Schuhe, ein Paar pro Jahr, Handtücher, eines jährlich, Bettücher, ebenfalls eines pro Person, Hosen und Kleider, je eins im Jahr. Von den köstlichen rotfleischigen Papayas, den Riesenmangos, die der Fremde im Restaurant vorgesetzt bekommt, sieht er nichts im Supermarkt, dafür Obst und Gemüse in Büchsen – aus den osteuropäischen Bruderländern. Auch in den Dollarläden ist das Angebot so dürftig, daß sogar die Passagiere einer Chartermaschine der „Interflug" die Nase rümpfen – da sind sie zu Haus schon Besseres gewöhnt. Auf dem schwarzen Markt gar kosten ein Paar „Levis"-Jeans (garantiert USA) 150 Dollar, für einen Peso muß man nach einem völlig irrealen Kurs drei Deutsche Mark oder 1,25 Dollar hinblättern.

Nach Überwindung vieler ideologischer Bauchschmerzen ließ Castro vor zwei Jahren die Schrauben ein wenig lockern. Die Bauern durften, nach Ablieferung ihres Solls, Erzeugnisse ihres Hoflandes auf freie Märkte bringen. Plötzlich waren sie da, die Papayas, die Hühner. Auf dem Platz vor der Kathedrale im alten Havana gab es die schönsten Lederwaren, handgearbeitete Taschen, Sandalen. Die Preise waren allerdings gepfeffert. Das Einkommen eines Bauern, der mit 150 Pesos am unteren Ende der Lohnskala liegt, konnte auf 10 000 Pesos im Monat steigen, die er allerdings mit seinem Zwischenhändler teilen mußte. Die Städter waren zwar froh, die raren Waren zu bekommen, schimpften aber auf die „schmarotzenden" Campesinos.

Es war sehr rasch deutlich, daß das nicht gutgehen konnte. Der „Maximo Lider" sprach in einer dreieinhalbstündigen Grundsatzrede zur sozialistischen Moral im vorigen April von einer „Fehlentwicklung in kleinbürgerliche Verhaltensweisen". Der Kampf gegen die zaghaft sprießende Marktwirtschaft begann. Die Zwischenhändler, im kommunistischen Sprachgebrauch „banditos" genannt, waren jedoch für die Bauern unerläßlich. In ihrem gedrängten Arbeitstag hatten die Fahrt zum Markt und der Verkauf ihrer Produkte keinen Platz. Jetzt, da der Zwischenhandel verstaatlicht worden ist und die Bauern überdies Steuern auf ihre Einkünfte zahlen müssen, hat sich die Zahl der freien Märkte und ihr Angebot drastisch verringert.

Die Kubaner sind besonders findig, wenn es darum geht, die strenge Disziplin des Regimes zu unterlaufen. Da gibt es die Zunft der „coleros", der berufsmäßigen Schlangesteher. Für 30 bis 60 Pesos, je nach Wert der zu erstehenden Ware, kann man sich einen colero kaufen, der zum Beispiel nach dem begehrten Ventilator ansteht. Schwunghafter Handel wird mit Milchcoupons, mit Lebensmittelmarken betrieben, hauptsächlich von Kantinenarbeitern.

Im Vergleich zum nur hundert Kilometer entfernten Haiti ist Kuba ein reiches Land. Sicher gehört Haiti zu den Ärmsten der Armen. Sicher lebt Kuba von direkten sowjetischen Subventionen, deren Höhe unterschiedlich geschätzt wird. Mindestens eine, möglicherweise drei Milliarden Dollar im Jahr läßt sich Moskau diesen Fuß im amerikanischen Vorgarten kosten.

Das Analphabetentum ist verschwunden

Es gibt auch Erfolge, die sich Castro an den Hut stecken kann – die Beseitigung des Analphabetentums zum Beispiel. Daß der Lesestoff fast ausschließlich marxistisch ist, steht auf einem anderen Blatt. Es gibt keinen Arbeitslosen. Dafür stecken zehn Prozent der männlichen arbeitsfähigen Bevölkerung in Uniform. Und am Schalter von „Cubana Airlines" wird jeder einzelne Passagier in einer langen Schlange von drei Damen gemeinsam abgefertigt: eine schreibt, eine telefoniert, die dritte hat die Aufsicht.

Wie ein Meltau hat sich der Kommunismus auf die paradiesische Insel zwischen der karibischen See, dem Golf von Mexiko und dem Atlantik gelegt. Er hat jedoch die angeborene latinische Lebensfreude, die Liebenswürdigkeit dieses Volkes nicht ersticken können. Man muß einmal den Karneval miterlebt haben, der in Kuba nicht vor der Fastenzeit, sondern im August nach der Zuckerernte gefeiert wird, um den Frohsinn dieser Menschen, beflügelt von Rock und Rum, überschäumen zu sehen.

„Patria o muerte", schließt Castro jede seiner Reden. „Venceremos." Das Vaterland liebt jeder Kubaner, den Tod weniger. Und unter dem Sieg versteht er ein kleines Glück, zu dem ein Fernseher und – vielleicht in der Zukunft – ein Auto gehören.

(SAD)

Scherfs Pläne zum Abbau von Arbeitslosigkeit

GISELA REINERS, Bonn

Bremens Sozialsenator Henning Scherf (SPD) hat gestern vor der Presse in Bonn die Gründung eines Fonds vorgeschlagen, mit dessen Hilfe Beschäftigungsprogramme finanziert werden könnten. Der Abbau der Arbeitslosigkeit werde die Länder und Gemeinden von den zunehmenden Kosten der Sozialhilfe entlasten, durch die die Kommunen in die Zahlungsunfähigkeit gedrängt würden.

Durch Zunahme und Dauer der Arbeitslosigkeit würden immer mehr Menschen über die Grenze der Berechtigung auf Sozialhilfe gedrängt. Nach Schätzungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes würden durch die Kürzungen bei Arbeitslosengeld und -hilfe zum Anfang 1984 etwa 50 Prozent der jetzt arbeitslosen Männer und vier Fünftel der Frauen sozialhilfeberechtigt.

Scherf schlug vor, die noch vorhandenen Transfermittel von Bund, Bundesanstalt für Arbeit, Länder und Gemeinden durch Kredite der Bundesbank, für die es Vorbilder zu Zeiten Adenauers gegeben habe, aufzustokken und gezielt für die Rohstoffsicherung und Energieeinsparung einzusetzen. Die Arbeitsförderprogramme zahlreicher Institutionen, so beispielsweise die Maßnahmen Bremens und Hamburgs für den Zweiten Arbeitsmarkt, müßten gebündelt werden. Nach einer Grobrechnung kämen 45 Milliarden zusammen, die dazu ausreichten, rund 750 000 Menschen zu Arbeit und Einkommen zu verhelfen.

Zugleich stiegen wieder die Einnahmen der öffentlichen Haushalte und der *Sozialversicherungen. Die* 45 Milliarden setzten sich, so Scherf, zusammen aus einem Primäreffekt von 12 Milliarden Mehreinnahmen und 10 Milliarden Minderausgaben. Der Rest der Entlastung entstehe durch den Anstoß der privaten Nachfrage.

Block rechtfertigt Getreideabkommen

rtr, Washington

Der amerikanische Landwirtschaftsminister John Block hat angekündigt, die Getreideverkäufe an die Sowjetunion zu erhöhen. Wie Block in einem Fernseh-Interview dazu erklärte, würden durch die Getreidekäufe der Sowjetunion Mittel entzogen, die sonst für die Rüstung verfügbar wären. Außerdem läge es, so Block, im Interesse der Vereinigten Staaten, Getreide an ein Land zu verkaufen, das in bar bezahle. Bereits am Mittwoch wird der Landwirtschaftsminister zur Unterzeichnung eines neuen Getreide-Abkommens nach Moskau reisen. In dem neuen, über fünf Jahre laufenden Vertrag verpflichtet sich die Sowjetunion, jährlich mindestens neun Millionen Tonnen Getreide zu kaufen. Bislang lag die Untergrenze bei sechs Millionen Tonnen.

Jerusalem beschließt Etatkürzung

rtr, Jerusalem

Israel hat eine *Haushaltskürzung* von rund 1,9 Milliarden Mark beschlossen. Im Rahmen seines Sparprogramms entschied das Kabinett außerdem, alle eingeführten Luxusgüter mit zusätzlich zehn Prozent zu besteuern. Weitere Einzelheiten zu den Sparbeschlüssen wurden bislang aber nicht genannt. Beobachter nehmen jedoch an, daß sie sich auf das Gesundheits-, Bildungs- und Bauwesen konzentrieren. In der vergangenen Woche hatte Finanzminister Yoram Aridor seinen Rücktritt für den Fall angekündigt, daß die Staatsausgaben nicht gekürzt werden. Nach Angaben des Regierungssprechers soll nach dem Kabinettsbeschluß vom Sonntag zusätzlich noch über weitere Einsparungen von rund 470 Millionen Mark entschieden werden. Die Inflationsrate in Israel liegt derzeit bei 125 Prozent.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Kabelfernsehen: Im Ausland hat die Zukunft schon begonnen

Die Anschlußdichte liegt in der Schweiz zwischen 70 und 80 Prozent, in USA bei 57 Prozent

Von JÜRGEN HÖFLE

Während Medienpolitiker landauf, landab noch über Kabelpilotversuche nachdenken, Medienerprobungsgesetze beraten und über Gefahren und Nutzen der Neuen Medien diskutieren, läuft bereits seit einem Jahr in aller Stille ein kommerzielles Satelliten-Fernsehprogramm in Europa.

Es kommt aus England, wird ausschließlich durch Werbung finanziert (Coca-Cola, Ford, Kellogs, Polaroid, Schweppes etc.) und besteht aus rund zwei Stunden Unterhaltung: *Shows, Sport, Filme, Serien* (u. a. Starsky & Hutch im Original).

Dahinter steht Europas bisher einzige private Satelliten-Fernsehgesellschaft „Satellite Television PLC", an der der australische Großverleger Rupert K. Murdoch maßgeblich beteiligt ist. Die westeuropäische Organisation *für Fernmeldesatelliten EU*TELSAT hatte ihre Tests mit dem 1978 gestarteten „OTS"-Satelliten (Orbital Test Satellite) abgeschlossen. Die cleveren Engländer konnten einen TV-Kanal des Test-Satelliten mieten und starteten den Programmbetrieb.

Während deutsche Programm-Direktoren noch gebannt auf Radio Luxemburg starren, haben die Engländer mit ihrer ersten „Super Station Europe" schon gewisse Weichen in der europäischen Medien-Szene gestellt. Empfangen wird das Satelliten-Programm der Engländer von rund 400 000 bereits verkabelten Haushalten in der Schweiz, Finnland, Norwegen und Malta.

Ohne Erlaubnis der Post kein Empfang

Auch in Deutschland kommen die Fernsehbilder aus dem Weltall gestochen scharf an: Auf dem Dach des Verlagshauses von HÖRZU in Hamburg steht eine Parabol-Antenne mit einem Durchmesser von 2,80 Meter. Diese Antenne empfängt die Signale vom „OTS"-Satelliten, der in 36 000 km Höhe im All schwebt. Zur Zeit kommen jedoch nur die Redakteure von HÖRZU in den Genuß dieses zusätzlichen Programms. Ohne Erlaubnis der Post und der Länder-Regierungen darf in Deutschland noch kein ausländisches Programm über Kabel weitergeleitet werden.

Dies soll jedoch schon bald anders werden: Im Laufe der kommenden Jahre werden nicht nur englische, sondern auch Programme aus der Schweiz, USA, Österreich, Luxemburg und anderen Nachbarländern zu uns kommen.

Wer soll das bezahlen? Dies ist die zur Zeit am meisten gestellte Frage, wenn es ums *Satelliten-* und *Kabel*fernsehen geht. Ein zusätzliches TV-Programm erfordert einen erheblichen Aufwand, auch wenn es lange nicht soviel sein muß wie bei den Rundfunkanstalten in der Bundesrepublik. (Das ZDF z. B. wendet pro Jahr 1,3 Milliarden Mark auf.) Kosten, die nur durch Werbung und Gebühren finanziert werden können.

Die Bundesregierung hat die flächendeckende Verkabelung in Koaxialtechnik beschlossen. Sie kann das Verkabelungsvorhaben nur rechtfertigen, wenn die Kabelnetze auf Dauer rentabel errichtet und betrieben werden. Da die Verkabelung in der Regel gebietsweise durchgeführt wird und ganze Straßenzüge in einem Arbeitsgang mit den „Grundleitungen" und „Übergabepunkten" versehen werden, ist die Höhe des Investitionsrückflusses davon abhängig, wie viele Haushaltungen sich tatsächlich anschließen lassen („Anschlußdichte").

Die Wirtschaftlichkeit der posteigenen Netze soll angeblich bei einer Anschlußdichte von rd. 50 Prozent erreicht werden. Nach einer Statistik der Oberpostdirektion Frankfurt vom Dezember 1982 besteht in den Inselnetzen in Hessen eine Anschlußdichte von 27 Prozent. Ein Blick ins Ausland ergibt folgende Werte: In Österreich liegt die Anschlußdichte bei 35 Prozent und in der Schweiz zwischen 70 und 80 Prozent. In den USA beträgt sie 57 Prozent.

Die Anschlußbereitschaft der Haushaltungen ist abhängig vom Nutzen, den das Kabel bringt, d. h. vom Programmangebot. Entscheidend wird sein, ob über das Kabel mehr (attraktive) Programme kommen als auf bisher üblichem Weg über die Antenne. Und da sieht es sowohl im Inland als auch im Ausland interessant aus: Das Satellitenprogramm aus England wird sicher auch auf deutschen Fernsehgeräten auftauchen. Ein ähnliches Projekt, ebenfalls unter Nutzung eines Kanals des ECS 2, entsteht in der Schweiz. Möglicherweise noch in 1984 werden die Firmen Rediffusion (Mehrheitsgesellschafter ist ITT) und Tele-Systems (Tochterfirma einer amerikanischen Gruppe) mit einem gemeinsamen deutschsprachigen Programm starten.

Aus Luxemburg strahlt RTL ab Januar 1984 ein deutschsprachiges Fernsehprogramm in die Bundesrepublik. Drahtlos empfangbar ist das Programm für maximal 1,2 Mill. Zuschauer. RTL will jedoch erreichen, daß die Deutsche Bundespost dieses Programm mittels Richtfunk an die Kabelnetze heranführt und einspeist. Die Europäische Rundfunkunion (EBU) plant ein europaweites „Frühstücksfernsehen", das von einer europäischen *Nachrichtenredaktion* gestaltet werden soll. Die EBU bemüht sich für dieses Vorhaben um einen ECS-Kanal. Ab 1986/87 ist außerdem mit französischen, englischen, nordischen, italienischen und spanischen Satellitenprogrammen zu rechnen.

Was kostet Kabelfernsehen nun den Kunden? Die einmaligen Anschließungsgebühren betragen in der Zeit vom 1. 7. 1983 bis 30. 6. 1985 im Bundesgebiet und in Berlin 400 Mark. Um den Teilnehmern den Einstieg in die Programmvielfalt zu *erleichtern, ermäßigt sich die einmalige* Gebühr innerhalb einer bestimmten Frist beim Aufbau eines Breitbandverteilnetzes von 400 auf 250 Mark.

Für „Altkunden" reduziert sich die Gebühr

Ab 1. 7. 1985 beträgt die einmalige Anschließungsgebühr 500,– je Wohneinheit bzw. 350 Mark – bei Anschluß innerhalb bestimmter Fristen, die sich aus den technischen und betrieblichen Möglichkeiten beim Aufbau des *örtlichen Netzes ergeben.* Auch eine Ratenzahlung anstelle der einmaligen Gebühren ist möglich. Sie geht über vier Jahre und beträgt monatlich 12,50 Mark (anstelle von 500 Mark) und 8,75 Mark (anstelle von 350 Mark).

Monatlich sind ab 1. 7. 1983 für einen neuen Breitbandanschluß sechs Mark je angeschlossene Wohneinheit, unabhängig von der Anzahl der Steckdosen, die sich in dieser Wohneinheit befinden, zu zahlen. (Die Gebühr für „Altkunden", die bereits vor dem 1. 7. 1983 an Breitbandnetze angeschlossen sind, beträgt bis zum 31. 12. 1983 monatlich fünf Mark, danach sechs Mark.) Werden zusätzliche Programme über Kabel, Richtfunk oder Satellit herangeführt, erhöht sich die Gebühr um drei auf neun Mark. Für das Land Berlin gelten besondere monatliche Gebühren. Sie betragen ab 1. 7. 1983 für alle Teilnehmer drei Mark. Sobald in Berlin zusätzliche Programme in das örtliche Breitbandnetz eingespeist werden, erhöht sich auch hier die monatliche Gebühr auf insgesamt neun Mark. Die Gebührensätze für die Pilotprojekte werden unter den allgemeinen Anschluß- und Monatsgebühren in der Bundesrepublik liegen.

In Bayern hat die Staatsregierung am 12. Juli beschlossen, den gesamten Freistaat zu verkabeln. Rudolf Mühlfenzl, Chef der Münchner Pilotgesellschaft für Kabel-Kommunikation (MPK): „Damit ist das Pilotprojekt nicht rückholbar."

„Wort zum Frieden" von Bundessynode erwartet

Kontakte zwischen „DDR"-Kirchenleitung und EKD

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Im Vorfeld der Jahressynode des „Bundes der *evangelischen Kirchen* in der DDR" haben sich „Friedensgruppen" der Basis aus dem thüringischen, mecklenburgischen und sächsischen Raum an die kirchliche Führungsspitze gewandt. In den Zuschriften werden die Sorgen der Christen in der „DDR" über die zugespitzte Weltlage, die anhaltende Militarisierung des öffentlichen Lebens in der „DDR" geschildert, eine Reihe von Einzelfällen dargestellt und ein wegweisendes Wort der Kirchen zu diesen Vorgängen erbeten.

Wegen der bevorstehenden Bundessynode, die vom 16. bis 20. September in Potsdam-Hermannswerder stattfindet und ganz unter dem Thema „Frieden" steht, hat es nach Informationen aus kirchlichen Kreisen bereits Kontakte zwischen dem „DDR"-Kirchenbund und der EKD gegeben. *Dabei stand die Frage zur Debatte*, ob es nach dem Muster des gemeinsamen Wortes der beiden deutschen Kirchen zum 40. Jahrestag des Kriegsausbruchs am 1. September 1979 abermals eine ähnliche Aktion über die Sorgen der Christen in Deutschland über die atomare Bewaffnung geben könnte. Bisher gibt es jedoch keine bindenden Abreden.

Wichtige Hinweise über mögliche Beschlüsse der nächsten Bundessynode in Potsdam ergaben sich schon aus einem Referat, das der Erfurter Propst Heino Falcke als einer der 17 mitteldeutschen Delegierten bei der Weltkirchenkonferenz in Vancouver hielt. In Kanada sagte Falcke, der sich vor allen Dingen als kirchlicher Umweltschutzexperte einen Namen gemacht hat, die „Situation im geteilten Deutschland" mache es für die beiden deutschen Kirchen besonders notwendig, sich aktiver für den Frieden einzusetzen. Er deutete an, daß eine Mehrheitsentscheidung der Bundessynode nicht mehr lange auf sich warten lasse, „Nein ohne jedes Ja" zur atomaren aber auch „ganz entschieden" zur konventionellen Rüstung auszusprechen.

Zu den Forderungen der 17 Delegierten, die Falcke vortrug, gehörten auch eine „Umkehr von der Abschreckungsideologie, die Arbeit an einem gerechten Frieden und die Erprobung einer friedlichen Konfliktlösung". – Das zunehmende Gewicht der Vorschläge und Überlegungen führender Christen aus dem anderen Teil Deutschlands kam in Vancouver schließlich darin zum Ausdruck, daß der Vorsitzende des Kirchenbundes, Landesbischof Johannes Hempel (Dresden), zu einem der bis 1990 amtierenden Präsidenten des Weltkirchenrats gewählt wurde. Diese ungewöhnliche Auszeichnung stärkt das – wenn auch nicht politische – so doch *moralische Gewicht der Kirche in der* „DDR" selbst.

Unterdessen nimmt die „Privatisierung" des Friedensengagements unter den evangelischen Christen in den sieben „DDR"-Landeskirchen zu. Anläßlich des 38. Jahrestages des *Atombombenabwurfs* auf Hiroshima hatten sich zum ersten Mal in Ost-Berlin, Halle und Teterow (Mecklenburg) mehrere „Fastengruppen" zusammengefunden. Zur Ostberliner Gruppe, die sechs Tage lang in der Lichtenberger Erlöserkirche „Fasten für das Leben" praktizierte, zählte auch die Witwe von Robert Havemann, Katja.

Die Gruppe richtete später auch einen direkten Appell an den Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker. Nicht weniger ungewöhnlich war der Schritt von 57 Ärzten in der „DDR", die gemeinsam einen Brief an das staatliche geförderte Komitee „Ärzte der DDR zur Verhütung eines Nuklearkrieges" verfaßten. Sie forderten darin, künftig in populärwissenschaftlichen Veröffentlichungen klarzustellen, daß ausschließlich Kriegsverhütung und nicht etwa – wie von der SED in den vergangenen Jahren forciert eingeübt – irgendein Zivilschutz die einzige Schutzmöglichkeit gegen Kernwaffen darstelle. Alle internationalen Autoritäten stimmten darin überein, daß effektiver Zivilschutz gegen einen nuklearen Angriff unmöglich sei. Diese Ein*schätzung werde jedoch in den offi*ziellen Schul- und Lehrbüchern sowie Ausbildungsmaterialien für Militärärzte und in der Zivilverteidigung der „DDR" bisher „unzureichend" berücksichtigt.

Unter den „DDR"-Protestanten wird auf der Bundessynode auch mit einem Wort der Kirchenleitung zu einer Reihe von Vorgängen gerechnet, die in den vergangenen Monaten zu Reibungen zwischen Kirche und Staatsmacht geführt haben.

Dazu zählen die Verhaftung eines Jugend-Diakons in Halle, dem vorgeworfen wurde, *fünf ausreisewilligen* „DDR"-Bürgern geholfen zu haben. Ihm war von kirchlicher Seite ausdrücklich Unterstützung zugesagt worden, was der stellvertretende Kirchenbundvorsitzende, Ost-Berlins Konsistorialpräsident Manfred Stolpe, beim Kirchentag in Dresden auf *Fragen junger Menschen erklärte.*

Stolpe war es auch, der beim Kirchentreffen in Dresden eines der beherrschenden Themen von Jugendlichen in der „DDR" aufgriff und die Verweigerung des Waffendienstes als ein „berechtigtes Friedenszeugnis der Christen" bezeichnete.

1000 Pfarrer im Talar bei Herbstaktionen?

epd, Emlichheim

Der Präsident des Sachsenhausen-Komitees, Werner Koch, hat alle evangelischen Pastoren sowie Ärzte und Juristen, die im *Herbst* an Aktionen der Friedensbewegung teilnehmen wollen, aufgefordert, dabei ihre „Dienstkleidung" zu tragen. Wie Koch gestern erklärte, sollten sich in die von der Friedensbewegung für den 22. Oktober geplante „Kette" von 120 000 Menschen zwischen Stuttgart und Neu Ulm auch „1000 Pfarrer im Talar einreihen".

Der im Ruhestand lebende Pastor bezieht sich mit seinem Vorschlag auf eine Äußerung von Bundesinnenminister Zimmermann, wonach Ärzte oder Pfarrer bei Demonstrationen als „Abwiegler" eingeschätzt und daher „nicht angefaßt" würden. Da die Vertreter dieser Berufsgruppen nicht „mit einem Schild um den Hals" herumlaufen, um von der Polizei bevorzugt behandelt zu werden, sollten sie ihre Berufskleidung tragen, meinte Koch.

Jahn beteiligt sich an Blockade

epd, Schwäbisch Gmünd

Der aus der „DDR" ausgebürgerte Pazifist Roland Jahn und sechs andere ehemalige *Mitglieder* „Friedensgemeinschaft Jena" haben ihre Beteiligung an der sogenannten „Prominenten-Blockade" des Raketenstützpunktes Mutlangen bei Schwäbisch Gmünd vom 1. bis 3. September zugesagt.

Kompromiß für Mutterschaftsgeld?

AP, Saarbrücken

Einen neuen Kompromiß für die umstrittene Kürzung des Mutterschaftsgeldes hat der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit, Stefan Höpfinger (CSU), gestern im Saarländischen Rundfunk vorgeschlagen. Danach solle die Leistungsdauer von vier Monaten beibehalten werden, dafür aber die täglichen Leistungen von 25 auf 20 Mark gekürzt werden. Nach *Höpfingers Berechnungen ergäben* die Einsparungen im Bundeshaushalt statt der vorgesehenen 320 Millionen dann nur 160 Millionen Mark, die auf eine andere Art und Weise ausgeglichen werden müßten. Höpfinger will seinen Vorschlag in die nächsten Beratungen der CDU/CSU-Arbeitnehmergruppe *einbringen.*

Beamte nicht als Streikbrecher

gba, Bonn

Beamte dürfen nicht auf einem von Gewerkschaften bestreikten Arbeitsplatz eingesetzt werden. Das hat das Arbeitsgericht Bonn jetzt in einem von der Deutschen Postgewerkschaft angestrengten Verfahren entschieden. Die Gewerkschaft hatte ihre Klage damit begründet, daß ein Einsatz von Beamten als Streikbrecher das grundgesetzlich geschützte Existenzrecht der Gewerkschaft in seinem Kern bedrohe. Das Urteil des Bonner Arbeitsgerichtes wurde von der Postgewerkschaft (DPG) veröffentlicht.

Galinski: Ich bin entsetzt

DW. Berlin

Der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski, hat sich „entsetzt" über die Ausstrahlung des Films „Mit dem Stempel des Zensors – Palästinensische Künstler im Widerstand" im ZDF (Sonntagabend) geäußert. Galinski erklärte, er habe „selten einen Film von derartiger Einseitigkeit" gesehen; die kommentierten Texte seien „von Haß erfüllt" gewesen. „Wenn Filme dieser Art gezeigt werden, die geeignet sind, das Zusammenleben untereinander zu stören und neue Ressentiments hervorzurufen, dann ist man auf den Plan gerufen, dann muß man sich dagegen wehren", sagte Galinski.

Weitere politische Beiträge auf den Seiten 7 und 8

Hessens Grüne ließen einen müden Löwen los

D. GURATZSCH, Frankfurt

Die Kleinstadt Usingen im Taunus hat 11 000 Einwohner. Sie ist ein Pendlerort mit etwas Kleingewerbe, die meisten Beschäftigten arbeiten jenseits der Taunusberge in Bad Homburg oder im 25 Kilometer entfernten Frankfurt. Diesen Ort hatten die hessischen Grünen für den Auftakt ihrer Wahlkampftournee „Der Löwe ist los" ausersehen.

„Auftakt? Das haben wir selber erst aus der Zeitung erfahren", flachst Bernd Messinger, 31jähriger Lehrer an der Volkshochschule und Mitglied der grünen Landtagsgruppe im aufgelösten Hessischen Landtag. Er soll an diesem Abend als Redner einspringen, denn der Hauptreferent, der Bundestagsabgeordnete Klaus Hecker, ist wegen „Busengrabscherei", die ihm die grünen Frauen im Bundestag vorwerfen, nun auch im Heimatkreis als Redner unerwünscht.

Messinger, ein Blondschopf in gelben Hosen, macht sich nicht viel Hoffnung auf politisches Gehör an diesem Abend. „Die meisten kommen doch hierher, um Musik zu hören", meint er und taxiert das ausschließlich junge, kaum der Schule entwachsene Publikum. In der Mitte der Turnhalle, die der Gemeinde als Stadthalle dient, ist ein Lautsprecher- und Kamerapodium aufgebaut. An den Wänden gibt es nur zwanzig Sitzplätze auf Holzbänken. Das Publikum lagert sich auf den blankpolierten Linoleumfußboden.

„Der Löwe ist los" – das ist eine Anspielung auf das Wappentier Hessens. Aber an diesem Sommerabend macht der rot-weiße Löwe eher einen verschlafenen, verträumten Eindruck, wie auf den grünen Wahlplakaten, wo er schmunzelnd Blumen kaut oder langgestreckt in der Wiese liegt. Keine Spur von Wahlkampfhektik oder Katastrophenstimmung. Die Wiesen um die Turnhalle gleichen noch lange nach Beginn der Veranstaltung einem bunten Heerlager, wo man sich plaudernd in der Abendsonne räkelt oder Bekannte begrüßt.

Warum gerade Usingen? Die Veranstalter sagen selbstironisch: „Das muß irgend so ein grün-chaotischer Beschluß sein. Wenn wir gewußt hätten, daß das Fernsehen kommt, wären wir doch nach Offenbach gegangen, da hätten wir die Halle vollgekriegt." Knapp 5000 haben hier im Wahlkreis Hochtaunus I bei der Landtagswahl vor einem Jahr den Grünen ihre Stimme gegeben – das waren 7,8 Prozent der gültigen Wählerstimmen, etwas weniger als der Landesdurchschnitt (8,0). Aber an diesem Abend sind nur knapp 400 Jugendliche gekommen, die Halle wird gerade zur Hälfte voll. Haben die Grünen in Hessen den Zenith ihres Einflusses überschritten? Hat sie die Blutattacke ihres Abgeordneten Schwalba-Hoth auf einen amerikanischen General doch sichtbar Sympathien gekostet? Die Veranstaltung in Usingen gibt darauf keine Antwort. Ein angeknackstes Selbstbewußtsein ist den Grünen aber nicht anzumerken.

Grüner Wahlkampf mit dem losgelassenen Löwen – das ist mehr Unterhaltung als Politik, mehr Stimmungsmache als Argumentation. Als die „Crackers", eine Wiesbadener Band, in blutrotes Licht getaucht, aufspielen, kommt sofort Bewegung in das Publikum, das den Rhythmus mitstampft und sich zu den schrillen Klängen dreht und rollt. Die grünen Landtagsabgeordneten sieht man „*inkognito" in der Menge, nicht auf*gereiht auf einem Podium wie bei den „etablierten" Parteien. Nach grünem Ritus sind auch keine Starredner erwünscht. Alles soll möglichst zwanglos und „basisnah" ablaufen.

Als Bernd Messinger ans Mikrophon gehen will, muß er erst noch Zugaben der „Crackers" abwarten, nach denen das Publikum stürmisch verlangt hat. Dann tritt der Wahlkämpfer vor, mit dem „Hessischen Landboten" von Georg Büchner in der Hand. „Daß in Bonn geheckert und in Wiesbaden gekleckert wird, habt Ihr wohl mitgekriegt", überspielt er die beiden skandalträchtigen Themen des „Sexismus" und der Blutspritzerei – das junge Publikum antwortet mit bravem Klatschen. Ein bißchen Spott für die Spitzenkandidaten von CDU und SPD, die sich plötzlich als „wahre Grüne" aufführten, und noch ein Hinweis auf 15 naturzerstörerische Straßen, die rings um Usingen gebaut werden sollen – dann ist, nach kaum fünf Minuten, die Rede schon vorbei. Der Beifall verebbt rasch, man will den Liedermacher Walter Mossmann hören.

Spät, gegen elf, noch ein bißchen *Politik: Die „Hessen-Show" wird auf*geführt – eine Multivisions-Dia-Vorführung mit kabarettistischen Schlaglichtern auf die Großen der hessischen Politik. Der Schriftsteller und frühere Flugzeugentführer Raphael Keppel singt ein Spottlied auf den „Börnosaurus", der Bundestagsabgeordnete „Joschka" Fischer malt fünf Minuten lang gespenstische Folgen der Raketenstationierung aus, und Startbahnkämpe Thomas Kiseritzki ruft zur Unterschriftensammlung für das Volksbegehren gegen die neuen Waffen auf. Dann greifen Klaus Lage und Band wieder in die Saiten.

Noch durch 20 Städte Hessens soll sich dieser Löwe tummen, mit jeweils wechselnder Besetzung. Einmal ist auch Liedermacher Wolf Biermann dabei. Die ehemalige Landtagsgruppe der Grünen plant eine „alternative Grenzlandfahrt" und einen Besuch in der Region um das Kernkraftwerk Biblis. Hinzu kommen Aktionen im Rahmen der „Friedensbewegung", den Abschluß bildet ein „Fest auf dem Frankfurter Römerberg", genau eine Woche vor der Wahl.



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberge Allee 99, Postfach 20 08 66, 5300 Bonn 2, Tel. 02 28/30 41, Telex 885714

Ursachen der Schwarzarbeit

„Zitat des Tages"; WELT vom 6. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

die von Minister Blüm empfohlenen Bemühungen „wir müssen die Schwarzarbeit mit einer Welle der Verachtung überziehen" wird das Problem keinesfalls lösen.

Einst sagte Ludwig Erhard: „Der Schwarzmarktpreis ist der richtige Marktpreis." Dieses Gesetz herrscht heute wie vor 30 Jahren.

Wenn es nicht gelingt, die Ursachen des Schwarzmarktes zu beseitigen, werden noch so viele Gewissensappelle, noch teurere administrative Maßnahmen dieses unterdessen entstandene Wirtschaftsübel unseres Landes nicht beseitigen.

Für Bauunternehmer wird das Problem beim Ein- und Zweifamilienhausbau zur Existenzfrage, weil für sie der Schwarzmarktpreis unterdessen zum Marktpreis wurde, trotzdem sie enorme Transferleistungen tariflicher und gesetzlicher Sozialkosten zu entrichten haben. 1945 betrugen die lohngebundenen Kosten etwa je Facharbeiterstunde 32 Prozent, 1983 sind die lohngebundenen Kosten tariflicher und gesetzlicher Forderungen auf ca. 95 Prozent gestiegen.

Ist es denn verwunderlich, daß Kunden zwar Sozialleistungen gerne von ihren Arbeitgebern fordern, die Kosten jedoch bei den von ihnen erteilten Aufträgen wenn möglich zu umgehen versuchen. Rockefeller: „Reich wird man von dem Geld, das man nicht ausgibt."

Ich kenne Ortschaften in denen in den letzten zehn Jahren von 100 Häusern 98 als Schwarzbaumaßnahmen errichtet wurden.

Warum hat man nicht den Mut, wie in anderen Ländern, z.B. der Schweiz, marktwirtschaftliche Gesetze zur Beseitigung dieses Übels des wuchernden Schwarzmarktes anzuwenden?

Unsere Sozialgesetze sind über 100 Jahre alt. Eine Reform in der unterdessen veränderten Welt wäre dringend erforderlich. Für die damaligen Verhältnisse mögen sie vorbildlich gewesen sein, als die Mitarbeiter noch geringe Schreib- und Lesekenntnisse hatten und auch das Bank- und Versicherungswesen noch nicht die heutigen Dienste anbieten konnte.

Warum ist es nicht möglich, gesetzliche Sozialleistungen des Arbeitgebers an die Beschäftigten als Bruttolohn auszubezahlen und es dem Versicherten zu überlassen, bei welcher Kranken- und Rentenversicherung er seine Sicherungen vornimmt? Zur Kontrolle, daß er versichert ist, genügen Bestätigungen, welche der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber vorzulegen hat.

Wenn dies gelänge, wüßte der Arbeitnehmer, daß für seine Lohnkosten nicht 14,50 DM, sondern um den aufgestockten Lohn zur Abdekkung seiner Versicherungen 13,78 DM zusätzlich aufgewendet werden müssen, um alle seine Versicherungen zu bezahlen.

Kein Arbeitnehmer wird unter seinem notwendigen Lohn seine Leistungen anbieten. Der Schwarzarbeiterlohn wird von 14,50 DM auf 28,28 DM klettern, dafür wird es aber dem Kunden uninteressant, für die geringe Differenz zum Unternehmerverrechnungslohn all die ihm auferlegten hohen Risiken, Unfall, Gewährleistungswegfall, Bereitstellung von Kleingeräten, fachmännische verbindliche Beratung zu übernehmen.

Dem Staat würden enorme Geldmittel über Steuern und Sozialleistungen zufließen. Krankenkassenbeitragssätze könnten um 2 bis 3 Prozent gesenkt werden. Aus den zufließenden Mitteln könnten Rentenversicherungsdefizite gemildert werden. Auch die Gewerkschaftskassen hätten höhere Einnahmen zu erwarten, und unsere Welt wäre wieder gerechter und in Ordnung.

Ich bin mir zwar sicher, daß die Ministerialbürokratie Minister Blüm diesen Vorschlag aus verständlichen Gründen ausreden wird, aber Erhard und Adenauer hatten zu ihrer Zeit auch sehr viel Mut aufzubringen, um die soziale Marktwirtschaft durchzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen
H. Irblich,
Obermeister der Bauinnung
Schweinfurt

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Markt und Sport

„Kleinere Bundesliga-Probleme bleiben"; WELT vom 17. August

Sehr geehrte Herren,

die Vereine der Fußballbundesliga beklagen seit geraumer Zeit den Zuschauerschwund und suchen die Ursachen überall, nur nicht dort, wo sie m. E. wirklich liegen – nämlich bei den Akteuren!

Die Spieler leben vom Geld der Zuschauer (das haben diese „Herren" offensichtlich nicht begriffen) und sie leben – noch – nicht schlecht dabei. Allerdings will dieser Zuschauer für sein Geld nicht auch noch beleidigt werden. Man stelle sich einmal vor, Show-Stars wie Udo Jürgens, Peter Alexander, Anneliese Rothenberger u. a. würden anläßlich einer Show ihrem Publikum den Vogel, den blanken Hintern o. ä. zeigen. Wo wären sie geblieben? Wer würde, fühlte er sich den verbalen Kraftakten dieser Leute ausgesetzt, diese Veranstaltungen noch besuchen?

So lange die Vereine und der DFB das Benehmen dieser „Herren" nicht entsprechend ahnden, werden die Stadien mit Sicherheit nicht voller.

Und noch etwas verschreckt die Zuschauer: Sinn des Fußballspieles ist doch wohl, dieses Spiel zu gewinnen. Dafür werden die Spieler bezahlt, oder? Was soll dann eigentlich der Quatsch, dann noch Siegprämien zu zahlen? Oder müssen die Spieler bei einer Niederlage einen Teil ihres Gehaltes an die Vereine zurückzahlen? Das wäre doch wohl die logische Konsequenz!

Mit freundlichem Gruß
Herbert Gätjens,
Dülmen

Grenzen von 1937

„Kein Staat auf Rädern"; WELT vom 30. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

leider las ich den Kommentar von Professor Dr. Dieter Blumenwitz wegen einer Ferienreise erst jetzt.

Der Beitrag von Professor Dr. Blumenwitz bedarf in einem wichtigen Punkt der Korrektur: Es ist objektiv unrichtig, daß das Bundesverfassungsgericht in seinem Grundlagenvertragsurteil vom 31. Juli 1973 den Fortbestand Deutschlands „in seinen Grenzen vom 31. Juli 1937" betont habe.

Aus gutem Grund hat das Gericht weder etwas über die Grenzen des nach Auffassung aller relevanten demokratischen Kräfte in diesem Land fortbestehenden und 1867 (als „Norddeutscher Bund") gegründeten deutschen Staates ausgesagt, noch das Datum des 31. Juli 1937 in seinem Urteil überhaupt erwähnt. In weiser Zurückhaltung ist es hier dem Grundgesetz gefolgt, das ebenfalls keine Grenzfestlegung enthält. Es hat sich somit keiner der gegenwärtig vertretenen juristischen oder politischen Theorien angeschlossen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Claus Arndt, Hamburg 80,
Berichterstatter des Bundestags-Rechtsausschusses für fast sämtliche Ostverträge von 1970/1975

*

„Hupka: Nicht Grenzen von 1937 in Frage stellen"; WELT vom 18. August

Der Abgeordnete Dr. Hupka hat (endlich) einmal ausgesprochen, was zu sagen längst fällig war. Ein Dankeschön an die WELT, daß sie darüber berichtet hat.

Die Selbstentäußerung bundesdeutscher Politik in Fragen der deutschen Grenzen ist beispiellos, in der ganzen Welt. Dieselben Leute, die – natürlich nur verbal – für das Heimatrecht aller Völker dieser Erde und besonders der Palästinenser tagtäglich auf die Barrikaden steigen, scheren sich einen Teufel um Pommern und Schlesier.

Dr. Ernst-Heinrich Stahr,
Dudenhofen

Verleugnung

„Der fromme Rundschlag"; WELT vom 12. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Glosse von Herrn Ephraim Lahav möchte ich meinen lebhaften Beifall bezeugen. Die Nahost-Erklärung des Weltkirchenrates von Vancouver ist einseitig und alles andere als christlich. Uns Christen sollte sie aber zum Nachdenken bewegen, wie wir den Weltkirchenrat zu einer gemäßigteren Haltung veranlassen können. Eine deutliche Absage an den weltweit wiedererwachenden Antisemitismus wäre dem christlichen Auftrag dienlicher gewesen. Eine Verleugnung unserer geistigen Verwandtschaft mit dem Judentum kommt einer Verleugnung Jesu Christi gleich.

Mit freundlichen Grüßen
Johann H. Lerche,
Bad Oeynhausen 11

Fernseh-Müll

„Klägliche Vertäuschung"; WELT vom 6. August

Sehr geehrte Redaktion,

endlich sagt Herr Polcuch den Medien-Verantwortlichen unsere allgemeine Meinung. In diesem Falle werden die ständigen Wiederholungen und im besonderen der jeweils Sonnabends zur besten Sendezeit um 20.15 Uhr im ZDF gesendete „Wunsch"-Film aus Filmen angesprochen, die alle der Vergangenheit angehören und zwischenzeitlich sowieso oft schon mehrmals gebracht worden sind. Wenn es nichts Neues mehr an Filmen bzw. an guten alten, noch nicht gesendeten gibt, kann der Angestellten-Stab in der obersten Spitze dieser Medien-Monopole doch eigentlich wesentlich verringert werden. Oder wollen die Medien-Gewaltigen bewußt, daß wir viele fernsehfreie Abende einlegen?

Besonders aber muß noch etwas zu dem ständigen Konkurrenzkampf der Sender des ersten und zweiten Programms gesagt werden, wo es weder die Intendanten noch die Programmdirektoren usw. nötig haben, auf die zu oft schon ausgesprochene Bitte der Zuschauer und -hörer einzugehen, endlich mal rechtzeitig ihre Programme untereinander abzustimmen. Im Gegenteil, es scheint den zuständigen Herren bei beiden Sendern beinahe eine besondere Freude zu bereiten, wenn von Zeit zu Zeit wirklich mal wieder in einem Programm ein ansprechender Film erscheint, am gleichen Abend zur selben Zeit auch im anderen Programm ein neuer, guter und unterhaltsamer Film gezeigt wird, während wir Bürger an vielen anderen Abenden den Fernsehapparat aus Mangel an Güteprogrammen überhaupt nicht anzustellen brauchen.

Ich erinnere mich hierbei noch sehr gut daran, daß Herr Polcuch „schon im August 1977" in einem Artikel zu Recht davon sprach, daß den Wochenend-Deutschen „Sperrmüll aus dem TV-Keller" angeboten wird, was m.E. inzwischen aber auch an anderen Tagen der Fall ist. Wann werden endlich die richtigen Leute auf den richtigen Platz gesetzt und die gewünschten Änderungen herbeiführen.

Mit freundlichen Grüßen
H. Spindler,
Lübeck

Provokation

„Zur Haushaltskonsolidierung starre Ausgabenstrukturen durchbrechen"; WELT vom 8. August

Es ist nahezu unglaublich, daß das bisher auch von mir geschätzte Kieler Institut für Weltwirtschaft zur Konsolidierung der Staatsfinanzen u. a. eine ersatzlose Streichung der regionalen Wirtschaftsförderung empfiehlt. Die Arroganz dieses Vorschlages an sich und offenkundige Ignoranz fundamentaler volkswirtschaftlicher Zusammenhänge bieten durchaus Anhaltspunkte dafür, die wissenschaftliche Seriosität des Instituts in Frage zu stellen. Der genannte Vorschlag kommt außerdem einer Provokation aller für die Wirtschaftsförderung Verantwortlichen – hierzu zählen u. a. Banken, Wirtschaftsberater, staatliche und kommunale Wirtschaftsförderer – gleich.

Ich möchte nicht falsch verstanden werden: Sicherlich gibt es aufgrund methodischer und politischer Mängel auch Effizienzeinbußen beim Vollzug der regionalen Wirtschaftsförderung. Es gibt aber keine sachlichen Gründe, das Instrumentarium als solches in Frage zu stellen.

Dr. Heinz Puls,
Leiter des Amtes für Wirtschaftsförderung und Regionalplanung beim Landkreis Uelzen

Wort des Tages

„Der Humor hat einen Blick für das Menschliche in seiner Kleinheit wie in seiner Größe. Er findet auch da Anlaß zu Scherz und Lächeln, wo alltägliche Augen nur ein langweiliges Grau in Grau oder steife Feierlichkeit sehen. Auch für das Komische und Verdrehte hat der Humor ein herzliches Verständnis. Gelächter und Scherz können uns peinlich die Wahrheit sagen . . ."

Nathan Söderblom, schwed. Theologe (1866–1931)

Personalien

GEBURTSTAGE

Prof. Dr. **Eberhard Laux**, Vorstandmitglied der Wibera-Wirtschaftsberatung AG in Düsseldorf, wird am 24. August 60 Jahre alt. Der frühere Landrat des holsteinischen Kreises Plön leitet seit 1968 bei der Wibera den Bereich „Verwaltungsberatung". Seit 1970 lehrt er als Honorarprofessor an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer. Er ist Vizepräsident der Freiherr-vom-Stein-Gesellschaft.

*

Prof. Dr. **Hans Grebe**, Präsident der Ärztekommission des Amateurbox-Weltverbandes AIBA, wird am Donnerstag 70 Jahre alt. Der Sportarzt aus dem hessischen Frankenberg/Eder fand als Präsident des Deutschen Sportärztebunds zum Boxsport und war von 1960 bis 1972 Präsident der Ärztekommission des Deutschen Amateur-Box-Verbandes (DABV). Grebe war „Chefarzt" bei den Olympischen Spielen 1972, 1976 und 1980 sowie bei mehreren Europa- und Weltmeisterschaften.

*

Rechtsanwalt Dr. **Otto Wuttke**, Bonn/Bad Honnef, vollendete am 21. August sein 80. Lebensjahr. Dr. Wuttke war dreißig Jahre lang Vorsitzender des Verbandes Deutscher Mineralbrunnen und ist Mitbegründer der Europäischen Vereinigung der Mineralbrunnenindustrie.

EHRUNG

Für sein erfolgreiches Wirken bei der Bekämpfung von Hautkrankheiten hat Bundespräsident **Karl Carstens** dem Unternehmer und Wissenschaftler **Kurt Herrmann** das Große Bundesverdienstkreuz verliehen. Ministerpräsident **Uwe Barschel** überreichte die hohe Auszeichnung gestern im Rathaus der Sachsenwaldstadt Reinbek. Hier hat der aus Ostpreußen stammende Herrmann die Firma „Hermal-Chemie" angesiedelt, die dermatologische Präparate herstellt und in mehr als 30 Ländern vertreibt.

Barschel erinnerte an das vielseitige ehrenamtliche Engagement des Unternehmers, dem bereits von den Universitäten Hamburg und Frankfurt die Ehrendoktorwürde verliehen worden ist: Herrmann ist Vizepräsident der Handelskammer Lübeck, Vorsitzender des Verbands der südholsteinischen Wirtschaft und Gründer der „Alfred Manchionini-Stiftung" zur Fortbildung von Dermatologen.

NACHRICHTEN

Heute: Fußball-Bundesliga

Bonn (DW.) – Heute werden vier Spiele des dritten Spieltages der Fußball-Bundesliga ausgetragen. Jeweils um 20 Uhr werden die Spiele Nürnberg – Bielefeld, München – Düsseldorf, Bochum – Braunschweig und Stuttgart – Mannheim angepfiffen.

Carey schwamm Weltrekord

Caracas (dpa) – Rick Carey (USA) stellte am vorletzten Tag der Schwimm-Wettbewerbe bei den panamerikanischen Spielen in Caracas den zweiten Weltrekord auf. Bereits zum dritten Mal in diesem Jahr verbesserte der Amerikaner die Bestzeit über 100 m Rücken auf nunmehr 55,19 Sekunden. Sein alter Weltrekord lag bei 55,38 Sekunden.

Sieg für Junioren

Palma de Mallorca (dpa) – Die deutsche Auswahl kam bei der Basketball-Weltmeisterschaft der Junioren in Palma de Mallorca in der Finalrunde zu einem 69:65-Sieg über Jugoslawien.

Tor von Beckenbauer

New York (sid) – Franz Beckenbauer steuerte zum 5:3-Sieg seiner Mannschaft Cosmos New York über die Chicago Stings einen Treffer bei. Mit diesem Erfolg sicherte sich Cosmos vorzeitig den Gruppensieg in der Eastern Division der nordamerikanischen Fußball-Profiliga und steht als erster Teilnehmer der Play-Off-Runde fest.

Wunderlich bester Werfer

Doboj (sid) – Der frühere Gummersbacher Erhard Wunderlich war im letzten Spiel beim internationalen Handball-Turnier in Doboj bester Werfer seines neuen Klubs FC Barcelona. Wunderlich erzielte bei der 30:35-Niederlage im Spiel um Platz sechs gegen Roter Stern Belgrad sechs Tore. Turniersieger wurde Metaloplastica Sabac (Jugoslawien).

ZAHLEN

TENNIS

Bundesliga, Herren, 4. Spieltag. Gruppe 1: Stuttgart – Hamburg 5:4, *Karlsruhe-Rüppur* – *Neuss* 5:4, *Leverkusen* – Essen 1:8. – Tabellenspitze: 1. Neuss 3:1 Pkte., 2. Essen 3:1. – **Gruppe 2:** Weiden – Berlin 2:7, Amberg – Großh. München 7:2, Mannheim – Iphitos München 3:6. – Tabellenspitze: 1. Berlin 4:0, 2. Amberg 4:0.

WCT-Turnier in Ohio, Finale: Wilander (Schweden) – McEnroe (USA) 6:4, 6:3. – **Damenturnier in Toronto, Finale:** Navratilova – Evert-Lloyd (beide USA) 6:4, 4:6, 6:1.

SCHWIMMEN

Europameisterschaft in Rom, Damen, Turmspringen: 1. Lobankina (UdSSR) 455,52 Pkte., ... 10. Heinrichs 344,94, ... 12. Spudeit (beide Deutschland) 312,30.

SEGELN

Weltmeisterschaft der Starboote vor Los Angeles, 6. Wettfahrt: 1. Raudaschl/Ferstl (Österreich), 2. Buchan/Buchan (USA), 3. Cassinari/Dalvit (Italien), ... 10. Gorostegui/Doreste (Spanien), 11. Hagen/Hösch, ... 27. Schwartz/Moechl, ... 30. Wrede/Borowy, ... 34. Roellenbleg/Seeberger (alle Deutschland). – **Endstand:** 1. Gorostegui/Doreste, 2. Griese/Marcour (Deutschland) 48, 3. Buchan/Buchan 51,7, ... 5. von Below/Wehofsich 82,1, ... 7. Hagen/Hösch (alle Deutschland).

REITEN

CHIO in Rotterdam. Großer Preis von Rotterdam, im Stechen: 1. Gabathuler (Schweiz) Beethoven 0 Fehler/38,89 Sek., 2. Frühmann (Österreich) Bandit 4/37,65, 3. Schockemöhle (Deutschland) Deister 4/38,46.

MOTORSPORT

Europameisterschaft Formel 2, *elfter* Lauf in Zolder: 1. Palmer (England) Ralt-Honda 1:06:12,03 Std. (177,68 km/Std.), 2. Thackwell (Neuseeland) Ralt-Honda 1:06:22,86, 3. Streiff (Frankreich) AGS-BMW 1:06:55,98, 4. Danner March-BMW 1:06:57,41, ... 7. Bellof (beide Deutschland) Maurer-BMW 1:07:38,36. – **EM-Stand:** 1. Palmer 66 Pkte. (Europameister), 2. Thackwell 45, 3. Gabbiani (Italien) March-BMW 39, 4. Danner und Streiff je 21.

GEWINNZAHLEN

„6 aus 45": 13, 19, 30, 31, 34, 39, **Zusatzzahl:** 23. – **Rennquintett:** Rennen A: 15, 8, 14. Rennen B: 33, 24, 28 (ohne Gewähr).

FUSSBALL / Nach langen Streitereien hat der Trainer des 1. FC Köln um seine Entlassung gebeten – Manager Hannes Löhr ist der Nachfolger

Michels wollte es nicht glauben, aber „Kölscher Klüngel" schaffte auch ihn

MARCUS BERG, **Köln**

Gestern mittag packte der Fußball-Lehrer Rinus Michels in der Trainer-Kabine des „Geißbockheims" seine sieben Sachen. Dann verabschiedete er sich im schmucken Klubhaus des 1. FC Köln, dessen Idylle im Grüngürtel, den noch Konrad Adenauer als Kölner Oberbürgermeister hatte anlegen lassen, schon seit Monaten trog, von der Mannschaft, die es zuletzt *nicht mehr mit ihm konnte und* wollte. Die Krise um den Klub, der sich immer noch als eine der besten Adressen im deutschen Fußball sieht, hatte ihr erstes Opfer gefordert.

Der Entschluß zur Trennung war freilich schon während der Kurzreise der FC-Profis zu einem Turnier im spanischen Gijon am Wochenende gefallen. Am Sonntagabend informierte dann Präsident Peter Weiand (63), Chef des Westlottos, mit einem Fernschreiben aus seinem Haus über die Entwicklung und alarmierte damit zu später Stunde die Sportredaktionen der Lokalblätter, die Montagausgabe umzukrempeln:

„Herr Michels hat den Vorstand des 1. FC Köln gebeten, das Vertragsverhältnis zu lösen, da er unter den gegebenen Umständen nicht mehr in der Lage ist, so zu arbeiten, wie er es für erforderlich hält, um in dieser Situation erfolgreich zu sein. Der Vorstand hat seinem Wunsch entsprochen."

Der Schritt des 55jährigen Holländers, der sich bei Dienstantritt vor genau 35 Monaten noch furchtlos vor den bekannt verzwickten Kölner Verhältnissen gegeben hatte („Klüngel gibt es überall auf der Welt"), war erwartet worden und kam gleichwohl überraschend schnell schon nach dem zweiten Spieltag. Der spiegelt den Druck wider, unter dem sich das Präsidium fühlte, nachdem man noch vor Tagen selbst nach der Niederlage in Düsseldorf erklärt hatte, Michels werde seinen Vertrag bis zum 30. Juni 1984 erfüllen (Manager Johannes Löhr).

Doch ausgerechnet in Gijon, genau dort, wo sich die deutsche Nationalelf vor Jahr und Tag zu Beginn der WM so schlimme Dinge geleistet hatte, kam es zum Ende. Erstmals nach langen Wochen des Haderns, ja der Grabenkämpfe habe im Mannschaftskreis und im Umfeld eine lokkere Stimmung geherrscht, berichtete Michels: „Die Verhältnisse waren bei weitem nicht mehr so verkrampft, da kann man leichter einen solchen Gedanken fassen, wobei der Entschluß natürlich nicht von heute auf morgen gefallen ist."

Beim Bier in der Bar des Hotels „Principe de Asturias" wurden sich



Neben dem Managerposten auch noch Trainer: Hannes Löhr (links) an der Seite seines Vorgängers Rinus Michels. FOTO: MOENKEBILD

Weiand und Michels dann einig. Ein erneuter Vorstoß mehrerer Spieler auf dem Rückflug von Madrid nach Düsseldorf mit dem Hinweis an ihren Chef, daß die prekäre Situation der Mannschaft sowie die Probleme des Trainers mit der Öffentlichkeit zum Handeln zwängen, erwies sich als überflüssig, weil die Sache gelaufen war.

Noch am Sonntag abend unterrichtete Spielführer Pierre Littbarski seine Kollegen mit einem telefonischen Rundruf vom Vollzug.

Michels, der in Köln monatlich über 30 000 Mark verdiente und nun wohl mit einer Abfindung von gut und gerne 300 000 Mark rechnen darf, möchte fürs erste die Gedanken in seinem Haus in Barcelona ordnen, um dann in seiner niederländischen Heimat wieder an die Arbeit zu gehen. Bevor er im März dieses Jahres seinen Vertrag beim 1. FC Köln auf Drängen des Vorstandes verlängert hatte, lagen ihm mehrere Angebote holländischer Spitzenklubs vor.

„Sicher habe ich Fehler gemacht", sagte er in einer Stellungnahme, „aber ich wehre mich, der einzige Sündenbock für die Fehler zu sein." Wie wahr.

Michels-Vorgänger Karl-Heinz Heddergott, der die Spieler zur Klampfe singen ließ, war angeblich zu weich. Sein Nachfolger galt schnell als zu hart. „Unmenschliches Training" hielten ihm Littbarski und Klaus Fischer vor, als sie fern der Heimat mit der Nationalmannschaft in Oslo waren. Sie mußten dafür 2000 Mark Strafe zahlen. „Der Trainer, der zu uns paßt, muß wohl erst noch gebacken werden", erkannte Torwart Harald Schumacher die besonderen Umstände gerade im Schatten des Doms.

Schumacher, der sich vor zwei Jahren ausdrücklich auf die Qualitäten des Trainers Michels berief, als er sich für fünf Jahre an den Klub band, war es, der die Trennung einleitete. Die Pfiffe des enttäuschten Publikums nach dem blamablen Kölsch-Kölschen Pokalfinale noch im Ohr, diktierte er vom Krankenbett aus Reportern des heimischen Boulevard-Blatts „Express" in den Stenoblock: „Michels lebt wie in einer Wasserburg. Ich war der einzige Steg zu ihm. Aber auch der ist eingebrochen. Es muß ein anderer Trainer her. Michels sagt selbst, daß er kein Trainer ist, der junge Leute einbauen kann."

Der 29jährige Nationaltorhüter forderte zudem, es müßten „noch andere Köpfe rollen". Die Attacken blieben für ihn weitgehend ohne Folgen.

Michels setzte auf schnelle Erfolge in der Meisterschaft und zeigte sich ratlos, als die ausblieben, und sein versprengtes Häuflein ein Bild des Elends bot. Die Mannschaft war in sich zerstritten. Michels-Kollegen äußerten übereinstimmend die Ansicht, der Holländer habe den entscheidenden Fehler gemacht, als er zuließ, daß Schumacher nach seiner Genesung sofort wieder ins Tor durfte, ohne daß der Kicker sich entschuldigen mußte.

Gestern tagte der Vorstand des Bundesligaklubs in Dauersitzung hinter den verschlossenen Türen des Lotto-Hauses. Ein Lotterie-Spiel soll's nicht geben, um aus Krise und Klüngel herauszukommen. Fürs erste soll *Manager Löhr (41),* der vor Jahren als Assistent von Hennes Weisweiler auf der Bank saß, die Mannschaft betreuen.

GOLF

Langer wieder in Form

G. A. B. **York/Bad Ems**

Dem deutschen Golf-Profi Bernhard Langer gelang wieder einmal *ein bedeutender internationaler Er*folg. Bei der mit rund 440 000 Mark dotierten „Benson & Hedges Open" im Fulford Golfclub in York war der 25 Jahre alte Anhausener nur um einen Schlag schlechter als der Gewinner John Bland (Südafrika).

Langer benötigte (bei Par 72) 274 Schläge (68+68+71+67). Für den zweiten Platz kassierte Langer umgerechnet rund 48 000 Mark und hat damit in diesem Jahr schon über eine halbe Million Mark an Preisgeldern gewonnen. In der Verdienstrangliste der europäischen Profi-Golfer belegt Bernhard Langer jetzt den dritten Rang.

Die Entscheidung im englischen York fiel erst in der letzten Runde. Mit 67 Schlägen spielte Langer das beste Ergebnis, doch Bland war nur um einen Schlag schlechter. Dritter wurden der German-Open-Sieger Corey Pavin (USA) und Jeff Wall (Wales) mit je 276 Schlägen.

*

Als neuer Deutscher Mannschaftsmeister gewannen die Düsseldorfer Golfamateure des Hubbelrather GC erstmals den seit 30 Jahren ausgespielten „Clubpokal" von Deutschland. Sie feierten in Bad Ems einen überlegenen Endspielsieg von 9:3 Punkten (Vierer 1,5:2,5 / Einzel 7,5:0,5) gegen den GLC Kronberg, der damit schon im dritten Finale hintereinander sieglos blieb.

Dritter wurde der Stuttgarter GC Solitude mit 6,5:5,5 (2:2 / 4,5:3,5) gegen den GLC Berlin-Wannsee.

Titelverteidiger Hamburg-Falkenstein, mit 13 Erfolgen Rekordmeister, davon die letzten sechs Jahre hintereinander, traf durch das unglückliche Los diesmal gleich im ersten Spiel auf die Hubbelrather und unterlag ersatzgeschwächt *knapp mit* 5,5:6,5 (3:1 / 2,5:5,5). In den letzten vier Jahren hatten die Falkensteiner stets erst im zweiten Spiel in der Vorschlußrunde knapp gegen die Hubbelrather gewonnen.

Absteiger aus der Klasse I sind die Braunschweiger und Hanauer.

SEGELN

Die Taktik geändert: Nur Zweiter

sid/dpa, **Los Angeles**

Zwei Wochen nach ihrem Sieg bei den vorolympischen Segel-Wettbewerben mußten sich Joachim Griese (Hamburg) und Vorschootmann Michael Marcour (Möhnesee) bei der Weltmeisterschaft der Starboote mit dem zweiten Platz begnügen. Mit einem zehnten Platz in der sechsten und letzten Wettfahrt verteidigten die beiden Spanier Antonio Gorostegui und Jose Luis Doreste ihren Titel.

Nach drei Tagessiegen hintereinander war Griese/Marcour die Silbermedaille schon vor dem Start zur Schlußwettfahrt sicher. Um den beiden Spaniern noch den Titel zu nehmen, stellte die deutsche Crew, die zuvor immer vorneweggesegelt war, ihre Taktik um. „Wir wollten uns direkt hinter Gorostegui legen, um ihn unter Kontrolle zu halten und eventuell zum Fehlstart treiben", erklärte Griese seinen Plan. Statt dessen schoben sich aber zwei andere Boote dazwischen, und die Deutschen gerieten in den Windschatten. Bei der Wende an der zweiten Tonne waren Griese und Marcour schon soweit *zurückgefallen,* daß sie sich zur Aufgabe entschlossen. Statt über die Ziellinie segelten sie in den Hafen des California Yacht Club. Die letzte Wettfahrt gewannen die Österreicher Raudaschl und Ferstl.

Während sich Bundes-Honorartrainer Franz Untersberger über den verpaßten Titel ärgerte („Immer diese Spanier! Ausgerechnet bei der WM schnappen sie uns das Gold vor der Nase weg", sind die Spanier für Joachim Griese zu Recht Weltmeister: „Keine Frage, sie haben *Platz* eins verdient." Deshalb stellt der Hamburger sein Licht aber nicht unter den Scheffel: „Wenn wir bedenken, daß wir erst seit Saisonbeginn zusammen segeln, dann sieht die Bilanz 1983 doch nicht schlecht aus."

Mit Uwe von Below/Franz Wehofsich (Hamburg/Möhnesee) als Fünften und den Europameistern Alexander Hagen/Vicent Hösch (München/Rimstig) als Siebten plazierten sich insgesamt drei deutsche Boote unter den ersten zehn.

SCHWIMMEN

Michael Groß: „Niederlage formt mich"

dpa, **Rom**

Vor dem 200-m-Freistil-Finale bei den Schwimm-Europameisterschaften in Rom führte die Deutsche Presse-Agentur (dpa) ein Interview mit Weltmeister Michael Groß.

Frage: Was bedeutet Ihnen das Schwimmen als Leistungssport?

Groß: Das ist für mich ein Hobby wie für andere Briefmarkensammeln. Das Schwimmen ist für mich praktisch die Schule des Lebens. Deshalb wäre es für meine Persönlichkeit vielleicht auch ganz gut, wenn ich einmal so richtig eins auf die Hose bekommen würde.

Frage: Und die Erfolge?

Groß: Erfolge sind nicht zwangsläufig oder bloß ein Abfallprodukt, sondern eine schöne Nebengabe.

Frage: Ohne Erfolge aber könnten Sie diese Erlebnisse gar nicht erst sammeln ...

Groß: *Der Erfolg ist* praktisch die Ausnahme von der Niederlage. Wenn ich einmal nicht Erster bin, ist das für die Öffentlichkeit schon eine Niederlage. Ich sehe das nicht so.

Frage: Halten Sie diese Öffentlichkeit deshalb für ungerecht und unfair?

Groß: Sie setzt immer voraus, daß man übermenschliche Qualitäten entwickelt und keine Fehler macht. Aber ich bin auch nur ein Mensch.

Frage: Ist der Spaß am Schwimmen *mit den Erfolgen* und den großen Erwartungen weniger geworden?

Groß: Eigentlich überhaupt nicht. Wenn ich mich als Herzeigefigur vergewaltigen hätte lassen, dann wäre der Spaß verlorengegangen. Hinterher besteht die Gefahr des Nicht-nein-sagen-Könnens. Ich sage nie ja, deshalb kann ich auch immer nein sagen.

Frage: Könnten Sie sich vorstellen, für Geld zu schwimmen?

Groß: Erstens gibt es im Schwimmsport keine Profis. Und – nee, das ist nicht drin.

Frage: Und wie betrachten Sie das Thema Werbung?

Groß: Ich würde nicht für Dinge werben, mit denen ich mich nicht identifizieren könnte.

Tamara träumt von einem Sprung über 2,10 m – Wissenschaftler aber haben 2,18 m errechnet

Es waren ja nicht nur die beiden Sprünge über 2,03 Meter, mit denen Ulrike Meyfarth und Tamara Bykowa in den Weltrekordhimmel schwebten. Es waren vor allem die (vorerst noch) mißglückten Versuche über 2,05 Meter, die kühne Prognosen *veranlaßten.* Beide Springerinnen schwebten hoch über der Latte, um dann mit der Unterseite des Oberschenkels oder mit den Hacken zu reißen. Was hätten Lichtschranken-Messungen ergeben? Flüge über 2,08 Meter?

2,05 Meter sei für sie ein sehr konkretes Ziel, hatte die sowjetische Weltmeisterin Tamara Bykowa schon im Frühjahr in Budapest gesagt, als sie zum ersten Mal in der Halle 2,03 Meter überwunden hatte. *Und: „Ich träume von einem* Sprung über 2,10 Meter." Sind das wirklich nur Träume oder doch schon realistische Zielvorstellungen? Wohin entwickelt sich der

STAND PUNKT

Frauen-Hochsprung? Müssen wir uns künftig an Höhen von 2,08 Meter oder 2,10 Meter gewöhnen?

Als die *Italienerin Sara Simeoni* 1978 mit 2,01 Meter einen neuen Weltrekord aufstellte, stuften Sportwissenschaftler in Leipzig und Moskau dies als eine überaus mittelmäßige Leistung ein. Mehr noch: Der in der Öffentlichkeit überschwenglich gefeierte Höhenflug der Simeoni galt den Wissenschaftlern sogar als schlechtester Frauen-Weltrekord. Zugrunde lag für diese Berechnung der damalige Männer-Weltrekord des Sowjetrussen Jaschtschenko von 2,34 Meter. Daran gemessen hätten die Frauen noch einen großen Nachholbedarf, denn der Grenzbereich im Frauen-Hochsprung liege immerhin bei beachtlichen 2,18 Meter.

2,03 Meter heißt nun die neue Marke bei den Frauen, und 2,37 Meter stehen bei den Männern als Weltrekord zu Buche. Viel hat sich also seit 1978 nicht geändert: Die Männer befinden sich bereits im Grenzbereich, die Frauen haben etwa 86 Prozent der wissenschaftlich ausgeklügelten Rekordmöglichkeiten erreicht.

Vor 22 Jahren übersprang die Rumänin Jolanda Balas im Schersprung bereits die damalige Weltrekordhöhe von 1,91 Meter. Die Sprungkraft der langbeinigen Bukaresterin war gewaltig, die Technik hausbacken. Heute sagt die Balas: „Es wird zwar immer spekulativ bleiben, aber irgendwie glaube ich, daß mir mit der Flop-Technik die damals noch in weiter Ferne thronende Traummarke von 2 Metern gelungen wäre." Doch das Rückwärts-über-die-Latte-Segeln, in den späten sechziger Jahren erfunden von dem amerikanischen Olympiasieger Dick Fosbury, kannte man damals noch nicht.



Im Wettkampf Konkurrentinnen, aber privat verstehen sie sich ganz gut: Tamara Bykowa (links) und Ulrike Meyfarth. FOTO: AP

Zwei Meter hätte sich Jolanda Balas schon vor 22 Jahren zugetraut, inzwischen gibt es einschließlich der Hallenleistungen 13 Sprünge über 2 Meter und mehr. Erzielt wurden sie von nur sechs Athletinnen: Rosi Ackermann („DDR"), Sara Simeoni, Coleen Sommer, Louise Ritter (beide USA), Ulrike Meyfarth und Tamara Bykowa. Von Leistungsexplosion also keine Spur.

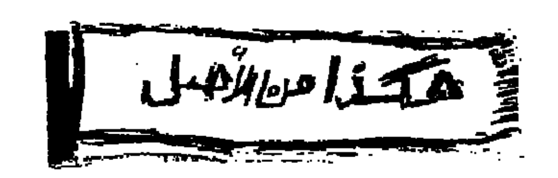
2,18 Meter sei in etwa der Grenzbereich bei den Frauen, das haben die Wissenschaftler hochgerechnet. Für diese These steht folgendes: Ein 16jähriger jugendlicher Hochspringer schafft bei einer 100-m-Geschwindigkeit von 11,6 Sekunden die Höhe von 2,10 Meter. Es gibt Weltklasse-Hochspringerinnen, die ebenfalls diese Anlaufgeschwindigkeit entwickeln, doch umgesetzt wird sie in Sprünge, die zehn bis 15 Zentimeter niedriger als 2,10 Meter sind.

Noch eine These: Dietmar Mögenburg hat seine Körpergröße um 33 Zentimeter übersprungen, der Amerikaner Jacobs – nur 1,70 Meter groß – sogar um 51 Zentimeter. Ulrike Meyfarth ist 1,88 Meter groß, sie läuft über 100 Meter 12,4 Sekunden. Biomechaniker trauen ihr bei diesen Werten einen Sprung bis zu 30 Zentimeter über ihrer Körpergröße zu. Damit wäre der Grenzbereich von 2,18 Meter erreicht.

Der Frauen-Hochsprung, international derzeit von vier Damen beherrscht, ist trotz der Rekordsprünge der letzten Jahre stets überschätzt worden. Es liegt wohl vor allem an der Naivität der Trainer, den Frauen nicht allzuviel zuzutrauen. Sonst würde es schneller aufwärts gehen. Die sowjetische Weltmeisterin Tamara Bykowa zum Beispiel verfügt über eine hervorragende Körperbeherrschung. Schon deshalb sollte sie, ebenso wie Ulrike Meyfarth, nicht nur von den ganz großen Sprüngen träumen – sie sollte sie wagen.

KLAUS BLUME





Gangster-Epen mit spritzigen Dialogen: Die „Dünner Mann"-Filme

Eine Ehe, die beiden Spaß macht

Vom Inhalt her sind sie den Gangster-Epen zuzuordnen; den Dialog haben sie von der „sophisticated comedy" entlehnt – aus dieser Mischung sind die Filme um den „Dünnen Mann" hergestellt. Die Melange war so erfolgreich, daß der dünne Mann sechsmal für einen Titel herhalten mußte, obwohl sein Erfinder, der ehemalige Pinkerton-Detektiv, nachmalige Kriminalschriftsteller und jüngst, von Wim Wenders, zum Protagonisten eines Films ernannte Dashiell Hammett nur ein einziges Buch dieses Titels veröffentlichte: „The Thin Man" erschien 1934 und wurde noch im selben Jahr von MGM verfilmt.

Ein kongeniales Paar konnte man für die Filme (von denen, wie nicht anders zu erwarten, die letzten immer fader wurden) gewinnen: William Powell spielte den ehemaligen Detektiv Nick Charles, der sich seit der Heirat mit seiner vermögenden Frau Nora vornehmlich um die Verwaltung ihres Vermögens kümmert. Diese wurde, hübsch, spitzzüngig und mit einer gehörigen Portion Ironie, von der fabelhaften Myrna Loy gespielt. Nicht zu vergessen Mr. (und später Mrs.) Asta, ein Foxterrier, der beim Versteckspielen nur ein bißchen schummelt, dafür mitunter entscheidend in die Handlung eingreift.

Während Nick und Nora vor der Kamera das ideale Paar spielten, waren sich Powell und Loy nach Drehschluß ganz und gar nicht grün. Davon merkt man in den Filmen jedoch nichts; zwischen dem Knallen von Champagnerkorken und Revolverkugeln knistert eine Menge Erotik, wenn auch mit der entsprechenden Dezenz, für die die Lichtspiele der dreißiger Jahre nun einmal berühmt sind.

Eine recht schillernde Gestalt ist dieser Nick Charles, ein Lebenskünstler und Playboy (jedoch stets die Grenzen der Ehe respektierend!),

Mordsache „Dünner Mann" – ZDF, 19.30 Uhr

der wegen seines ehemaligen Berufes immer noch intensive und freundschaftliche Kontakte zur Halb- und Unterwelt pflegt. Auch Nora, aus äußerst *feinem Hause stammend, fühlt* sich sichtlich wohl in der Gesellschaft schwerer Jungen und leichter Mädchen. Perfid mischen die Drehbuchautoren die unterschiedlichsten Gesellschaftsschichten durcheinander – wollen sie etwa boshafterweise andeuten, daß im Grunde alle aus dem gleichen Holz geschnitzt sind?

Vermutlich ist einiges von Hammetts Charakter und Persönlichkeit in die Figur des Nick Charles eingeflossen, so wie Nora ihr Vorbild hatte in der Bühnenschriftstellerin Lilian Hellman, die mit Hammett zusammenlebte. In ihrer Biographie bemerkt sie dazu: „Es war schön, Nora zu sein, die mit Nick Charles verheiratet war – vielleicht eine der wenigen Ehen in der modernen Literatur, in der sich der Mann und die Frau lieben und ihr gemeinsames Leben genießen."

Anders als in den Komödien, die gewöhnlich endeten, wenn die Liebenden sich in die Arme fielen, anders auch als in den Melodramen, die die Ehe als saure Verpflichtung zur Opferbereitschaft (meistens der Frau) darstellen, zeigen die „Dünner-Mann-Filme" eine Gemeinschaft, die den Partnern Spaß macht: Hauptsache, es ist immer genügend Eis im Kühlschrank für die allzeit fälligen Cocktails.

Eine Konzession an die traditionelle Familie konnten sich die Autoren aber doch nicht verkneifen: Am Ende des zweiten Films („After the Thin Man", den das ZDF am kommenden Freitag zeigt) strickt Nora Babykleidung. Und schon in der vierten Folge („Shadow of the Thin Man") tritt Nick jr., mittlerweile sechs Jahre alt, eifrig in Daddys Fußstapfen. Dafür hatte man Mr. und Mrs. Asta aufs Altenteil geschickt. Denn welcher Schauspieler tritt freiwillig gegen Hunde *und* Kinder an?

RAINER NOLDEN

US-Parteien wissen: Stimmen der „Hispanics" können die Präsidentschaftswahl entscheiden

18 Millionen in vier Schlüsselstaaten / Eine Minderheit mit Sonderinteressen / Reagan umwirbt sie

THOMAS KIELINGER, **Santa Fé**

„Die Hände, die in diesem Land den Salat und die Baumwolle pflücken, sind die Hände, die den nächsten Präsidenten dieses Landes bestimmen könnten." Der Mann, der dies sagt, ist Gouverneur Toney Anaya von New Mexico. Mit seinen Worten verbindet er Stolz und Drohung: Stolz, daß er zu einer in den USA immer wichtiger werdenden Minderheit, den „Hispanics", den Latino-Amerikanern, gehört, noch dazu an führender Stelle als Gouverneur seines Bundesstaates; Drohung, weil er mit diesen und anderen Äußerungen die beiden großen Parteien, Republikaner und Demokraten, wissen läßt: Die „Hispanics" könnt ihr nur noch unter Gefahr für euer eigenes politisches Überleben ignorieren.

Es bedurfte nicht dieser Warnung Anayas, um das politische Establishment wachzurütteln. Spätestens seit der Volkszählung von 1980 weiß man es amtlich: Die Latino-Amerikaner gehören zu der am raschesten wachsenden Minderheitengruppe in den USA. Sie zählt heute etwa noch 14 Millionen Menschen, dürfte aber bis Ende des Jahrhunderts die 40-Millionen-Grenze überschritten haben. Damit hätte sie die bisher größte ethnische Minderheit, die Farbigen (zur Zeit 26 Millionen), überflügelt.

Tatsächlich zählen die „Hispanics" heute schon – grob geschätzt – mindestens vier Millionen mehr als die 1980 festgestellten 14 Millionen. Eine nicht auslotbare Grauziffer illegaler Einwanderer aus den spanischsprachigen südlichen Ländern Amerikas wohnt, oder besser: haust im Bannkreis der großen Städte mit auffallend spanischem Gepräge: Miami, Los Angeles, El Paso, Phoenix, Houston, San Antonio. Sie vermischen sich mit dem Bodensatz legal Eingewanderter, nehmen schlechte Jobs an, die ebenso schlecht bezahlt werden und gehen – aus Furcht vor Deportation – allen bürokratischen Erfassungen aus dem Wege.

Als eine Minderheit mit solch explosivem Bevölkerungspotential reklamieren die „Hispanics" immer mehr vom „Platz an der Sonne" in der amerikanischen Gesellschaft. Wie auch die Farbigen der USA entdekken sie, daß die Stimmabgabe der sicherste Weg zu mehr Einfluß und Macht darstellt. Traditionell aber hapert es da besonders. Nicht mehr als 30 Prozent aller stimmberechtigten „Hispanics" fanden beispielsweise bei der Präsidentenwahl des Jahres 1980 den Weg zur Wahlurne. Insgesamt waren es nach Hochrechnungen nicht mehr als 3,4 Millionen, die ihr Wahlrecht ausübten.

Furcht vor „Entdeckung"

Um wählen zu dürfen, muß man sich in den USA erst registrieren lassen. In einem Land, das keinen Ausweiszwang kennt, ist der Wohnnachweis die Grundvoraussetzung zur Wahlberechtigung. In Kreisen der „Hispanics", die auch bei legalem Status noch zu Tausenden mit der Einwanderungs- und Steuerbehörde auf Kriegsfuß leben, ging mit der Registrierung immer die Furcht um, „entdeckt" zu werden, mit irgendeiner illegalen Aktivität aufzufliegen, etwa wenn man einem nicht registrierten Familienmitglied Unterschlupf gewährte. Hinzu kam eine unter den Latinos besonders große politische Apathie. Die wirtschaftlichen Bedingungen, unter denen sie leben, waren nicht geeignet, bürgerliches Selbstvertrauen zu wecken.

Gegen Apathie und Registrierungsangst versuchen jetzt etliche Bürgerinitiativen unter den „Hispanics" zu Felde zu ziehen. Mindestens eine Million mehr Wähler will man im nächsten Jahr zur Beteiligung an den Präsidentschaftswahlen bewegen. Aber auch vor 4,4 Millionen spanischsprachiger Wähler brauchten die Parteispitzen von Republikanern und Demokraten noch keine Angst zu haben, wäre da nicht der Umstand, daß sich dieses Wählerpotential in vier Schlüsselstaaten des Westens und Südwestens zusammenballt: in Kalifornien, Arizona, New Mexico und Texas.

In New Mexico machen Latinos bereits 33,1 Prozent aller Wahlberechtigten aus; in Kalifornien und Texas, den zwei (mit New York) bevölkerungsreichsten US-Bundesstaaten, kommen sie immerhin auf 16 bis 17 Prozent. Die genannten Bundesstaaten aber stellen allein unter sich 88 Wahlmänner – das ist fast ein Drittel der 270 Wahlmännerstimmen, die zur Wahl des Präsidenten nötig sind. Das heißt, der Stimmenanteil der „Hispanics" wird möglicherweise wahlentscheidend.

Präsident Reagan verbrachte denn auch unlängst fast eine ganze Wahlkampfwoche lang unter den verschiedenen spanisch-orientierten ethnischen Zentren des Südens und Südwestens. Traditionell wählen 80 bis 90 Prozent dieser „Hispanics" demokratisch – aber Ronald Reagan konnte in diese Phalanx einbrechen und 1980 ungefähr 28 Prozent ihrer Stimmen *auf sich vereinen*.

Um diese 28 Prozent muß er freilich sehr bangen. Entlang der mexikanischen Grenze ist ein spanischsprachiger Armutsgürtel entstanden.

Streit mit dem Weißen Haus gab es auch lange um die zweisprachige Erziehung – ein Konzept, dem die Reagan-Administration sich ursprünglich heftig widersetzte. Die spanischsprachige Minderheit fordert, Einwandererkindern den Übergang in das englischsprachige Milieu zu erleichtern, indem ihnen Unterricht vorübergehend in ihrer eigenen Sprache angeboten wird.

Rhetorische Umkehr

Generationen von Einwanderern haben, so lautet das Gegenargument in den USA, in den englischsprachigen Grundstrom Amerikas gefunden und dabei ihre Muttersprache dem Englischen untergeordnet. Wären sonst die USA zu einem einheitlich englischsprachigen Land geworden? Die Forderungen der spanischen Minderheit aber liefen darauf hinaus, Spanisch gleichrangig neben Englisch aufzubauen und die Assimilation dieser Einwanderer zu verhindern.

Trotz dieser gewichtigen Argumente hat Präsident Reagan sich zuletzt vage für zweisprachige Lernprogramme ausgesprochen – Wahlkampftaktik läßt ihn zumindest in seiner Rhetorik diese Umkehr vollziehen, auch wenn damit noch keine Bundesmittel für dergleichen Programme lockerzumachen sind.

Die Frage nach dem Wählerverhalten der „Hispanics" verblaßt gegenüber dem immensen menschlichen und soziologischen Problem der nicht gebändigten illegalen Einwanderung aus dem Süden. Der Strom wird noch zunehmen, wenn die politische Unruhe in Mittelamerika anhält. Hier geht es nicht nur um die Wahl oder Wiederwahl einzelner Politiker, sondern auch um die ethnische Balance in den USA.

KRITIK

Aber Anouilh ist mehr

Auch um 1910 ist es etwas schwer vorstellbar, daß sich eine Achtzehnjährige sage und schreibe 17 Jahre lang allein mit den Briefen begnügt, die ihr der geliebte Mann schreibt, seit sie gemeinsam den **„Walzer der Toreros"** tanzten. Doch Jean Anouilh will es so in seinem gleichnamigen Stück. Und was man an keinem deutschen Theater erlebte, war jetzt im ZDF zu sehen: Die Dramaturgen des ORF kennen den französischen Meister des funkelnd geschliffenen Dialogs noch.

Allerdings nur die Dramaturgen. Alle anderen, Regisseur Herbert Fuchs einbegriffen, setzten auf das, was in den Programmzeitschriften „turbulente Unterhaltung" heißt. Quirlend lebendig, um nicht zu sagen hektisch muß es also zugehen, alle Auftritte müssen blitzschnell erfolgen. Nur so entsteht garantiert eine Aufführung nach jenem Strickmuster, nach dem man im deutschen Fernsehen ohne jede Rücksicht auf stilistische Eigenarten alles spielt: von Schnitzler über Wedekind und Georg Kaiser bis Giraudoux, Max Frisch und Harold Pinter. Am Ende sieht alles aus, als wär's ein Stück von Feydeau oder sonst irgend etwas vom Boulevard.

Nichts gegen diesen, aber Anouilh ist mehr. Sein Witz, der ebenso wie seine Dramaturgie immer ein wenig an Molière erinnert, sein Verfahren, einen Charakter weniger durch Situationen denn durch sein Sprechen dingfest zu machen, kommen dann zwangsläufig gar nicht in Sicht. Bei einem des Deutschen nicht immer ganz mächtigen Schauspieler-Ensembles, in dem die weibliche Hauptrolle an die – fraglos attraktive – Sprechmarionette Ulli Philipp fiel und in dem in ihren kurzen Auftritten Brigitte Neumeister als Schneiderin und Walter Langer als Pfarrer noch die besten waren, ist das auch gar nicht möglich.

KATHRIN BERGMANN

Die Bedrohung aus der „Dose"

Vor drei Jahren noch lächelten die Telekraten bei uns über den „Bankert Video". Schund nannten sie es. Im vergangenen Jahr aber verging den Fernseh-Machern das Lächeln: Die Einschalt-Quoten rutschten, Grund: Video. Man reagierte und lancierte 1982 drei pointierte Filme gegen Video auf den Bildschirm, die vorgaben, über Video zu informieren, es aber als Porno-TV herunterputzten.

Dem WDR blieb es vorbehalten, eine Kurskorrektur nach außen durchschimmern zu lassen; der Beitrag **„Video contra Fernsehen"** brachte eine Fülle richtiger Informationen über das Vordringen von Video. Erstmals bemühte sich ein Autorenteam um seriöse Berichterstattung übers „Vierte Programm": Heute sind zehn Prozent der Haushalte hierzulande mit Recordern ausgerüstet. 1990 sollen es 50 Prozent sein. Die Videofirmen kaufen Spitzenfilme aus Hollywood für 500 000 Mark, das Fernsehen darf keine 100 000 Mark ausgeben. Der Beitrag zeigte vor allem eins: Die Öffentlich-Rechtlichen werden Video nicht nur am Zuschauerschwund zu spüren bekommen. Denn auch die werbende Wirtschaft wird umdenken.

Der Bericht hatte auch Schattenseiten: Es kamen außer Bayerns Unterhaltungs-Chef Christof Schmid keine kompetenten Fernsehmänner zu Wort. (Peter Gerlach vom ZDF beispielsweise hätte sagen können, wie das Fernsehen auf Video reagieren wird). Und Schmid machte einen wichtigen Hinweis: Livesendungen könnten der Videokost aus der Dose Paroli bieten.

REGINALD RUDORF

ARD



III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.25 Vom Webstuhl zur Weltmacht
11.25 Spurlos verschwunden
12.10 Kontraste
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

15.25 Der Mann in den Bergen
Die Glückssucher
16.10 Tagesschau
16.15 Innenansichten: Die Mißhandelten
Frauenhaus in Frankfurt
Von Aysim Atsiz, Werner Filmer und Dieter Storp
Sie werden geschlagen, vergewaltigt, gequält – von ihren Ehemännern. Diese mißhandelten Frauen sind ihren Peinigern meist schutzlos ausgeliefert. Viele suchen Zuflucht im Frauenhaus.
17.00 Denkste!?
Der Goldfisch
17.50 Tagesschau
(Anschl. Regionalprogramme)
20.00 Tagesschau
20.15 Die magische Show des David Copperfield
Mit dem amerikanischen Magier David Copperfield
Gäste: Susan Anton, Catherine Bach, Sammy Jackson, Jason Robarts
Oft wird der junge Amerikaner Copperfield als einer der größten Magier unserer Zeit bezeichnet. Ob Menschen oder Sachen – er läßt alles verschwinden, aber auch wieder auftauchen.
21.00 Report
Lebensgefahr für Exilkroaten – Die Serie der Attentate reißt nicht ab / Der Verfassungsschutz und der heiße Herbst – Ein Gespräch mit Heribert Hellenbroich / „Dieser stechende Schmerz der Freiheit . . ." Wladimir Bukowski und sein neues Buch / Krebsgefahr *durch* Dieselabgase? / Wenn Tennis die Ruhe stört – Zu einem Urteil des BGH
21.45 Quincy
22.30 Tagesthemen
23.00 ARD-Sport extra
Fußball-Bundesliga/Schwimm-EM in Rom/Rad-WM in Zürich
00.00 Tagesschau

ZDF

15.15 ZDF – Ihr Programm
15.17 heute
15.20 Pinocchio
Ührlein, Ührlein, du mußt wandern
15.45 Till, der Junge von nebenan
Der blaue Brief
16.20 Ferienkalender
16.45 Die Schlümpfe
Abenteuer im Spukschloß
17.00 Mosaik
Für die ältere Generation
Vor rund 250 Jahren entstand der Name Teufelsmoor für den Landstrich nördlich von Bremen, wo noch heute Torf gewonnen wird. Heute braucht man ihn vorwiegend zur Düngung und zum Baden: 350 000 Kubikmeter Torf werden jährlich allein für die Moorbäder gestochen. Bericht von Wolfgang Breilmann.
17.30 heute / Aus den Ländern
17.45 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Salsa Picante
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.25 Rate mal mit Rosenthal
Heiteres Spiel für Leute wie du und ich
18.57 ZDF – Ihr Programm
19.00 heute
19.30 Mordsache „Dünner Mann"
Amerikan. Spielfilm (1934)
Mit William Powell, Myrna Loy, Maureen O'Sullivan, u. a.
Regie: W. S. van Dyke
21.00 heute-journal
21.20 Sind die Deutschen gesünder geworden?
Bericht von Rudolf Blank
22.05 Unser Kosmos
11. Folge: Dauer der Erinnerung
Carl Sagan informiert über die Intelligenz und das soziale Verhalten der Wale.
22.50 Die Ursache
Film von Michael Verhoeven (Wh. v. 1980)
Nach der Erzählung von Leonhard Frank
00.30 heute

III.

WEST
18.00 Marco (7)
Zeichentrickserie für Kinder
Die neue Wohnung
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN
18.00 Maxi und Mini
18.30 Spaß im III. mit Bills Klamottenkiste
19.00 Beat-Club
Stephen Stills
19.15 Frauengeschichten
Lotti Huber
Mit 70 hat man noch Träume

WEST/NORD/HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 Wanderungen durch die „DDR" (2)
Die Mecklenburgische Seenplatte
Begegnungen von der Müritz bis Schwerin
Ein Film von Michael Engler
21.00 Formel Eins
ARD-Hitparade
21.45 Design: Innenarchitektur
Massimo und Lella Vignelli
Von Ela Hershon, Roberto Guerra und Wibke von Bonin
22.40 Vor vierzig Jahren
British Movietone vom 6. September 1943 und Ausschnitte aus British Movietone NR. 735 A.
Kommentar: Tadeusz Nowakowski
22.55 40th Juke Box Samplers
Lucky Millinder: „Four of five times"
23.00 Letzte Nachrichten
Nur für WEST:
23.05 Soap oder Trautes Heim (25)
Nur für NORD/HESSEN
23.05 Dallas
Die Abrechnung

SÜDWEST
Für Baden-Württemberg
19.00 Die Abendschau
Für Rheinland-Pfalz:
19.00 Die Abendschau
Für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Für Gesamt S3:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Das bittere Leiden – Gallensteine
20.15 Die Palatines
Pfälzer, die Amerikaner wurden
21.00 Frankensteins Braut
US-Spielfilm (1935)
21.10 Dallas
Phönix aus der Asche

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Die Gleichnisse Jesu – Ein Bilderbuch Gottes für die Christen
4. Das Salz der Erde
19.30 Formel Eins
20.15 Unser Land
20.45 Rundschau
21.00 Die Sprechstunde
21.45 Z. E. N.
21.50 Im Gespräch
22.35 Dallas
Der große Bluff
23.20 Nachrichten



Eine fashionable Familie: der frühere Detektiv Nick Charles (William Powell), seine Frau Nora (Myrna Loy) und der Fox Mr. Asta – Mordsache „Dünner Mann", ZDF, 19.30 Uhr
FOTO: TELEBUNK

Guerrilla in El Salvador steckt in der Defensive

Bei der Armee schwindet Interesse an Verhandlungen

WERNER THOMAS, **San Salvador**

Nach einer Pause von vielen Monaten *explodieren wieder Bomben in* der salvadorianischen Hauptstadt. Gewöhnlich gehen zwei oder drei Sprengstoffladungen pro Woche in die Luft, meist nachts. Der Oberstleutnant Ricardo Cienfuegos, der Pressesprecher der Streitkräfte, spricht ironischerweise von einer „positiven Entwicklung". Er erläutert: „Das sind Verzweiflungstaten. Sie müssen zum Terrorismus zurückkehren."

Die Rebellen der marxistischen Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN) befinden sich heute in der wohl schwierigsten Situation seit dem Beginn des Bürgerkrieges vor dreieinhalb Jahren. Die Aussichten auf einen militärischen Sieg sind in weite Ferne gerückt. Selbst die amerikanischen *Militärberater, die zu* Jahresbeginn noch besorgt über die Entwicklung waren, äußern heute Optimismus. „Die Armee kann die Lage unter Kontrolle bekommen", sagt einer der in der Schlüsselprovinz San Vicente stationierten Amerikaner, „das ist nur eine Frage der Zeit."

Die schweren Rückschläge lassen der FMLN nach Ansicht vieler diplomatischer Beobachter nur noch eine Hoffnung offen: eine politische Lösung.

● Am 6. April wird Melida Anaya Montes, die Comandante Ana Maria, in der nicaraguanischen Hauptstadt Managua ermordet. Ebenfalls in Managua stirbt am 12. April Salvador Cayetano Carpio angeblich durch Selbstmord; mt 62 Jahren ist er der älteste und zugleich prominenteste salvadorianische Guerrilla-Führer. Die mutmaßlichen Hintergründe beider Todesfälle: ideologische und taktische Meinungsverschiedenheiten. Als Melida-Mörder sitzt Rogelio Bazzaglio im Gefängnis, einst einer der engsten Vertrauten Cayetanos.

● Ende April wird Verteidigungsminister General José Guillermo Garcia durch General Carlos Eugenio Vides Casanova abgelöst. Vides läßt den Krieg nach Empfehlungen der Amerikaner führen: Nachteinsätze, zivile Hilfsprogramme. Zum ersten Mal werden die Rebellen gejagt, und man kümmert sich um die Probleme der Bevölkerung.

● Ende Juli schickt US-Präsident Reagan Kriegsschiffe nach Mittelamerika, um den Druck auf Nicaragua zu verstärken. In Managua kursieren Gerüchte, daß die sandinistischen Comandantes der FMLN-Führung nahelegen, unter allen Umständen Verhandlungen anzustreben. Sie müßten jetzt ihre eigene Revolution retten und könnten vorerst keine Waffen mehr liefern und logistische Hilfe leisten. Die FMLN-Führung, die in Managua ihre Kommando-Zentrale unterhält, reagiert angeblich verärgert.

Die Rebellen haben sich auf ihre sicheren Stützpunkte im Norden El Salvadors entlang der Grenze zu Honduras zurückgezogen. So ist es zu erklären, daß man heute die gesamte Panamericana-Straße entlangfahren kann, ohne von einem Partisanenkommando gestoppt zu werden, das „Kriegssteuer" kassiert. Ein Nicaraguaner mit guten Kontakten zur FMLN berichtet: „Die Comandantes machen eine Bestandsaufnahme."

Nach dem Tod des doktrinären Marxisten Cayetano Carpio, der selbst taktische Kompromisse mit dem Gegner ablehnte, scheint die gesamte FMLN-Spitze Verhandlungen zu unterstützen. Mit militärischen Fortschritten schwindet andererseits bei den salvadorianischen Streitkräften das Interesse an einer diplomatischen Lösung. Ein hoher Offizier versichert: „Wir werden dafür sorgen, daß diese Leute am Verhandlungstisch nicht das erreichen, was sie auf dem Schlachtfeld vergeblich gewinnen wollten." Selbst die Christdemokraten, die liberalste Partei des Landes, möchte der FMLN nur das Angebot einer Teilnahme an den für Ende 1983 oder Anfang 1984 geplanten Wahlen unterbreiten.

In San Salvador glaubt kein diplomatischer Beobachter ernsthaft an eine Teilnahme der marxistischen Opposition an den Wahlen oder erfolgreiche Verhandlungen. Viele rechnen dagegen mit einem baldigen militärischen Kraftakt der 4000 FMLN-Kämpfer, um die euphorische Stimmung der Streitkräfte zu trüben.

(SAD)

Stur betreibt Glistrup den Sturz der Regierung

Dänemarks Steuerrebell riskiert Zukunft seiner Partei

R. GATERMANN, **Kopenhagen**

Der Gründer der Fortschrittspartei, Mogens Glistrup, wird am 31. August sein Arbeitszimmer im Parlamentsschloß Christiansborg mit einer Zelle im Gefängnis Horseröd tauschen. Ob der exzentrische Politiker damit auch seinen Einfluß auf die Partei und somit auf die dänische Politik verliert, wird sich am 9. September auf einer Sondersitzung des Folketings zeigen, wenn die wenigen noch verbliebenen Glistrupschen Vasallen in der Fortschrittspartei entweder auf Anordnung ihres Meisters die Mitte-Rechts-Koalition unter dem Konservativen Poul Schlüter stürzen oder die Interessen der Partei und des Landes über die Rachsucht Mogens Glistrups stellen.

Das Dilemma der Regierung ist, daß sie im Parlament über keine eigene Majorität verfügt. Um ihre Vorlagen durchzubringen, braucht sie neben den Stimmen der sozial-liberalen Radikale Venstrepartei auch die der Fortschrittspartei. Am 9. September, wenn die Parlamentarier aus der Sommerpause zurückgerufen werden, geht es um die Beschneidung des staatlichen Finanzausgleichs für die Gemeinden und Provinzregierungen. Ihm will die Fortschrittspartei nur zustimmen, wenn gleichzeitig der Freibetrag bei der Einkommenssteuer angehoben wird. Im Regierungslager hofft man immer noch auf einen Kompromiß, von dem Glistrup allerdings nichts wissen will.

„Chaotische Zustände"

Nach der Verurteilung des Anfang der 70er Jahre erfolgreichsten dänischen Steueranwalts zu dreieinhalb Jahren Gefängnis wegen schwerer Steuervergehen wurden die Auseinandersetzungen in der Partei über die künftige Rolle ihres Gründers immer heftiger. Sie kulminierten vergangene Woche, als zwei ihrer 15 Abgeordneten, der wirtschaftspolitische Sprecher der Fraktion, Erling Askjaer Jörgensen, und Anker Tang Sörensen, der sich vor ein paar Jahren vergebens um den Parteivorsitz bewarb, wegen „chaotischer Zustände" der Partei dieser den Rücken kehrten. Damit haben seit der Parlamentswahl 1981 drei Abgeordnete der Fortschrittspartei die Fraktion verlassen.

Glistrup hat in der stürmischen Fraktionssitzung zwei Dinge gefordert: einmal wollte er sein Stimmrecht in der Folketing-Gruppe behalten, obwohl er aufgrund des Urteils aus dem Parlament ausgeschlossen worden ist, und zum anderen forderte er, der Verhandlungsdelegation anzugehören, die mit der Regierung nach einem Kompromiß suchen soll. Nachdem Poul Schlüter jedoch von vornherein erklärt hatte, Glistrup nicht zu empfangen, beugte sich dieser schließlich dem Wort des Ministerpräsidenten. Andererseits setze er sich mit acht zu sieben Stimmen, darunter seine eigene und die seines Ersatzmannes, in der Stimmrechtsfrage durch, was Verkehrsminister Arne Melchior zu dem Kommentar veranlaßte: „Dies ist ein Skandal und eine Mißachtung des Obersten Gerichtshofes."

Im Gefängnis aktiv

Aber das stört Glistrup, der sich als Opfer eines politischen Komplotts darstellt, wenig. Wenn er am 31. August ins Gefängnis Horseröd einzieht, will er nicht nur an seinem Buch weiterarbeiten, seine Klage gegen Dänemark beim Europäischen Gerichtshof vorbereiten und sein Archiv ordnen, sondern auch das künftige Parteiprogramm zu Papier bringen. Dies dürfte eine vergebliche Mühe sein, falls die Fortschrittspartei mit ihren Gegenstimmen am 9. September Poul Schlüter dazu zwingen sollte, Neuwahlen auszuschreiben. Dann würde sie nämlich mit zu den großen Verlierern gehören.

Ole Borre, Professor für politische Soziologie an der Universität Aarhus, sieht die Zukunft der Partei, die 1973 auf Anhieb die zweitgrößte Fraktion stellte, so: „Bei der nächsten Wahl wird die Fortschrittspartei als eine kleine sektiererische Partei dastehen, die von der Zwei-Prozent-Sperre bedroht wird." 1981 erreichte sie noch 8,9 Prozent. Und Parteivorsitzender Jacobsen meinte nach der chaotischen Fraktionssitzung: „Der Kongreß am 15./16. Oktober wird darüber entscheiden, ob die Fortschrittspartei künftig eine politische Partei oder eine religiöse Bewegung sein wird."

Bonns Diplomaten müssen Gürtel enger schnallen

Kürzung der Zulagen geplant / Weniger Personal trotz gewachsener Aufgaben / Konsulat in Basel wird geschlossen

EVI KEIL, **Bonn**

Das Auswärtige Amt, bei Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg unter dem Haushaltstitel „O-5" geführt, sieht die anstehenden Haushaltsberatungen im September mit Sorge. Zum einen sollen die deutschen Diplomaten im Ausland weniger Geld erhalten. Ihnen droht die Kürzung der Auslandszulage, mit der die erhöhten Lebenshaltungskosten in fremden Ländern ausgeglichen wird. Der Rotstift des Finanzministers soll außerdem am Stellenplan ansetzen. Das Auswärtige Amt wird *im In- und Ausland künftig nur noch* über 6012 Personalstellen verfügen, das sind 134 Stellen weniger als 1974.

Wie man deutsche diplomatische Präsenz im Ausland drastisch verringert, zeigt das Beispiel der Schließung des Konsulats in Basel. Die Schließung gilt als problematisch wegen der starken deutschen Industriepräsenz in der Schweiz und der Investitionstätigkeit Schweizer Firmen in der Bundesrepublik. Auch das Konsulat im schwedischen Malmö soll demnächst geschlossen werden.

Die heute schon völlig unzureichende Personaldecke im Auswärtigen Amt steht im Widerspruch zu den Reformvorschlägen im Auswärtigen Dienst, die Anfang der siebziger Jahre Botschafter Hans von Herwarth machte. Er forderte damals bereits eine Personalreserve von zehn Prozent, eine Art „personelle Feuerwehr", um die zunehmenden Auslandsaufgaben überhaupt bewältigen zu können.

Die personelle Unterbesetzung und die drohende Kürzung der Bezüge stehen auch im Gegensatz zu den in den letzten zwei Jahrzehnten gewachsenen Aufgaben des Auswärtigen Dienstes der Bundesrepublik. 1974 unterhielt Bonn zu 133 Staaten diplomatische Beziehungen. 1981 waren es bereits 156. Die Intensität dieser Beziehungen ist erheblich angestiegen. Dazu gehören die vielen bilateralen und multilateralen Konferenzen, der Nord-Süd-Dialog, die Erweiterung der EG von sechs auf zehn Mitgliedsstaaten und die Beitrittsverhandlungen von Spanien und Portugal. In den Mittelpunkt der Arbeit trat in den deutschen Auslandsvertretungen in den letzten Jahren zunehmend die Wahrnehmung der deutschen Wirtschaftsinteressen. Die Abhängigkeit von ausländischen Rohstoffen einerseits und die Öffnung von Exportmärkten andererseits verlangen im Grunde eine intensive Präsenz der Bundesrepublik in allen Regionen der Welt.

Dies ist schon lange nicht mehr der Fall. 60 Auslandsvertretungen werden bei uns zur Zeit als „Ein-Mann-Botschaften" geführt, in Afrika, Asien, Mittel- und Südamerika. Der Botschafter, der Kanzler, die Sekretärin und allenfalls ein Fahrer halten den ganzen Betrieb aufrecht.

Bastian weist Kritik der Grünen zurück

hey. Bonn

Innerhalb der Bundestagsfraktion der Grünen herrscht Unmut über den Abgeordneten und ehemaligen General Gert Bastian. Er hatte im Verteidigungsausschuß des Parlaments der Entwicklung eines neuen Panzerabwehrhubschraubers, dem PAH II, für die Bundeswehr zugestimmt. Gegenüber der WELT kritisierte gestern ein Vertreter der Grünen insbesondere, daß die Fraktion erst durch Presseberichte von dem Votum Bastians erfahren habe. Mit dem Vorgang will sich heute die Fraktion auf einer Sitzung in Bonn befassen.

Bastian selbst wies Vorwürfe als „unbegründet" zurück, seine Zustimmung zum PAH II würde die sicherheitspolitischen Grundsätze der Grünen verletzen. Denn, so der Ex-General, Panzerabwehrhubschrauber seien für eine angriffsweise Verwendung „weder *gedacht noch geeignet*". Vielmehr seien diese Maschinen für die von seiner Partei verlangte Umstrukturierung der Bundeswehr zu einer eindeutig defensiv geprägten Heimatverteidigungs-Organisation „besonders wichtig". Wer diese Forderung „nicht zum bloßen Lippenbekenntnis abwerten" wolle, müsse sich für die Verwendung von Panzerabwehrhubschraubern einsetzen.

Genscher beklagt Wende der SPD

hey. Bonn

Die SPD verwirft nach den Worten des FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher jetzt eine Politik, die sie als Regierungspartei *noch vor einem* Jahr den Bürgern als Friedenspolitik empfohlen hat. Sie breche aus der früher einmal gemeinsam vertretenen Sicherheitspolitik aus. Genscher wies gestern auf die SPD-Forderung hin, nach der im Gegensatz zum NATO-Doppelbeschluß auch ohne ein Verhandlungsergebnis in Genf der vorgesehene Stationierungsbeginn verschoben werden soll. Dies sei ein „schwerer Schlag" für die INF-Verhandlungen. Auf einer FDP-Präsidiumssitzung in Bremen kritisierte Genscher besonders den saarländischen SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine (WELT v. 22. 8.). Genscher beklagte, daß die SPD neuerdings Moskaus Forderung nach Einbeziehung der britischen und französischen Raketen in die Genfer Verhandlungen unterstütze.

Reagan wird Reise nach Manila nicht absagen

Nach dem Mord an Aquino wächst die Kritik an Marcos

AFP/dpa/AP, Santa Barbara/Manila

Die Ermordung des philippinischen *Oppositionspolitikers Benigno* Aquino wird sich nicht auf die beabsichtigte Reise von US-Präsident Reagan im November nach Manila auswirken. Wie der Sprecher des Weißen Hauses, Pete Roussell im kalifornischen Santa Barbara sagte, wo Reagan bis Anfang September Urlaub macht, halte der US-Präsident an seiner beabsichtigten Reise fest. In- und ausländische Politiker, Kirchenführer und namhafte Juristen haben gestern vom Marcos-Regime in Manila eine beschleunigte Aufklärung des Mordes verlangt.

Der gegenwärtig in Thailand weilende Vorsitzende des US-Kongreß-Unterausschusses für Ostasien, Stephan Solarz, riet Präsident Reagan, seinen geplanten Philippinen-Besuch abzusagen, falls sich irgendeine Komplicenschaft der Marcos-Regierung bei dem Attentat herausstellen sollte. Scharfe Kritik übte auch der frühere Vize-Präsident der USA, Walter Mondale. Mondale vertrat in Portland die Ansicht, die Ermordung Aquinos könne nur „das Argument bekräftigen, daß das Regime von Präsident Marcos repressiv und ein Polizeistaat ist".

„Die Regierung hat's getan"

In philippinischen Oppositionskreisen wurde der Vorwurf erhoben, daß die Regierung die Ermordung Aquinos inszeniert habe. Viele Oppositionspolitiker hatten den Ermordeten als den am besten Geeigneten betrachtet, die 17jährige Herrschaft von Präsident Marcos zu beenden. „Die Regierung hat's getan", rief gestern der Oppositionspolitiker Salvador Gonzales vor Hunderten von Anhängern Aquinos aus, die sich vor dem Haus des Ermordeten in Quezon City eingefunden hatten. Vielfach wurde in der Opposition gerätselt, wie es möglich sein könne, daß ein Fremder die Sicherheitsvorkehrungen auf dem Flughafen durchdringen konnte. Der ehemalige Senator José Diokno erklärte: „Dies war eine sorgfältig geplante Angelegenheit. Ich weiß nicht, ob das Militär seine Hand im Spiel hatte, die Regierung jedenfalls kann ihre Hände nicht in Unschuld waschen."

*Der Präsident des Oppositions*bündnisses der Vereinigten Nationalistischen Demokratischen Organisation (UNIDO), Salvador Laurel, erklärte, *der Tod Aquinos werde* die Opposition einigen. Diese werde nun mit noch größerer Entschlossenheit für die beiden Ziele kämpfen, für die Aquino nach dreijährigem Exil in seine Heimat zurückgekehrt sei: die Einigung der Opposition und die Wiederherstellung von Freiheit und Demokratie.

Noch nicht identifiziert

Vor gewalttätigen Reaktionen hat inzwischen der römisch-katholische Bischof von Manila, Jaime Kardinal Sin, gewarnt. „Wenn wir es zulassen, daß der Tod die Flammen der Gewalt und der Spaltung anfacht, dann wird Aquino vergebens gestorben sein." Er hoffe, daß Aquinos Tod den Philippinern dabei helfen werde, sich der zwingenden Notwendigkeit der Einheit und Freundschaft untereinander bewußt zu werden, sagte der Kardinal, der zu den stärksten Kritikern Marcos' zählt.

Die Leiche des philippinischen Oppositionspolitikers, der unmittelbar nach seiner Heimkehr aus dem Exil auf dem Flughafen erschossen worden war, ist gestern seiner Familie übergeben worden. Der Attentäter, der selbst von Soldaten getötet wurde, konnte nach Angaben von Regierungsbeamten bisher noch nicht identifiziert werden. Wie die Ermittlungsbehörden erklärten, hätten sie auch einen Tag nach dem Anschlag noch keinen Hinweis auf seine Identität. Präsident Ferdinand Marcos hatte die Ermordung seines politischen Widersachers verurteilt, zugleich aber „opportunistische Elemente" vor der Verbreitung von Unordnung gewarnt.

Als erste Reaktion hat die philippinische Regierung der taiwanesischen Fluggesellschaft China Airlines, mit der Aquino angekommen war, gestern die Landerechte entzogen. Zur Begründung hieß es, die Gesellschaft habe Aquino ohne ordentliche Papiere mit einem falschen Paß reisen lassen. Die Regierung hatte dem Oppositionspolitiker die Verlängerung seines abgelaufenen Passes oder die Ausstellung vorläufiger Reisepapiere verweigert und angedroht, jeder Fluggesellschaft die Landerechte zu *entziehen, die ihn ohne diese* Dokumente einfliege.

Weltraum: Was Moskau bezweckt

● Fortsetzung von Seite 1

Gemeint sind die NATO-Pläne zur Aufstellung amerikanischer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa für *den Fall, daß die Sowjetunion ihr* SS-20-Potential nicht vollständig abbaut. Die Tatsache, daß die Sowjetunion im Bereich der Mittelstreckenraketen heute über ein Monopol verfügt, bleibt im Kommentar des „ND" *selbstverständlich unerwähnt.*

Ähnlich stellt sich auch die Situation bei der militärischen Nutzung des Weltraums dar. Die Sowjetunion verfügt auch auf diesem Sektor gegenwärtig noch über ein Monopol. Sie ist die einzige Macht mit einem einsatzreifen System zur Zerstörung von Satelliten. Ein vergleichbares amerikanisches System befindet sich noch in der Erprobung. Erst letzten Juni bewilligte das US-Repräsentantenhaus rund 50 Millionen Mark für dessen Weiterentwicklung. Diese Arbeiten allerdings sind im Kongreß in Washington umstritten. Eine starke Gruppe von Parlamentariern plädiert dafür, die eigene Regierung solle zuerst über ein generelles Verbot solcher *Waffen mit Moskau verhandeln.* Es scheint, als ziele die Sowjetunion mit ihrer Initiative gegenüber den Vereinten Nationen genau auf diese „schwache Stelle" der amerikanischen Auseinandersetzung.

Die *sowjetische Anti-Satelliten*waffe wird wie ein künstlicher Satellit mit Hilfe einer Trägerrakete in eine Erdumlaufbahn getragen. Diese Bahn wird dann innerhalb von Stunden soweit korrigiert, daß der Killer-Satellit mit ausgestoßenen Schrapnells einen gegnerischen Satelliten zerstört. Das Manöver ist zeitaufwendig und gegenüber dem Gegner deshalb nicht zu verbergen. Auch kann die Sowjetunion mit dem bislang einsatzbereiten System lediglich Satelliten auf Umlaufbahnen mit maximalem Radius von tausend Kilometer erreichen.

In der amerikanischen Erprobung ist ein anderes System. Nach den gültigen Planungen würde es 1987 einsatzreif sein. Ein Flugzeug vom Typ F 15 schießt in großer Höhe der Erdatmosphäre eine kleine Rakete in den Weltraum, auf der sich ein dem sowjetischen Schrapnell ähnlicher Sprengkopf befindet. Die Rakete lenkt ihn mit Wärmestrahlen ins Ziel. *Im Herbst soll das Zielsuchgerät zum* ersten Mal getestet werden.

Chancen für Frieden in Libanon verringern sich

Syrien will nicht einlenken / Neue Kämpfe im Schuf

PETER M. RANKE, Beirut

Politische Fehlschläge haben die Friedensaussichten für Libanon von neuem verringert. Die amerikanischen Bemühungen, syrischen Rechtsexperten in Damaskus das libanesisch-israelische Truppenabzugsabkommen „Punkt für Punkt" zu erläutern und damit annehmbar zu machen, blieben ergebnislos. Auch die Vermittlungsversuche des Präsidenten Amin Gemayel mit seinen innenpolitischen Gegnern verliefen bislang ohne Erfolg.

Die Syrer erklärten dem US-Rechtsberater Davis Robinson in Damaskus, das Abkommen vom 17. Mai zwischen Beirut und Jerusalem beeinträchtige die Souveränität Libanons und sei für Syrien daher weiterhin unannehmbar. Syrische Pressestimmen sprechen davon, durch das Abkommen werde Libanon zu einer Kolonie Israels. Damit hat Syrien die heimliche Absicht des US-Sonderbotschafters McFarlane, über eine Diskussion des Abzugsvertrages zu einer Änderung einzelner Abmachungen im syrischen Sinne zu kommen, glatt zurückgewiesen.

Die Mission dreier Minister, die Präsident Gemayel am Sonntag in die nordlibanesische Stadt Tripoli zu seinen innenpolitischen Gegnern Kerame und Frangieh geschickt hatte, brachte keine Fortschritte. Die „nationale Rettungsfront" erklärte, Gemayel müsse das Abkommen mit Israel annullieren und dürfe auch die Armee nicht in die Schuf-Berge entsenden, wenn die Israelis abziehen.

Truppenabzug verschoben

Auch der linke und mit Syrien verbündete Drusenchef Dschumblatt zeigt sich weiterhin unnachgiebig. Einen Vorschlag seiner Gegner, der *christlichen Milizen, die Armee solle* noch bei der Anwesenheit der israelischen Truppen in die Berge vorrükken, lehnte er ab. Er verlangt erst den Abzug aller christlichen Milizen, denen er vorwirft, ein Massaker unter den Drusen anrichten zu wollen.

Angesichts der Verschlechterung der Lage hat Israel den Abzug seiner Truppen zum Awali-Fluß in Südlibanon von neuem verschoben. „Ein Abzug steht nicht unmittelbar bevor", erklärte ein Militärsprecher in Tel Aviv. Die Israelis warten, ob Präsident Gemayel noch eine Einigung mit den Drusen unter Dschumblatt gelingt. Trotz jordanischer Vermittlungsversuche lehnt Dschumblatt eine Aussprache mit Präsident Gemayel bisher ab. Er wird in seiner Kompromißlosigkeit nicht nur von Syrien, sondern jetzt auch von Ägypten unterstützt, das sich voll auf die Seite der Syrer und auch der Saudis geschlagen hat.

Ägypten verlangt Zeitplan

Ägyptens Präsident Mubarak erklärte dem amerikanischen Unterhändler McFarlane am Sonntag, daß Israel zunächst einen Zeitplan für den endgültigen Truppenabzug vorlegen müsse. Als erstes müsse sich Israel aus Libanon zurückziehen, dann würden die Syrer schon „überlegen", ob sie ebenfalls ihre Truppen zurücknähmen. Bisher war Mubarak wie die USA für einen gleichzeitigen Abzug der Israelis und Syrer eingetreten.

Die Israelis wiederum zögern mit dem Truppenabzug aus Libanon, weil sie ihre Beziehungen zu den Drusen im Schuf gefährdet sehen. Sie müssen Rücksicht auf die Drusen im eigenen Lande nehmen und haben als Geste gegenüber den 14 000 Drusen auf den besetzten Golan-Höhen zugestanden, daß diese keinen Militärdienst zu leisten brauchen und auch keine israelische Staatsbürgerschaft annehmen müssen. (SAD)

* DW./AP, Beirut

In den Schuf-Bergen nahe Beirut sind nach einer Waffenruhe während des Wochenendes gestern die Kämpfe zwischen den Milizen der Drusen und der Christen wieder aufgeflammt. Beide Seiten setzten Artillerie und Raketenwerfer ein. Die Polizei teilte mit, mindestens drei Menschen seien bei den Gefechten umgekommen. *In mehreren von Christen* bewohnten Vororten Beiruts gingen ebenfalls Granaten und Raketen nieder.

Die mit dem beabsichtigten israelischen Teilrückzug in Libanon verbundenen Probleme standen gestern auch im Mittelpunkt des Gesprächs, das der amerikanische Nahost-Sonderbotschafter Robert McFarlane in Beirut mit Ministerpräsident Schafik Wazzan führte. Schafik war kurz zuvor aus Kairo gekommen, wo er mit ägyptischen Regierungsvertretern gesprochen hatte.

CSU lehnt Kontakte zur Volkskammer ab

AP/DW. Bonn

Aus grundsätzlichen Erwägungen hat sich die CSU gegen die von SPD-Oppositionschef Hans-Jochen Vogel vorgeschlagene Einrichtung formalisierter Kontakte zwischen dem Deutschen Bundestag und der „DDR"-Volkskammer gewandt.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Wolfgang Bötsch, sagte gestern in Bonn, offizielle Kontakte zwischen den deutschen Parlamenten kämen „lediglich dem Legitimationsbedürfnis" der „DDR"-Abgeordneten entgegen, die ein „ernsthaftes politisches Mandat" nicht hätten. *Zudem verstoße der Tagungsort* Ost-Berlin gegen das für ganz Berlin geltende Vier-Mächte-Statut.

Nach Auffassung von Bötsch hat auch Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger (SPD) in ihrem jüngsten Versuch, Vogels Vorschlag zu begründen, diese grundsätzlichen Unterschiede übersehen. „Lautstarke Forderungen in der Öffentlichkeit" könnten deshalb nur als Versuch der SPD gewertet werden, nach „ihrer gescheiterten Deutschland-Politik nunmehr Initiative um jeden Preis" zu demonstrieren.

„Blockaden, aber keine Besetzungen"

hs. Hamburg

Blockaden von Bundeswehreinrichtungen, aber keine Besetzung oder Demontage lautet das Konzept, mit dem der „Regionalausschuß Nord" seine „Aktionwoche" vom 15. bis 22. Oktober in Bremerhaven und Hamburg vorbereitet. In Bremerhaven soll am 15. Oktober die Carl-Schurz-Kaserne „total blockiert" werden. Vertreter des Regionalausschusses erklärten gestern, daß von dem Ablauf dieser ersten „Blockade"-Veranstaltung Signale ausgehen würden für die am 22. Oktober geplanten bundesweiten Aktionen.

Ihre Teilnahme an einer Aktion gegen die Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg hätten die SPD-Bundestagsabgeordneten Peter Paterna und Günther Heyonn zugesagt. Von der Leitung der Regionalkonferenz Nord wurde betont, die Diskussion über das taktische Vorgehen sei noch nicht abgeschlossen. Bisher haben sich offenbar die Vertreter der DKP gegenüber den auf Gewalt drängenden „Autonomen" durchgesetzt.

Herr, dein Wille geschehe!

HEINZ LÜDICKE

Steuerberater

* 3. 12. 1923 † 20. 8. 1983

Gott der Herr nahm meinen lieben Mann, unseren herzensguten Vater nach kurzer schwerer Krankheit aus einem schaffensfrohen Leben zu sich.

Wir haben ihm viel zu danken.

Lieselotte Lüdicke geb. Groth
Jürgen Lüdicke
Jochen Lüdicke
Erna Lüdicke geb. Niklas

4100 Duisburg 1, Werrastraße 20

Das Seelenamt wird am Donnerstag, dem 25. August 1983, um 11.30 Uhr in der Liebfrauenkirche in Duisburg-Stadtmitte, König-Heinrich-Platz, gehalten.

Die Beisetzung ist um 12.45 Uhr auf dem Waldfriedhof in Duisburg (Düsseldorfer Straße).

Es ist in seinem Sinne, anstelle zugedachter Blumen oder Kränze die Altenhilfe des Lionsclubs Duisburg zu unterstützen (Konto 345 4733 Deutsche Bank Duisburg).

Wir bitten, von Beileidsbezeugungen am Grabe abzusehen.

Am 18. 8. 1983 verstarb nach längerer schwerer Krankheit unsere Mitarbeiterin Frau

Charlotte Meyer

geboren am 5. 10. 1923

Frau Meyer war 13 Jahre in unserem Hause tätig. Wir schätzten sie als gewissenhafte und verantwortungsbewußte Mitarbeiterin und trauern um einen liebenswerten Menschen.

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.

Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter
der
Hamburger Sparkasse

Die Trauerfeier findet am Dienstag, dem 23. 8. 1983, um 14.00 Uhr auf dem Friedhof Gudwo/ Krs. Hzgt. Lauenburg statt.

Für uns völlig unerwartet verstarb am 18. August 1983 im Alter von 56 Jahren unser Prokurist

Herr Ing. grad.

Helmut Hopp

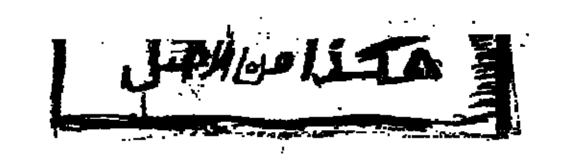
Der Verstorbene gehörte unserem Unternehmen seit 1954 an und leitete mit großem persönlichen Einsatz die Hauptabteilung Entwicklung und Technische Beratung. In den langen Jahren seiner verantwortungsvollen Tätigkeit hat er mit seinem Wissen und Können die Entwicklung des Unternehmens entscheidend beeinflußt. Sowohl bei Geschäftspartnern als auch im eigenen Hause genoß Herr Hopp bohes Ansehen.

Wir verlieren einen Freund und Mitarbeiter. Sein Rat wird uns fehlen.

Geschäftsführung, Gesellschafter und Beirat,
Betriebsrat und Mitarbeiter
der
Martin Merkel GmbH + Co. KG

Hamburg, den 22. August 1983

Die Trauerfeier findet statt am Freitag, dem 26. 8. 1983, um 13.00 Uhr auf dem Hauptfriedhof Hamburg-Öjendorf, Halle 3.



Bundesbank am Scheideweg

ed. – Seit Tagen spricht man davon, daß der Zentralbankrat über eine Erhöhung der Leitzinsen, zumindest des Lombardsatzes, ernsthaft nachdenke. Einige Währungshüter machen sich Sorgen, weil die Geldmenge mit einer Steigerungsrate von rund neun Prozent über den „Zielkorridor“ von vier bis sieben Prozent hinausschießt. Schon vor zwei Monaten hatte die Bundesbank gewarnt, eine zu starke monetäre Expansion könne nach aller Erfahrung nicht ohne Konsequenzen für die Stabilität bleiben.

Aber man muß sich fragen: Lauern tatsächlich Gefahren für den Geldwert, wenn sich die Konjunktur belebt? Die Chancen, daß die Unternehmer höhere Preise durchsetzen können, erscheinen wegen unausgelasteter Kapazitäten und scharfen Wettbewerbs gering. Selbst in den konjunkturbegünstigten Branchen Bauwirtschaft und Autoindustrie zeichnet sich keine Erwärmung des Preisklimas ab.

Der Lohnkostenauftrieb hält sich in moderaten Grenzen. In der extrem langen Rezession ist stark rationalisiert worden. Es sind Produktivitätsfortschritte erzielt worden. Und wenn sich die Nachfrage belebt, erfreut sich die Wirtschaft einer Kostendegression, die für bessere Gewinne sorgt, ohne daß die Preise erhöht werden müßten. Damit ist die Situation günstiger als am Beginn früherer Aufschwünge. Der Zentralbankrat sollte sich also nicht nervös machen lassen und daran denken, daß höhere Zinsen eine – zumindest psychologische – Konjunkturbremse sein können. Auch wenn Orthodoxe meinen, bei einer „Mißachtung“ der Geldmengenentwicklung stünde die Glaubwürdigkeit der Bundesbank auf dem Spiel.

Widerspruch

hg – „Es lohnt sich nicht mehr.“ Dies sei der häufigste Beweggrund für Einzelhändler, ihr Geschäft aufzugeben, haben jetzt etliche Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen herausgefunden; die Verdienstmöglichkeiten seien zu gering. Zweifellos hat ein kleiner Einzelhändler kaum je die Chance, ein reicher Mann zu werden. Und wenn er gar Lebensmittel verkauft, dann muß er auch noch ziemlich viel arbeiten: Früh um fünf am Großmarkt das frische Gemüse holen und abends nach Ladenschluß die Bücher führen. Da kommt am Ende nur ein magerer „Stundenlohn“ heraus. Trotzdem ist diese Antwort erstaunlich, denn was wird der Einzelhändler, der aufgibt, anschließend tun? Vom Ersparten leben? Dann aber müßte es sich doch gelohnt haben. Oder zum Arbeitsamt gehen? Da sind die Chancen auch nicht besonders gut. Wissen wir nicht andererseits aus dem Handwerk, daß der Drang in die Selbständigkeit um so stärker wird, je größer das Heer der Arbeitslosen ist? Für die Verbände des Handels mag es sich lohnen, diesem Widerspruch nachzugehen.

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT / Der Markt der Industrieroboter wächst schnell

OECD warnt vor einer Überbewertung der Beschäftigungs-Probleme

HERBERT KLAR, **Bonn**

Die Einführung von Industrierobotern in den westlichen Industriestaaten wird sich in den kommenden Jahren weiter beschleunigen. Der verlangsamte Produktivitätsfortschritt und das Bemühen um eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere in der Automobil-, Werkzeug- und elektronischen Industrie, wird eine steigende Nachfrage nach sich ziehen. Zu diesem Ergebnis kommt die Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) in ihrer jüngsten Untersuchung des Marktes für Industrieroboter.

Den Unternehmen ermöglichen die Industrieroboter eine höhere Flexibilität in der Produktion, was besonders wichtig ist, um schnell auf Änderungen im Konsumentenverhalten reagieren zu können, heben die OECD-Experten hervor. Die Betonung bei der Produktionsphilosophie liege nicht mehr auf Standardisierung und Fließbandtechniken sondern vielmehr auf Flexibilität. Investitionen in Industrieroboter werden nach Ansicht der OECD zunehmend attraktiver, denn sie werden sich in Zukunft, verglichen mit der menschlichen Arbeitskraft weiter verbilligen. Produkte mit einer kurzen Lebensdauer lassen sich mit ihrer Hilfe rationeller fertigen.

Im Jahr 1982 waren weltweit 31 000 programmierbare Roboter installiert. Davon allein 42 Prozent (13 000) in Japan, 20 Prozent (6250) entfallen auf die USA. Die Bundesrepublik liegt mit einem Anteil von elf Prozent (3500) auf Platz drei. Es folgen Schweden mit 4,2 Prozent (1300), Großbritannien mit 3,7 Prozent (1152), Frankreich mit drei Prozent (950) und Italien mit 2,5 Prozent (790). Insgesamt entfallen auf die wichtigsten europäischen Länder 25 Prozent (7692).

Japan, die USA und die Bundesrepublik werden nach OECD-Angaben auch in Zukunft die bedeutendsten Märkte bleiben. Die größte Verbreitung von Industrierobotern gibt es dagegen in Schweden; dort entfielen bereits 1981 auf 10 000 Industriebeschäftigte 29,9 Industrieroboter. In Japan waren es 13, in der Bundesrepublik 4,6, in den USA vier, in Frankreich 1,9 und in Großbritannien 1,2.

Hauptanwender wird in den meisten Ländern zunächst die Automobilindustrie bleiben, vor allem in den Bereichen Schweißen und Lackieren. Doch zunehmend werden andere Anwendungsbereiche erschlossen. Die OECD schätzt, daß bis zum Jahr 1990 in Japan, den USA und der Bundesrepublik rund 20 Prozent aller Industrieroboter im Montagebereich eingesetzt werden.

Die Nachfrage nach Industrierobotern wird bis 1990 um durchschnittlich 30 bis 35 Prozent jährlich zunehmen, was bedeutet, daß zu diesem Zeitpunkt 230 000 bis 330 000 installiert sein werden.

Die Kosten für Basistypen von Industrierobotern sind in den letzten Jahren weiter gefallen. In Japan beispielsweise von 10,9 Millionen Yen in 1977 auf 8,5 Millionen Yen in 1981. Intelligentere und vielseitiger einsetzbare Roboter haben sich jedoch im selben Zeitraum von 8,7 auf 14 Millionen verteuert. Und auch in Zukunft, so die OECD-Experten, muß mit weiter steigenden Kosten gerechnet werden. Doch durch die verstärkte Anwendung der Sensortechnik und den Einbau von elektronischen Bauelementen anstelle von mechanischen Teilen, werden sich die Installationskosten von Industrierobotern gegenüber den Kosten für menschliche Arbeit günstig entwickeln, wird bekannt.

Auf die Beschäftigungslage wird sich die Einführung von Industrierobotern insgesamt nur relativ gering auswirken. Nach Berechnungen der OECD muß mit folgenden Arbeitsplatzverlusten gerechnet werden: in Japan und Schweden bis 1985 mit 1,5 Prozent, bis 1990 mit drei Prozent, in der Bundesrepublik und den USA bis 1985 mit 0,4 Prozent und bis 1990 mit 1,5 beziehungsweise einem Prozent. Ein Verzicht auf Industrieroboter würde wegen der damit verschlechterten internationalen Wettbewerbsfähigkeit auf mittlere Sicht einen noch größeren Arbeitsplatzverlust bedeuten.

BILDSCHIRM-ARBEIT

Die erste Skepsis wird meist schnell überwunden

KAREN SÖHLER, **Bonn**

Der Bildschirm-Arbeitsplatz ist nach wie vor ein stark umstrittenes Thema. Voll Scheu und Skepsis blikken viele dem Tag entgegen, an dem auch sie zur Gruppe der Anwender gehören. Lange wird er voraussichtlich nicht auf sich warten lassen. Denn nach einer Schätzung der Beratungsgesellschaft Diebold wächst der Markt für Informationstechnik bis 1990 um durchschnittlich 7.5 bis zehn Prozent. Zu eben diesem wachstumsträchtigen Markt gehört mit einem Anteil von fünf Prozent auch der Bereich Bürotechnik.

Eine Umfrage des Emnid-Instituts, Bielefeld, (im Auftrag der IBM-Deutschland) könnte beunruhigte Gemüter allerdings beschwichtigen. Laut Studie nämlich macht die anfängliche Ablehnung einer aufkeimenden Sympathie Platz, wenn der Neuling erstmal Bildschirm-Luft geschnuppert hat. Die Zahlen beweisen es: Von 3071 „bildschirm-unberührten“ Personen entschieden sich noch 75 Prozent gegen den Bildschirm. Hingegen änderte sich das Ergebnis auffallend bei der Befragung von 1504 Bildschirm-Nutzern: Knapp 89 Prozent gaben der neuen Technik den Vorrang.

Trotz dieser positiven Einstellung der Anwender zeigten sich längst nicht alle voll zufrieden mit der Situation am Bildschirm. Verbesserungen sind durchaus erwünscht. Allerdings weniger am Bildschirm selbst. Nur bei 18 Prozent der Befragten beruhte eine gewisse Unzufriedenheit auf Mängeln am Bildschirm – wie Verstellbarkeit für den jeweiligen Bedarf, Schriftbild, Funktionen und Programme, Helligkeit und Blendung. Mit erheblich mehr Kritik belegt, 34 Prozent, wurden die räumlichen Verhältnisse, Licht, Lärm, Temperatur und Raumergonomie.

Kritisch untersucht wurde ebenfalls der Zusammenhang zwischen Bildschirm-Arbeit und körperlichem Befinden. Immerhin 24 Prozent aller befragten Bildschirm-Nutzer nehmen körperliche Beschwerden wahr wie Augenbeschwerden, Verkrampfungen oder Kopfschmerzen, die sie ursächlich auf die Arbeit am Bildschirm zurückführten. Allerdings, so ergab die Befragung von 1585 Berufstätigen, leidet offenbar auch ohne Bildschirm grundsätzlich etwa ein Viertel der arbeitenden Bevölkerung unter permanenten Krankheiten, hervorgerufen durch die Arbeit.

Das Institut glaubt dennoch, daß zwischen dem Auftreten körperlichen Unwohlseins und den Arbeitsinhalten sowie insbesondere der Arbeitszeit pro Tag am Bildschirm eine Verbindung besteht. Die Studie kommt daher zu dem Schluß: Neben einer gut durchdachten Arbeitsorganisation und Arbeitsplatzgestaltung sorgen abwechslungsreiche Tätigkeiten, eine Begrenzung der Arbeitszeit am Bildschirm auf zwei bis drei Stunden pro Tag und eine flexible Pausenregelung am ehesten für Zufriedenheit beim künftigen Heer der Bildschirm-Nutzer.

Reformen zur Probe

Von PETER WEERTZ

Die Lage Polens ist unverändert kritisch. Auch der Besuch der Staatsdelegation aus Ost-Berlin und die Umschuldungskonferenz der westlichen Banken in Wien haben kaum dazu beigetragen, die ungelösten Fragen zu klären. Sie haben eher die schwierige Lage, in der sich Polen befindet, deutlicher gemacht.

Ohnehin war von dem Besuch der Partei- und Staatsdelegation nicht viel zu erwarten. Politisch ging es eher darum, „Einheit und Geschlossenheit“ im Warschauer Pakt zu demonstrieren; wirtschaftlich gab es keine Hinweise dafür, mit welcher Hilfe Warschau rechnen kann.

Für den Weg aus der Krise braucht Polen, politisch wie wirtschaftlich, Zeit, viel Zeit, meinen westliche Experten nach wie vor. Solange die Polnische Vereinigte Arbeiter-Partei in der Bevölkerung nicht wieder Vertrauen findet, muß sich die Regierung auf die Armee stützen. Wie sich Polen wirtschaftlich entwickeln wird, ist aber ebenso ungewiß. Denn den eingeleiteten Reformen von oben fehlt es an Geschlossenheit und an der Unterstützung der Basis.

Ohne innenpolitische Stabilität wird es außerdem voraussichtlich nicht gelingen, bis zum Ende des Jahrzehnts zu einem ökonomischen Gleichgewicht zu gelangen. Dies aber ist das wirtschaftspolitische Ziel Warschaus.

Wie schwierig dies sein wird, haben die Verhandlungen in Wien gezeigt: Nur die Zugeständnisse der westlichen Banken haben verhindert, Polen als zahlungsunfähig zu erklären. Die rund 500 westlichen Gläubigerbanken sind bereit, auf einen Teil der Zinsen und die sofortige Rückzahlung der 1983 fälligen Kredite zu verzichten. Für 1983 ging es um 1,1 Milliarden Dollar Zinsen und 1,5 Milliarden Dollar Tilgungen. Zur Zeit ist Polen insgesamt mit etwa 25 Milliarden Dollar im Westen verschuldet.

Ob die Kredite jemals voll zurückgezahlt werden können, ist fraglich. Denn schon die fällige Tilgung von 1,5 Milliarden Dollar für dieses Jahr wird auf zehn Jahre gestreckt, allerdings mit fünf Freijahren. Überdies haben die Banken auf fünf Prozent der Kreditrückzahlung oder 75 Millionen Dollar ganz verzichtet. Ein zwar ungewöhnlicher Vorgang, aber die Banken wollen negative Folgen für die internationalen Finanzmärkte verhindern. Sie sind ohnedies mit den finanziellen Turbulenzen in Brasilien und Mexiko belastet. Freilich sind 14 der insgesamt 15 Milliarden Dollar Kredite durch Regierungen garantiert.

Doch das Entgegenkommen der Banken geht noch weiter: Sie werden 65 Prozent der 1,1 Milliarden Dollar fälligen Zinsen als Kredit Polen wieder zur Verfügung stellen, um die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zu fördern. Diese Kredite benötigt Polen, um aus dem Westen Ersatzteile, Rohstoffe und dringend erforderliches Vormaterial zur Aufrechterhaltung der Produktion zu importieren.

Schon im Vorjahr haben die westlichen Banken ein derartiges Umschuldungsabkommen mit Polen vereinbart. In diesem Jahr waren freilich größere Zugeständnisse notwendig. Was aber wird in den nächsten Jahren? Die Polen hoffen auf eine positive wirtschaftliche Entwicklung; Experten und Bankenvertreter sind hier eher skeptisch. Sicher ist, daß Umschuldungsabkommen zeitlich nur begrenzt möglich sind.

Vor allem setzen die polnischen Planwirtschaftler auf eine Reform ihres Wirtschafts- und Planungssystems. Doch auch dies ist, wenn überhaupt, nicht kurzfristig realisierbar. Offen ist zugleich, wieviel Spielraum hierzu vorhanden ist. Hinzu kommt, daß Polen aus den gescheiterten Reformversuchen der 70er Jahre eine keineswegs geringe Altlast zu tragen hat. Mit einem Kraftakt haben die Wirtschaftsplaner damals versucht, die Industrialisierung des Landes voranzutreiben.

Die am 1. Januar 1982 eingeleitete Wirtschaftsreform bezeichnen selbst die polnischen Experten als „ein gewaltiges Unternehmen“, das das Preissystem verbessern, die Selbständigkeit der Betriebe erhöben und die organisatorische Struktur effizienter gestalten sollte. Natürlich war auch an eine Verbesserung der Arbeitsproduktivität sowie des Leitungs- und Steuerungssystems der Wirtschaft gedacht. Doch das Kriegsrecht hat viele Reformansätze zusätzlich gebremst. Es sollte zwar eine „radikale Reform“ des ökonomischen Systems werden, doch sie ließ zu viele Entscheidungen offen.

Mit einem neuen Gewerkschafts-Gesetz versuchte Warschau, ein Grundproblem zu lösen. Dieses Gesetz enthielt zwar das Streikrecht, es ist aber nur ein Gesetz „auf Probe“; denn erst Ende 1984 sollen wichtige Teile verwirklicht werden. Das Provisorium hat nicht nur hier Vorrang in der Wirtschaft Polens.

AUF EIN WORT



„Der Anstieg der Investitionsgüternachfrage aus den ölimportierenden Ländern als Folge der Ölpreissenkung wird zunächst langsamer und schwächer eintreten, als der Rückgang der Nachfrage nach Industrieanlagen aus den Opec-Ländern als Folge eben dieser Ölpreissenkung. Ein Anstieg der Nachfrage nach Rohstoffen wird sich dann auch für Gewinnungs- und Umschlagsanlagen positiv auswirken.“

Peter Jungen, Vorstandsvorsitzender der PHB Weserhütte AG, Köln.
FOTO: DIE WELT

Weltenergiebedarf wächst weiter

dpa/VWD, **Frankfurt**

Auf der Erde werden jährlich knapp zehn Milliarden Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE) an Energie verbraucht. Experten rechnen bis zum Jahr 2000 mit einer Erhöhung dieses Energiebedarfs um 70 bis 100 Prozent, berichtete die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) in Frankfurt. Der hohe erwartete Anstieg begründe sich vor allem mit dem Nachholbedarf der Entwicklungsländer, wo heute im Durchschnitt knapp 500 Kilogramm SKE je Einwohner und Jahr verbraucht werden, während es in Industriestaaten etwa 6000 Kilogramm sind. Einen gleichbleibenden Verbrauch vorausgesetzt, würden die Kohlevorräte mehr als 200 Jahre, das Erdöl rund 30 Jahre, das Erdgas rund 50 Jahre und das Uran 50 bis 60 Jahre reichen.

KERNENERGIE

Bonn hält Entsorgung für langfristig gesichert

HEINZ HECK, **Bonn**

„Das deutsche Entsorgungskonzept hat sich bewährt.“ Der von den Regierungschefs von Bund und Ländern am 28. September 1979 beschlossene Entsorgungsfahrplan sei „in allen Punkten eingehalten“ worden. Das ist das Fazit der Bundesregierung im Entsorgungsbericht, den das Kabinett morgen verabschieden wird.

Die Bundesregierung begrüßt darin, „daß der erforderliche Nachweis zur Entsorgung der Kernkraftwerke auch zukünftig sicher geführt werden kann und daß bei weiterer konsequenter Verwirklichung der geplanten Endlagerprojekte bis zum Jahre 2000 alle bis dahin angefallenen radioaktiven Abfälle eingelagert werden können und auch danach keine Engpässe zu erwarten sind“, heißt es im Bericht.

Die Bundesregierung will sich auch weiterhin in Zusammenarbeit mit den Bundesländern und der Elektrizitätswirtschaft „entschlossen“ für die Verwirklichung dieses Konzepts einsetzen.

Der Bericht enthält erstmalig eine vollständige Darstellung aller bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik anfallenden radioaktiven Stoffe, ihre Behandlung und der Maßnahmen zur geordneten Abfallbeseitigung. Behinderungen in der friedlichen Nutzung der Kernenergie werden von der Entsorgungsseite her nicht gesehen. Denn der von der Elektrizitätswirtschaft geforderte Entsorgungsnachweis könne „auch in Zukunft sicher geführt werden“.

Das Kabinett hatte erst kürzlich die Genehmigung für Tiefbohrungen im Salzstock Gorleben gegeben, wo ein Endlager für nukleare Abfälle errichtet werden soll. Bei Verwirklichung dieses Projekts sowie eines weiteren in der ehemaligen Eisenerzgrube Konrad können bis zum Jahre 2000 alle bis dahin angefallenen Abfälle dort eingelagert werden.

KONJUNKTUR

Deutsche Bank beurteilt Wirtschaftslage positiv

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Das Konjunkturbild in der Bundesrepublik hat sich nach Darstellung der Deutschen Bank zur Jahresmitte wieder etwas aufgehellt, nachdem der Erholungsprozeß in den Frühjahrsmonaten vorübergehend ins Stocken geraten war. In der August-Ausgabe seines „Börsenbild und Anlagespiegel“ weist das Institut vor allem auf das wenn auch nur leichte Wachstum bei Industrieproduktion und Neubestellungen sowie verbesserter Kapazitätsauslastung hin. Positiv wird auch vermerkt, daß die Teuerungsrate in der Lebenshaltung trotz Mehrwertsteuererhöhung zur Jahresmitte kaum gestiegen ist.

Die Konjunkturimpulse gehen jedoch weitgehend von der Inlandsnachfrage, insbesondere nach Verbrauchsgütern, aus. Die Konsumgüternachfrage dürfte im weiteren Verlauf des Jahres in etwas ruhigeren Bahnen verlaufen. Die Nachfrageentwicklung im Investitionsgüterbereich und die Auftragslage in der Bauwirtschaft signalisierten eine deutliche Belebung.

Im Gegensatz dazu vermag das Institut in der Auslandsnachfrage bisher keine verläßlichen Anzeichen für eine Wende zum Besseren zu erkennen. Wesentlich dürfte dafür sein, daß in Westeuropa als dem mit Abstand dominierenden Absatzmarkt deutscher Produkte bisher nur Großbritannien Anzeichen für eine Konjunkturbelebung aufweist.

Der Aufschwung in den USA strahle bisher nur sehr schwach auf das deutsche USA-Geschäft aus. Wieweit sich die jüngsten Wechselkursveränderungen positiv auf den Export auswirkten, ist nach Feststellung der Deutschen Bank noch schwer abzuschätzen. Die Ausfuhr preiselastischer, homogener Produkte dürfte davon profitieren. Allerdings sei zu berücksichtigen, daß ein Großteil der deutschen Exporte auf weniger preisempfindliche Investitionsgüter entfällt.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Risikokapital: Bonn startet Modellversuch

Bonn (HH) – Das Bonner Forschungsministerium will die Rahmenbedingungen für die Bereitstellung von Risikokapital verbessern. Wie Minister Riesenhuber auf eine Frage des CDU-Abgeordneten Stavenhagen erklärte, dient der vor kurzem gestartete Modellversuch „Technologieorientierte Unternehmensgründungen“ dem Zweck, Erfahrungen zu gewinnen und Verbesserungsvorschläge zu entwickeln. Im Rahmen dieses Versuchs wird es sogenannten „Venture-Capital“-Gesellschaften ermöglicht, ohne regionale Begrenzung ihre Beteiligungsengagements an jungen, technologieorientierten Unternehmen in die Projektförderung – also zum Beispiel Forschungs- und Entwicklungsarbeiten, Finanzierung der Produktionseinrichtung und des Marketing – einzubringen. Riesenhuber verspricht sich davon „einen starken Impuls auf die Entwicklung dieses Marktes“.

Warum Einzelhändler aufgeben — Gründe in %

Grund	%
Unrentabel	57
Alter, Krankheit	26
Finanzierungsschwierigkeiten	24
Kein Nachfolger u. a. persönliche Gründe	17
Abwanderung der Kunden	15
Zu hohe Mieten	14
Neue Konkurrenz	11
Zuwenig Parkplätze	7

Jahr für Jahr schließen Tausende von Einzelhandelsgeschäften, überwiegend Klein- und Familienbetriebe. Vor allem wirtschaftliche Gründe geben dabei den Ausschlag, wie eine Untersuchung von 23 Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen zeigt. QUELLE GLOBUS

Importgüter verteuert

Jerusalem (VWD) – Mit einer massiven Preiserhöhung fast aller Importprodukte will die israelische Regierung versuchen, die gigantische Summe seiner Auslandsschuld in Höhe von 22 Milliarden US-Dollar zu vermindern. Wie Finanzminister Joram Aridor erklärte, sei mit dem Regierungsbeschluß über die Erhöhung der Kaufsteuern für die Importgüter um zehn Prozent ferner beabsichtigt, die Eigenproduktion und den Export zu vergrößern. Die Regierung hoffe mit dieser Maßnahme, die nur einen Schritt im Rahmen der geplanten Kürzung des Staatshaushaltes bildet, auch zur Drosselung der inzwischen auf 125 Prozent gestiegenen Jahresinflation beizutragen.

Bürgschaft für Junior

Goslar (dos) – Eine Überbrückungs-Bürgschaft in Höhe von 0.5 Millionen Mark hat das Land Niedersachsen der in Schwierigkeiten geratenen Junior Fenster- und Fassadenbau GmbH, Goslar, gewährt. Das zur Uhl-Gruppe, Ravensburg, gehörende Unternehmen, dem bereits 1981 eine 8-Millionen-Mark-Bürgschaft zugesagt worden war, wollte ursprünglich zwei Millionen Mark verbürgt haben. Der Verzicht der rund 300 Junior-Mitarbeiter auf Weihnachts- und Urlaubsgeldzahlungen führte unter anderem dazu, daß Uhl dem Unternehmen 3,1 Millionen Mark zuführen kann.

Geringes Unfallrisiko

Bonn (HH) – Die Arbeit in einem Kernkraftwerk ist genauso ungefährlich wie Schreibtischarbeit. Zu diesem Fazit kommt eine Analyse des Deutschen Atomforums in Bonn. Danach ist das beruflich bedingte Gesundheitsrisiko von Beschäftigten in kerntechnischen Anlagen „erheblich geringer als in vergleichbaren konventionellen Industriezweigen“. So ergab eine Auswertung des Unfallgeschehens in Wärmekraftwerken, daß dort, wo mit fossilen Brennstoffen (zum Beispiel Kohle oder Öl) befeuert wird, die Unfallhäufigkeit mehr als doppelt so hoch liegt wie in Kernkraftwerken: 80 gegenüber 34 Unfällen im Jahr, bezogen auf 1000 Beschäftigte.

SPD-Vorschlag abgelehnt

Bonn (HH) – Die SPD habe aus den Fehlern „ihrer gescheiterten Finanz- und Beschäftigungspolitik nichts gelernt“, erklärte der haushaltspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Manfred Carstens, zu dem von der SPD vorgeschlagenen Neun-Milliarden-Programm, das unter anderem mit einer Ergänzungsabgabe finanziert werden soll. „Nicht weitere Erhöhung der Abgabenlast, nicht neue Programmbürokratien zur Verwaltung und Zuteilung zinsverbilligter Kapitalmittel sind gefragt, sondern eine konsequente Politik, die eine allgemeine Senkung des Zinsniveaus ermöglicht“, erklärte Carstens.

NIEDERSACHSEN

Innovationen mit Erfolg gefördert

dos, **Hannover**

Das vom Land Niedersachsen initiierte und finanziell geförderte Innovationsberatungssystem ist bei der mittelständischen Wirtschaft auf große Resonanz gestoßen. Nach Angaben der niedersächsischen Wirtschaftsministerin Birgit Breuel zeigt eine erste Zwischenbilanz, daß die Kontaktberatung intensiv in Anspruch genommen wird. Ziel des Programms ist es, das „Defizit beim Technologietransfer" in Niedersachsen abzubauen. Das Land hat für die Dauer von fünf Jahren den Trägern des Beratungssystems – Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft – 6,5 Mill. DM zur Verfügung gestellt. Ab 1986/87 sollen die Träger das Beratersystem in „finanzieller Eigenverantwortung" fortführen. Das Land, so Frau Breuel, wollte mit der „zeitlich begrenzten Initiative" nur den *Anstoß für eine effektive Technologieberatung geben.*

KIENBAUM-UNTERNEHMENSBERATUNG / Erfolgreich auf einem neuen Markt der Führungsebene

„Manager ohne Aufgabe sind verschenktes Potential"

J. GEHLHOFF, **Düsseldorf**

Die Wirtschaftsrezession der letzten Jahre hat neben Rekordzahlen an Arbeitslosen und Unternehmenspleiten auch einen „Nebenkriegsschauplatz" geboren. Vermutlich mehr als 10 000 deutsche Manager der mittleren und gehobenen Führungsebene, bis hinauf zu persönlich haftenden Gesellschaftern und ähnlichen Leuten der obersten Entscheidungsebene, wurden vorzeitig ins berufliche Aus geschleudert. Fusionen, Pleiten, Unternehmens-Sparkurse um des nackten Überlebens willen – vielerlei hat diese Manager-Reservearmee seit anderthalb Jahren erheblich anschwellen lassen. Zumeist sind dies aber keine ums Materielle besorgten Arbeitslosen. Aber ein Potential an Wissen, Erfahrung, Können und Leistungsbereitschaft, dessen Brachliegen sich eine auf Genesung erpichte Volkswirtschaft nicht leisten kann.

Gerhard Kienbaum (63), Gründer und Vorsitzender der Zentralgeschäftsführung der gleichnamigen Unternehmensberatungsgruppe mit Stammsitz Gummersbach, die zu den *größten in Europa zählt, schildert* mit solchen Sätzen im Gespräch mit der WELT die Angebotsseite eines neuen Marktes, in dem seine Gruppe intensiv Fuß zu fassen beginnt. Er nennt es „persönliche Veränderungshilfe für Chefs, Manager, Experten" – kurzum für Manager, die zu früh ohne Aufgabe dastehen.

Damit hat die Kienbaum-Gruppe nach früheren „Verlegenheitstaten" 1983 gezielt angefangen. Und auf Anhieb hat sie mehr als ein halbes Hundert Ex-Manager „aus der obersten Entscheidungsebene" unter Kontrakt genommen. Allesamt aus Firmen mit mehr als 100 Mill. DM Jahresumsatz, und auch Vorstandsmitglieder von Milliardenunternehmen sind darunter.

„Unter Kontrakt", das heißt natürlich auch für diesen Unternehmens- und Personalberater, daß er einen Weg finden mußte, das gesetzliche Vermittlungsmonopol der Bundesanstalt für Arbeit zu respektieren und dennoch zu agieren. Für Kienbaum (und nicht nur für ihn) ein ärgerliches Monopol. Denn da gebe es nun einerseits die unleugbare Tatsache, „daß unsere Wirtschaft eine erneute Schlacht um den Absatz führen muß – und dies nicht erfolgreich tun kann ohne die Erfahrung solcher Manager und Chefs, die seit Jahrzehnten auf den Auslandsmärkten in der Wiedergewinnung deutscher Positionen tätig waren".

Und andererseits sei es denn doch zumindest „höchst merkwürdig", daß in Positionen, wo es um schnelle Reaktionen, wo es um das Erfassen von Veränderungselementen auf allen Märkten, in der Technologie, in der Organisation und anderem mehr gehe, „daß ausgerechnet auf diesem Gebiet eine Monopolstellung des Staates gewissermaßen zur scheinbaren Zuteilung des gelernten Generaldirektors postuliert ist".

Den Ausweg fand Kienbaum, indem er freigesetzten Managern ein freies Mitarbeiterverhältnis mit seiner Gruppe anbietet, die ihrerseits Auftragnehmer von Unternehmen bleibt, die mit solchen Leuten die „Probleme momentan oder auch auf längere Sicht zu lösen haben". Besagte freien Mitarbeiter werden „zunächst nur in Teilzeitaufgaben" eingesetzt. Im Grunde kein Novum in der Beraterbranche, für deren Dienstleistung ja die Teilzeitaufgabe charakteristisch ist.

Zu schweigen davon, daß die Kienbaum-Gruppe schon vor einem Jahrzehnt mit dem Aufbau eines heute 250 Mitglieder großen Kreises freier Mitarbeiter an „Spezialspezialisten" begann. Denn bei vielen weiterreichenden Projekten könne die Beratungsfirma nun einmal nicht genug Personalkapazität mit eigenen fest Angestellten vorhalten.

Das Neue an Kienbaums Konzept für die „vorzeitigen Senioren" (das Gros seiner „Kontraktnehmer" liegt bei 50–60jährigen Ex-Managern mit sinkender Altersgrenze) ist die nun systematisch und für erweiterte Tätigkeitsfelder betriebene „Rekrutierung". Sie hat ihren ersten und entscheidenden Schwerpunkt darin, daß „vor Kontrakt" der Ex-Manager eine gründliche Beurteilungsstufe absolviert, um vom Fachwissen bis zur Führungsqualität den für ihn sinnvollen „Freiraum" seiner Einsatzmöglichkeiten zu klären. Da war mancher, so konstatiert auch Kienbaum, von einst besseren Konjunkturjahren „in Verantwortlichkeiten hochgespült" worden, die jenseits seines wahren Könnens liegen.

Keine Sorge hat der selbst in die (echte) Seniorengeneration eingerückte Berater Kienbaum über die Nachfrageseite des da von ihm beakkerten Marktes. Der Bedarf für solche Mitarbeit sei zumal bei mittelständischen Familienunternehmen riesengroß. So kenne er denn auch etwa aus seiner oberbergischen Heimat eine ganze Reihe von Firmen, die neuerdings in Schwierigkeiten gerieten, weil die nächste Generation nur das Vermögen und nicht die Führungsqualität geerbt hatte.

Zurück zur Angebotsseite der Kienbaum-Aktion: Eine Tendenz zur Nutzung von Managerkapazitäten jenseits der Pensionistenschwelle (in Japan gang und gäbe und mit Teilzeitjobs auch in den USA auf dem Vormarsch) will der Chef dieser Beratungsgruppe daraus noch nicht ableiten. Aber eins stellt er denn doch fest: Es sei ganz und gar keine einhellige Auffassung unter den Beschäftigten unserer Wirtschaft, daß die Lebensarbeitszeit für jedermann verkürzt werden sollte.

Und ausgerechnet dazu registriert er bei der potentiellen Klientel der Kienbaum-Aktion eine denkwürdige Gruppe: Manager in Amt und Würden, Anfang der 50er Jahre. Sie fragen an, ob diese Aktion nicht auch *für sie etwas sei*, um durch Wechsel aus ihrem bisherigen Firmenverbund in eine freizügigere Gestaltung der Arbeitsaufgaben den Zeitpunkt der abrupten Pensionierung „gleitender und weicher" zu machen. Vornehmlich seien das Anfragen, die in der Welt für ihr Unternehmen Erfahrungen sammelten. – Damit schließt sich Kienbaums Argumentationskreis beim Anfang: Die Wiedergewinnung geschwächter Weltmarktpositionen als Zentralaufgabe für einen Wiederaufschwung der Wirtschaft.

ÖSTERREICH / Creditanstalt braucht Hilfe

Probleme mit Beteiligungen

WOLFGANG FREISLEBEN, **Wien**

Schwere Zeiten macht derzeit die österreichische Industrie durch. Neben der stark defizitären Gruppe der verstaatlichten Industrie (109 000 Beschäftigte) steht jetzt auch der Industriekonzern der mehrheitlich im Staatsbesitz befindlichen größten Bank des Landes, Creditanstalt-Bankverein (CA), vor großen finanziellen Problemen. In der Gruppe von 40 Unternehmen, an denen die Bank mit mehr als 25 Prozent beteiligt ist, wurden seit 1970 Verluste in der Gesamthöhe von fast 7 Milliarden Schilling größtenteils aus Bankerträgen abgedeckt, was bereits ein Mehrfaches des Grundkapitals der CA darstellt.

Der überwiegende Teil dieser Verluste stammt aus den Industriebeteiligungen, wenngleich auch die Hotelgruppe und andere Dienstleistungsunternehmen wie etwa ein Reisebüro ebenfalls nicht immer klaglos gewirtschaftet haben. Der CA-Konzern mit der neben der verstaatlichten zweitgrößte Industriegruppe des Landes erzielte 1982 einen Umsatz von etwa 58 Mrd. Schilling bei 51 000 Beschäftigten. Dabei fielen Verluste von insgesamt 1,56 Milliarden Schilling an.

Im 1. Quartal 1983 verschlechterte sich die Situation in einigen Betrieben weiter. Betroffen sind insbesondere der Fahrzeugkonzern Steyr, der Gummikonzern Semperit, die Glasfabriken Stölzle-Oberglas und der Papierhersteller Leykam mit einem Zellstoffwerk. Insgesamt ging der Gruppenumsatz während der ersten drei Monate um rund 500 Millionen Schilling auf 12,8 Milliarden Schilling zurück; die Verluste lagen bereits über 700 Millionen Schilling; der Personalstand verringerte sich um 1500 Personen.

Nachdem die Gewinne der übrigen Betriebe bei weitem nicht ausreichen, um die anfallenden Verluste in den Problembereichen abzudecken, steht nun die Creditanstalt vor finanziellen Problemen, zu deren Lösung Generaldirektor Hannes Androsch, der ehemalige Finanzminister in der Regierung Kreisky, nun die Mithilfe des Staates angefordert hat. Denn selbst die Rekordgewinne der Bank im Vorjahr lassen es dem Management nun nicht mehr geraten erscheinen, die Fertigung unter allen Umständen zu halten, zumal eine inzwischen gesunkene Zinsspanne, ein konjunkturell bedingter träger Geschäftsverlauf bei gleichzeitig gestiegenen Risiken vor allem im Auslandsgeschäft die Erträge dieses Jahres zweifellos belasten werden.

Insbesondere Androsch steht heute auf dem Standpunkt, daß unrentable Betriebe aus arbeitsmarktpolitischen Gründen nur dann weiter gehalten werden sollen, wenn auch von jener Seite entsprechende Zuschüsse erbracht werden, die aus politischen Gründen eine Werksschließung verhindern will – und das sind sowohl die Bundesregierung in Wien als auch die einzelnen Landesregierungen.

SOZIALHILFE / Institut „Finanzen und Steuern"

Vorschläge für Entlastungen

GISELA REINERS, **Bonn**

Das Institut „Finanzen und Steuern" in Bonn schlägt vor, zur Entlastung der Sozialhilfe die verschiedenen Systeme der sozialen Sicherung heranzuziehen und das Kindergeld *neu zu ordnen. So könne die Sozialhilfe*, die von den Kommunen zu bezahlen ist, von der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt auf die Hilfe in besonderen Lebenslagen hin verlagert werden. Mehrkosten für das Gesamtsystem seien vermeidbar, wenn sich die Maßnahmen auf wirklich Bedürftige konzentrierten. Als Volumen für die nötige Umstrukturierung sieht das Institut „mindestens" die Hälfte der Ausgaben für Sozialhilfe von rund 15 Milliarden Mark an.

Seit 1965 habe sich das Leistungsaufkommen in der Sozialhilfe mehr als versiebenfacht, rechnet das Institut vor. 1981 habe jeder 30. Einwohner der Bundesrepublik im Durchschnitt 7097 Mark Sozialhilfe erhalten. Die häufigsten Gründe dafür seien Mängel in der Hinterbliebenenversorgung, beim Kinderlastenausgleich, der Arbeitslosenunterstützung und eine fehlende Sicherung des Pflegekostenrisikos. Rund ein Drittel der Empfänger sei 60 Jahre *und älter, davon* vier *Fünftel Frauen.*

Witwen sollten deshalb eine vom Einzelfall abhängige Mindestrente erhalten, wenn die Rente des verstorbenen Ehepartners für beide ausgereicht hätte. Alleinstehenden Müttern könne durch eine Neuregelung des Kinderlastenausgleichs geholfen werden. Das Kindergeld müsse wieder durch Freibeträge ersetzt werden, *verbunden mit absoluten Mindestbeträgen*, gestaffelt nach Kinderzahl und Einkommenshöhe, eventuell ergänzt durch ein Erziehungsgeld.

Einen eigenständigen Kinderlastenausgleich sollte es auch für Arbeitslose geben. Durch Kinderzuschläge müsse die Haushaltsgröße der Unterstützungsempfänger berücksichtigt werden.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Einbußen bei Porzellan

Selb (VWD) – Die Porzellan-Hersteller in der Bundesrepublik melden für das erste Halbjahr einen Umsatzrückgang gegenüber den ersten sechs Monaten 1982 um 2,3 Prozent auf 525 Mill. DM. Wie der Verband der Keramischen Industrie mitteilte, war der Export mit nominal minus 8,4 Prozent auf 224 Mill. DM besonders stark betroffen. *Der Inlandsumsatz stieg dagegen* um 2,8 Prozent auf 301 Mill. DM. Die Produktion ging um drei Prozent auf rund 43 000 t zurück.

Harpener zufrieden

Dortmund (VWD) – Die Harpener AG rechnet aufgrund der bisherigen Entwicklung und der Einschätzung des Geschäftsverlaufs im zweiten *Halbjahr für 1983 mit einem befriedi*genden Gesamtergebnis. Das Unternehmen, dessen Mehrheit bei der französischen Gaz et Eaux liegt, erzielte in den ersten sechs Monaten einen Konzernumsatz von 162,8 Mill. DM, 1,3 Prozent weniger als in der Vergleichsperiode 1982.

Hoher Mittelzufluß

München (sz.) – Die starke Nachfrage nach Investmentpapieren brachte der Münchner Kapitalanlage AG (MK) im ersten *Halbjahr 1983 einen Netto*kapitalzufluß von 10 Mill. DM. In der entsprechenden Vorjahreszeit waren dagegen 3,3 Mill. DM abgeflossen. Im Mittelpunkt der Käuferinteressen standen die drei Aktienfonds mit 7,9 Mill. DM Zufluß (Vorjahr: 5,5 Mill. DM Abfluß). Die größte Wertsteigerung seit Juli 1982 erzielte von ihnen der „Investors"-Fonds mit 44,2 Prozent *vor „Analytik" mit 39,7 und „Alfakapi*tal" mit 32,2 Prozent. Die beiden Rentenfonds „Rentak" und „Rentex" kamen auf Wertsteigerungen von 14,4 bzw. 18,1 Prozent. Das gesamte von der MK verwaltete Fondsvermögen stieg auf 225 Mill. DM gegenüber 171 Mill. DM per Ende Juni 1982 und 194 Mill. DM zum Jahresende.

Konkursantrag für Hensel

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Hensel *Kreditbank GmbH, Darmstadt, ist am* Ende. Für das 1957 gegründete Institut, gegen das die Bankenaufsicht in Berlin in der vergangenen Woche ein Veräußerungs- und Zahlungsverbot erlassen hatte, wurde Konkursantrag gestellt. Der vom Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen ermittelte erforderliche Wertberichtigungsbedarf könne nicht aufgebracht werden, hieß es. Damit ist *diese relativ kleine, auf* das Konsumentenkredit- und Wechselgeschäft spezialisierte Geldinstitut überschuldet. Das Kreditvolumen betrug im vergangenen Jahr rund 42 Mill. DM, die Bilanzsumme etwa 60 Mill. DM.

Wieder 15 Prozent

Frankfurt (VWD) – Eine gegenüber dem Vorjahr unveränderte Dividende von 15 Prozent auf 56 Mill. DM Grundkapital können die Aktionäre der *Main-Kraftwerke AG (MKW)*, Frankfurt, für das Geschäftsjahr 1982/83 (30. Juni) erwarten. Nach Unternehmensangaben wurde bei verlangsamtem Kostenanstieg ein höherer Jahresüberschuß als im Vorjahr ausgewiesen. Dieser war 1981/82 um 2,6 Mill. auf 9,4 Mill. DM gestiegen. Der Umsatz stieg im Berichtsjahr – bedingt durch höhere Strompreise und verstärkte *Gasabgabe – um 5,6 (14,2) Prozent auf* 580 (548,9) Mill. DM.

ERDÖL / Vorräte bleiben auf niedrigem Niveau

Preiserhöhung nicht in Sicht

WILHELM FURLER, **London**

Die großen internationalen Ölkonzerne zeigen keinerlei Interesse daran, ihre Vorräte wieder aufzustocken. In den vergangenen zweieinhalb Jahren sind sie um durchschnittlich etwa 650 000 Barrel pro Tag (ein Barrel = *159 Liter) auf das gegenwärtig niedri*ge Niveau abgebaut worden. Die kommerziellen Reserven der westlichen Ölindustrie reichen aus, den Verbrauch von 85 Tagen zu decken. Wie die Londoner Tageszeitung Financial Times erfahren haben will, ist die Ölindustrie mit diesem niedrigen Vorratsniveau völlig zufrieden – trotz des allmählich näherrückenden Winters und ungeachtet der Anzeichen für eine allmähliche Belebung der Weltwirtschaft.

Damit werden Hoffnungen der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) untergraben, daß ein Wiederaufbau der Ölvorräte auf ein früher übliches Niveau die Nachfrage ausweiten und damit eine Erhöhung des im Frühjahr auf 17,5 Millionen Barrel pro Tag festgelegte Opec-Produktionsniveaus rechtfertigen würde. Immer wieder haben Mitgliedsländer *in den letzten Wochen ihre* Produktionsquoten überschritten.

Insgesamt überschritt die Opec im Juli inoffiziellen Angaben zufolge ihre Höchstproduktionsmenge um bis zu einer Million Barrel pro Tag.

Der Hauptgrund für die Zurückhaltung der Ölkonzerne gegenüber einer Wiederauffüllung ihrer Vorräte auf *das früher übliche Niveau wird in der* gegenwärtigen Stärke des amerikanischen Dollars gesehen. Der Dollar ist die Währung, in der Öl gehandelt wird. Hinzu kommt, daß die Ölindustrie ganz offensichtlich die Gefahr von Versorgungsschwierigkeiten geringer einschätzt als noch vor zwei bis zweieinhalb Jahren.

Ende letzter Woche widersprach der Ölminister der Vereinigten Arabischen Emirate, Mana Said al Otaiba, Spekulationen auf eine bevorstehende Anhebung des Opec-Produktionsniveaus mit der Bemerkung, die Höchstmenge werde so lange beibehalten, bis die Marktpreise anziehen und damit eine höhere Produktion rechtfertigen würden. Davon ist gegenwärtig jedoch nicht die Rede. Das für die Preis- und Mengenfestsetzung zuständige Opec-Komitee, das von Ölminister al Otaiba geleitet wird, tritt *am 13. September in Wien* zusammen.

„DDR" / Produktivitätsabstand zur Bundesrepublik bei dreißig Prozent

Die Führung drückt jetzt auf das Tempo

CLAUS HÖCKER, **Berlin**

Wirtschaftliches Wachstum muß die „DDR" in erster Linie durch Vorantreiben der betrieblichen Rationalisierung sichern. Um dies bei geringerer Beschäftigungszunahme, fallender Investitionsquote und aus Kostengründen nicht mehr auszuweitendem Rohstoffeinsatz zu bewältigen, richten sich die Anstrengungen *seit Anfang der achtziger Jahre auf* eine als „konsequente Intensivierung" beschriebene Produktivitätspolitik. Ihr Erfolg bestimmt mit über die soziale und politische Stabilität in der „DDR".

Die Ergebnisse werden von westlichen Beobachtern differenziert beurteilt. Es heißt, die „Innovationsträgheit" bestehe fort. Die Betriebe konzentrierten sich auf die mäßige Erfüllung des Plans und gäben vielfach nur den wenig risikoträchtigen Neuerungen eine Chance. Die Gliederung in Großkombinate habe so viel Monopolmacht geschaffen, daß die vom Weltmarkt geschützten großen Einheiten den sozialistischen Abnehmern im Inland und im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) ihre *Bedingungen häufig diktieren* könnten. Eine solche Absatzgarantie *fördere kaum das Rationalisierungs*tempo.

Die SED-Führung räumt ein, daß *der Produktivitätsabstand zur Bun*desrepublik etwa 30 Prozent beträgt. Zur Kennzeichnung der in allen Bereichen anzutreffenden Modernisierungsanstrengungen führt sie aber den sinkenden Material- und Energieverbrauch ins Feld und verweist *darauf, daß mehr als 23 000* „Roboter" im Einsatz seien. Daß sie unter diesem Begriff jedoch Handhabungsautomaten im weitesten Sinn versteht, erhellt ein Blick auf Japan. In den dortigen Betrieben sind heute 14 000 Roboter an der Arbeit und 1965 sollen es 32 000 sein.

Um das Tempo zu beschleunigen, verschärft die SED-Führung parallel zu Schwerpunktförderungen wie in der Mikroelektronik den administrativen Druck. So tritt von 1984 an eine Art *Lohnsummensteuer* in Kraft, um einen zu großzügigen Umgang mit Arbeitskraft zu unterbinden – in der „DDR" herrscht Überbeschäftigung, da bisher versucht wurde, Produktivitätsfortschritt mit einer Ausweitung des Arbeitskräftepotentials und nicht durch Rationalisierung zu erreichen. Auswirkungen *wird dies nach Auffassung des Deut*schen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) vor allem auf die Kostenstruktur der Industrie und des Bauwesens haben, da eine Abwälzung auf die Verbraucherpreise nicht zugelassen ist.

Zum Jahresbeginn soll dann auch dem Nettogewinn unter den betrieblichen Hauptkennziffern ein hoher Stellenwert eingeräumt werden. Der bisherige Vorrang der „industriellen Warenproduktion" soll abgebaut werden. Dahinter steht die Einsicht, daß eine hohe Produktion nichts nützt, wenn sie sich im Warenlager stapelt, anstatt mit Gewinn verkauft zu werden.

Nachhaltige Aufmerksamkeit widmet die SED-Führung nicht zuletzt der Arbeitsmotivation. Staats- und Parteichef Erich Honecker stellte fest, daß der „subjektive Faktor" eine zunehmende Rolle bei der Aufgabenlösung spiele. Dabei geht es sowohl um finanzielle Anreize nach Leistungskriterien als auch um die Hinnahme der Schichtarbeit, in deren Durchsetzung das Politbüromitglied Günter Mittag eine „Aufgabe von volkswirtschaftlicher Bedeutung" sieht. (dpa/VWD)

MIEDER- UND BADEBEKLEIDUNG

Die Hälfte geht in den Export

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Nach dem mit einem Umsatzrückgang um knapp 11 Prozent auf 520 Mill. DM, etwa 19 Prozent weniger Beschäftigten (5500) in 49 (57) Betrieben nur schlichtweg negativ zu charakterisierenden Geschäftsjahr 1982 verlangt die deutsche Mieder- und Badebekleidungsindustrie in den ersten 5 Monaten 1983 eine differenzier*tere Beurteilung.*

Zwar nahm noch einmal die Zahl der Beschäftigten drastisch um 16,5 Prozent auf 4900 ab, doch der Umsatz sank nur noch um 1,6 Prozent auf 234 Mill. DM. Und während Produktion und Umsatz im 1. Quartal bei Miedern und Wäsche um ein- bis zweistellige Prozentsätze sanken, verzeichneten Bade- und Strandbekleidung ein- und zweistellige Zuwachsraten.

Dies freilich war ausschließlich eine Folge von gestiegener Fertigung der Unternehmen im Ausland und weiter gestiegenen Ausfuhren. Mit knapp 117 (113) Mill. DM Mieder- und Bademoden-Export hat die deutsche Industrie im 1. Halbjahr 1983 einen Export-Anteil von 50 Prozent geschafft. Nicht ohne Stolz vermerkt die Geschäftsführerin des Mieder-Verbandes, Hildegard Panck, daß keine andere Sparte der deutschen Bekleidungs-Industrie über einen solche hohen Exportanteil verfügt – *und dies sogar ohne jede Subvention.*

Zu den Hauptabnehmerländern gehören nicht nur traditionell die Niederlande, Österreich, Schweiz, Belgien und Frankreich, die Ostblockländer nehmen allein 24 Prozent ab.

Dem Exportwachstum bis zur Jahresmitte von 3 Prozent (nach einem Minus von 4,2 Prozent auf 192 Mill. DM im letzten Jahr) stand bei den *Einfuhren ein Plus von fast 11 Pro*zent auf 216 Mill. DM (1982 minus 2,6 Prozent auf 332 Mill. DM) gegenüber. Hier sind Italien, Frankreich und Österreich die Hauptausfuhrländer.

Auf der 10. Igedo Dessous (4. bis 7. 9. in Düsseldorf), der „reizvollsten" und weltweit konkurrenzlosen Messe, werden 367 Anbieter, davon 60 Prozent aus dem Ausland vertreten sein. *Knapp 20 000 qm Bruttofläche* sind voll ausgebucht. Die über 1000 Kollektionen, zusätzliche Aussteller und größere Messestände haben erstmals zur Abweisung von Messeinteressenten geführt. Frankreich stellt mit 62, Italien und die USA mit je 33 Ausstellern die größten Auslandsbeteiligungen.

IKEA / Überführung in eine Stiftung bestätigt

Schritt auf den US-Markt

dpa/VWD, **Stockholm**

Der Gründer und Eigentümer der schwedischen Möbelhaus-Kette Ikea, Ingvar Kamprad, hat gestern bestätigt, daß er die ausländischen Aktivitäten seines Unternehmens in eine niederländische Stiftung einbringen will. In einem Interview der schwedischen Zeitung „Svenska Dagbladet", verneinte Kamprad jedoch Angaben vom Vortag, daß dieser Schritt etwas mit der Diskussion um die geplante Einführung von Arbeitnehmerfonds in Schweden zu tun hat.

Ihm gehe es um die Sicherung des Unternehmens nach seinem Tod, sagte Kamprad. Es solle vermieden wer*den, daß eventuelle Streitigkeiten* unter seinen drei Söhnen den Zusammenhalt des Konzerns gefährden können. Schon heute besitze eine niederländische Stiftung Teile der drei Holdinggesellschaften Ingka Scandinavia, Ingka Overseas und Ingka Europe, die wiederum die regionalen Tochterunternehmen in Skandinavien, im restlichen Europa und in der *übrigen Welt kontrollieren.* Die geplante Stiftung habe keine religiöse Anknüpfung, sondern solle gemeinnützig Leistungen im Bau- und Architekturwesen fördern.

Laut Kamprad wird der Konzern im laufenden Geschäftsjahr (31. August) einen Umsatz von 6,25 Mrd. skr (rund 2,13 Mrd. DM) erzielen, etwa 30 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Über den Gewinn machte der Unternehmer keine Angaben. Er meinte, daß 300 bis 400 Mill. skr (102 bis 136 Mill. DM) nach Steuern erreicht werden können.

Ende 1984 oder Anfang 1985 solle der *lang vorbereitete* Schritt auf den US-Markt mit der Eröffnung von zwei Möbelhäusern an der Ostküste getan werden. Kamprad besitzt 40 Häuser in Deutschland, Norwegen, Dänemark, der Schweiz, in Österreich, den Niederlanden, Frankreich und in Kanada sowie acht Häuser in Schweden.

BAYER / Das Inlands- und Exportgeschäft hat sich im ersten Halbjahr belebt

Enorme Gewinnsteigerung ausgewiesen

J. GEHLHOFF, **Düsseldorf**

Eine „deutlich bessere" Dividende für 1983 hatte Vorstandsvorsitzender Prof. Herbert Grünewald den Aktionären der Bayer AG, Leverkusen, auf der Hauptversammlung im Juni in Aussicht gestellt. Sie hatten bei dieser *mit 2,53 Mrd. DM* Aktienkapital größten deutschen Publikumsgesellschaft für 1982 eine besonders drasti*sche Dividendenkürzung auf 4 (7)* DM schlucken müssen. Im Einklang mit der Vorstandsprognose meldet nun Bayer für das erste Halbjahr 1983 Steigerungen im Gewinn vor Steuern bei der AG um 20,1 Prozent auf 507 (422) Mill. DM und im Welt-Bereich um 19,1 Prozent auf 860 (722) Mill. DM. Das sind bei der AG bereits 69 Prozent und bei Bayer-Welt sogar 89 Prozent der vollen 1982er Jahresergebnisse.

Die Gewinnverbesserung wurde mit einer gegenüber dem noch guten ersten Halbjahr 1982 moderaten Steigerung des Umsatzes erreicht. Er wuchs im Welt-Bereich um 1,5 Prozent auf 18,5 Mrd. DM, im AG-Bereich um 3,3 Prozent auf 7,48 Mrd. *DM mit 63,5 (64,4) Prozent Exportan*teil. Zumal der AG-Umsatz für das zweite Quartal 1983 gegenüber der gleichen Vorjahreszeit mit einer auf 6,1 (1,4) Prozent gesteigerten Zuwachsrate deutliche Belebungstendenz zeigt, wobei auch der Exportumsatz (nach 0,9 Prozent vorjährigem Minus) nun mit 4,9 Prozent im Plus liegt.

Im Einklang damit berichtet der Vorstand für das AG-Geschäft im zweiten Quartal von einer Fortsetzung der Belebung *im Inland und* günstiger Exportentwicklung. Die Ergebnisbesserung stamme hier aus Mengenanstieg mit Kostendegression, verbunden mit einer besseren Kapazitätsauslastung, und außerdem aus „innerbetrieblichen Maßnahmen". Die mit Letzterem angedeutete Sparpolitik zeigt auch der Rückgang der AG-Belegschaft, die zur Jahresmitte mit 61 012 Personen um 2,1 Prozent kleiner als im Vorjahr war und im ersten Halbjahr mit 1,84 Mrd. *DM einen erstmals seit langem* konstant gebliebenen Aufwand erforderte.

An Sachinvestitionen sind 1983 nur noch 600 (683) Mill. DM bei der AG und 1,8 (2,06) Mrd. DM im Welt-Bereich *geplant.* Im Welt-Gewinn vor Steuern liegt Bayer auch im ersten Halbjahr 1983 deutlich höher als die *beiden anderen Großchemie-Konzer*ne BASF und Hoechst. Der bei Bayer besonders drastische 1982er Absturz in Nettogewinn und Dividende resultierte aus hohen und steuerlich nicht mit andernorts entstandenen Gewinnen verrechenbaren Aufwendungen der Strukturbereinigung. Dieser Sonderaufwand von „einigen hundert Mill. DM" – so Prof. Grünewald in der letzten HV – fällt 1983 zugunsten des Ergebnisses fort.

OKAL / Produktion in Frankreich wird eingestellt

Absatzbelebung erkennbar

DOMINIK SCHMIDT, **Lauenstein**

Nach der dramatischen Verschlechterung im Geschäftsjahr 1982 erkennt die Okal-Gruppe, Lauenstein, nach eigenen Angaben mit einem Anteil von 25 Prozent Marktführer im Fertighaus-Bereich, wieder belebende Tendenzen. Wie es in einer Mitteilung heißt, erreichte der Auftragseingang im ersten Halbjahr 1983 mit 1600 (1400) Häusern im Wert von 323 (269) Mill. DM ein Plus von 15 Prozent. Dies sei die Folge der günstigeren Finanzierungsbedingungen *und* der Förderungsmaßnahmen der Bundesregierung. Auf Anfrage erklärte ein Sprecher des Unternehmens, die *gestiegenen Aufträge* würden sich allerdings noch nicht auf die Produktion und den Umsatz im laufenden Jahr auswirken.

Beide Kennziffern dürften nur leicht über dem Niveau von 1982 (rund 2400 Fertighäuser, 503 Mill. DM Umsatz) liegen, obwohl die Preise im Durchschnitt um 3,5 Prozent angehoben wurden. Kräftig erhöhen will *Okal die Investitionen, die 1982 bei 20* Mill. DM lagen und nunmehr rund 35 Mill. DM erreichen sollen. Dabei handele es sich um Mittel, die ausschließlich im Unternehmen erwirtschaftet wurden. Der Schwerpunkt der Investitionen liege auf der Errichtung neuer Musterhäuser. Zur Ertragslage werden keine Aussagen gemacht. Für 1982 hatte die Geschäftsführung von einem zwar verschlechterten, insgesamt aber „noch befriedigenden" Ergebnis gesprochen.

Die katastrophale Entwicklung auf dem französischen Baumarkt hat jetzt zu dem Entschluß des Unternehmens geführt, die Produktion des Werkes Maisons Okal in Petersbach/Elsaß zum Jahresende 1983 einzustellen. In dem Betrieb werden derzeit noch rund 160 Mitarbeiter beschäftigt. Die Okal-Gruppe unterhält dann nur noch im Inland fünf Produktionsstätten.

Aktien nur knapp behauptet

Verkauf aus dem Ausland drückten die Standardwerte

DW. – Die Unsicherheit über die Dollar- und Zinsbewegung, aber noch mehr Prognosen, wonach sich das wirtschaftliche Wachstum im dritten Quartal dieses Jahres verlangsamen wird, trübten am Wochenbeginn bei den Aktien die Anlageneigung. Das vor allem aus dem Ausland stammende Angebot löste in zahlreichen Standardwerten leicht rückläufige Notierungen aus. Bei den Bankaktien störte vor allem das weiterhin ungelöste Problem der Brasilien-Umschuldung. Dennoch hielten sich hier die Abschläge in engen Grenzen. Spürbare Verluste gab es lediglich bei den beiden bayerischen Instituten.

Die negativen Auswirkungen der angekündigten BASF-Kapitalerhöhung klangen am Montag ab. In Börsenkreisen stellt man sich aber darauf ein, daß die Publikumfonds mangels Mittel nicht an der Kapitalerhöhung teilnehmen, sondern ihre Bezugsrechte verkaufen werden. Bemerkenswert stabil lagen immer noch VW-Aktien, die zu den wenigen deutschen Papieren zählen, für die noch Interesse aus dem Ausland besteht. Das wird auf eine in New York angefertigte Unternehmensanalyse zurückgeführt, die zu dem Schluß kommt, daß beim Volkswagenwerk inzwischen ebenfalls „die Wende" eingetreten ist. Unter Auslandsverkäufen hatten dagegen Daimler (minus 4 DM) und Siemens (minus 3,50 DM) zu leiden.

Düsseldorf: Gerresheimer Glas verbesserten sich um 3,80 DM auf 117,80 DM und Pegulan St. zogen um 9 DM auf 240 DM an. Düwag verminderten sich um 3 DM auf 150 DM, Bilfinger sanken um 4,10 DM auf 221 DM, Dt. Texaco fielen um 4 DM auf 255,50 DM und Dyckerhoff St. schlossen mit einem Minus von 4 DM auf 213 DM ab.

Frankfurt: Der Aktienmarkt war am Wochenbeginn abgeschwächt; bei kleinen Umsätzen gingen die Standardwerte bis zu 3 DM zurück. Im Verlauf konnte der Größte Teil dieser Verluste wieder aufgeholt werden. Von Nebenwerten blieben Commerzbank-Reste bei Doppelminus 6 DM minus 2 DM, Bank für Brauindustrie 435 minus 22 DM.

Hamburg: NWK Vz. legten um 1,50 DM zu. HEW waren gut behauptet. Conti Gummi gingen zu 104,50 DM (minus 1,80 DM) um. Hapag Lloyd konnten sich behaupten. Reichelt wurden mit 89,50 DM (plus 1,50 DM) bezahlt, Flensburger Schiffbau mit 125,60 DM (minus 1,50 DM).

München: Agrob St. verbesserten sich um 1 DM auf 362 DM, Brau AG Nürnberg konnten sich um 8,50 DM befestigen und Flachglas zogen um 5 DM auf 270 DM an. Gehe AG verminderten sich um 7 DM auf 203 DM, Leonische Draht sanken um 5 DM auf 325 DM und Zahnräder Renk schlossen mit einem Minus von 6 DM auf 254 DM ab.

Berlin: Bekula lagen um 0,20 DM geringfügig freundlicher. Herlitz Stämme mußten ein Minus in Höhe von 10 DM und Berthold in Höhe von 6,50 DM hinnehmen. Spinnstoffabrik Zehlendorf ermäßigten sich um 5 DM.

Nachbörse: knapp behauptet

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

DM-Anleihen

Ausland

New York

Amsterdam · Tokio · Zürich · Madrid · Paris · Mailand · Toronto · London · Hongkong · Sydney

Wien

	22. 8.	19. 8.
Creditanstalt-Bkv.Vz.	213	213
Gösser-Brauerei	324	324
Länderbank Vz.	210	210
Österr. Brau AG	281	281
Perlmooser	341	341
Reininghaus	370	370
Schwechater Br.	180	175
Semperit	107	–
Steyr-Daimler-P.	157	156
Universale Hoch-Tief	230	224
Veitscher Magnesit	208	212
Index	55,12	55,3

Kopenhagen

	22. 8.	19. 8.
Den Danske Bank	274,50	279
Jyske Bank	548,00	541
Kopenh. Handelsbk.	245,50	249
Novo Industri	2755	2800,88
Privatbanken	272,00	278,50
Ostasiat. Komp.	149,75	148,50
Dan. Sukkerfabr.	700,00	676
For. Bryggerier St.	1284,00	1250
Kgl. Porz. Fabr.	400,00	410

Brüssel

	22. 8.	19. 8.
Arbed	1290	1260
Brux. Lambert	2315	2300
Cockerill Ougrée	157	156
Ebes	2460	2450
Gevaert	2450	2450
Kreditbank	6330	6300
Petrofina	6000	5990
Soc. Gén. d. Belg.	1920	–
Sofina	4960	4940
Solvay	3150	3130
UCB	3890	3890
Index	133,25	133,09

Singapur

	22. 8.	19. 8.
Cycle + Car.	6,30	6,00
Cold Storage	5,85	5,60
Dev. Bk. of Sing.	9,90	9,75
Fraser + Neave	9,95	9,90
Kl. Kepong	3,00	3,20
Mal. Banking	9,40	9,40
Nat. Iron	6,80	7,20
OCBC	10,90	10,90
Sime Darby	2,52	2,47
Singapur Land	6,10	6,20
Un. Overs. Bank	5,30	5,30

Sydney

	22. 8.	19. 8.
Brok. Hill. Prop	11,65	11,50
Coles	3,08	3,05
CRA	5,94	5,94
CSR (Theiss)	4,18	4,17
Metals Expl.	0,81	0,81
MIM-Holdings	4,45	4,47
Myer Emporium	1,58	1,57
North Broken Hill	3,25	3,20
Oakbridge	1,45	1,45
Peko Wallsend	7,50	7,60
Poseidon	5,50	5,60
Thomas Nat. Tr.	2,06	2,04
Waltons	0,57	0,51
Western Mining	5,00	4,90
Woodside Petr	1,32	1,27
Index	690,5	–

Optionshandel 22. 8.

Kaufoptionen: AEG 4-70/12,60, 10-75/10,50, Siemens 10-370/5, 1-348,05/27,20, 1-380/20, VEBA 10-170/16, 10-180/8,70, 1-170/21, 1-160/14,85, 1-190/4, 1-200/8,20, 4-170/27,20, 4-190/11,40, 4-200/9, BASF 10-160/2,80, 1-155/14,50, 1-170/4,00, 4-150/27, 4-160/14,40, 4-170/9,35, Bayer 10-140/13,10, 10-150/6, 1-150/7,20, 1-170/4,50, 4-140/32, 4-170/7,40, Hoechst 10-140/18,50, 1-144,50/21, 1-150/15, 1-180/4,75, 4-170/10,40, BMW 10-390/8,60, 1-340/55, 1-430/15, 1-440/7,70, VW 10-180/44, 10-190/34, 10-210/21, 10-230/12, 1-180/48, 1-190/43, 1-230/19,50, 1-240/18,50, 1-250/11,15, 1-270/6,48, 4-220/52,25, 4-240/22, 4-250/20, 4-270/10, Conti 10-110/4, 1-110/7,90, 1-120/5,30, 4-130/4,60, 4-110/14, Commerzbank 10-190/2,30, 1-170/20,60, 1-180/12,90, 1-200/3,60, 4-170/25, 4210/9,10, Deutsche Bank 1-330/18, 1-350/9,40, 1-360/6,40, 1-370/4,60, 4-360/15, 4-370/11,85, Dresdner Bank 10-170/9,40, 10-180/6,50, 1-180/16, 1-190/8,80, 1-200/5,40, 4-190/15, 4-200/10,40, 4-220/5,60, Hoesch 10-50/2,50, 10-55/1,10, 1-60/2,30, 4-50/7,40, 4-60/3,80, 4-70/2,50, Mannesmann 10-144/5, 1-140/12,40, 1-150/9,90, 1-160/5, 1-180/2,90, 4-140/20, 4-150/14, 4-160/8,30, Preussag 4-280/18, Thyssen 1-70/7,90, 4-70/9,40, 4-75/7,40, Bay. Ver. Bank 4-380/15,20, Bewag 1-110/3, Daimler 1-600/35, Deutsche Babcock 10-170/6,40, 1-160/13,40, Degussa 1-390/10, GHH 1-150/7,85, Kali u. Salz 1-200/27, Mercedes 1-510/34, RWE 1-170/10,60, Schering 4-340/45, Varta 10-190/2,60, Chrysler 4-75/12, 4-80/10,40, 4-90/7,20, Xerox 1-120/10,60, Philips 4-50/4, Royal Dutch 1-120/21,10, 1-140/10, Elf 10-65/4,60, 1-55/16,80, 1-60/10, 1-65/6,90, 4-65/7,60, Norsk Hydro 10-200/118, 1-190/38, 1-200/24,90, 1-210/18, 4-190/40. **Verkaufsoptionen:** AEG 1-70/4,40, 4-70/5,40, Siemens 10-340/3, 4-340/7, Bayer 1-150/2,80, Hoechst 1-150/3,50, BMW 10-360/4,40, 10-380/8, 1-380/12, 4-360/9, VW 1-200/4, 1-210/5,50, 1-220/9,80, 1-230/13,80, 4-200/5, 4-230/18, Conti 4-110/77,50, Lufthansa 10-130/7,80, Deutsche Bank 1-320/12, Dresdner Bank 10-180/6,80, 1-180/9,40, Hoesch 4-50/5, Mannesmann 10-150/10, 1-150/10,50 Thyssen 10-70/2,40, BBC 1-210/13,40, Harpener 10-270/8, Karstadt 1-260/5, 4-260/7, Kaufhof 10-260/7,40, 1-260/8,20, 4-260/13,40, RWE 1-170/6,60, Alcan 1-90/3,90, Chrysler 10-70/2,40, IBM 10-220/6,90. 588 Optionen 31 900 (44 050) Aktien, davon 74 Verkaufsoptionen = 3900 Aktien.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 22. 8.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅝– 9⅞	4⅞–5⅛	4 –4⅛
3 Monate	10 –10⅛	5⅜–5⅝	4¼–4½
6 Monate	10⅛–10⅜	5½–5⅝	4½–4⅝
12 Monate	10⅝–10⅞	6 –6¼	4⅝–5

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 22. August folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1570,00	1915,30
10 US-Dollar (Indian)**)	1248,00	1463,76
5 US-Dollar (Liberty)	533,00	661,26
1 £ Sovereign alt	254,00	312,36
1 £ Sovereign Elizabeth II	260,00	307,50
20 belgische Franken	191,00	251,94
10 Rubel Tscherwonez	269,00	335,16
2 südafrikanische Rand	253,00	311,22
Krüger Rand, neu	1128,00	1328,10
Maple Leaf	1124,00	1328,96
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	280,00	330,60
20 schweiz. Franken „Vreneli"	215,00	273,60
20 franz. Franken „Napoléon"	211,00	269,04
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1042,00	1256,28
20 österr. Kronen (Neuprägung)	210,00	262,20
10 österr. Kronen (Neuprägung)	110,00	142,50
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	483,00	590,52
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	115,00	153,90

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

22. 8. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Ankfs.-Kurs4)	Sorten*) Ankauf	Sorten*) Verkauf
New York3)	2,6362	2,6442	2,6077	2,60	2,69
London1)	4,020	4,034	3,963	3,94	4,08
Dublin1)	3,149	3,163	3,092	3,11	3,25
Montreal3)	2,1398	2,1478	2,1215	2,10	2,19
Amsterd.	89,270	89,490	89,18	88,50	90,50
Zürich	122,940	123,140	123,04	121,75	124,50
Brüssel	4,980	5,000	4,943	4,86	5,08
Paris	33,160	33,320	32,48	32,25	34,25
Kopenh.	27,705	27,825	27,555	26,50	28,50
Oslo	35,625	35,755	35,025	34,75	36,50
Stockh.**)	33,780	33,940	33,36	32,75	34,50
Mailand2) **)	1,671	1,681	1,625	1,64	1,73
Wien	14,199	14,239	14,197	14,12	14,34
Madrid**)	1,760	1,770	1,656	1,72	1,84
Lissabon**)	2,160	2,180	2,06	1,94	2,74
Tokio	1,0835	1,0865	—	1,04	1,10
Helsinki	46,490	46,690	45,63	45,50	47,25
Buen. Air.	–	—	—	—	29,00
Rio	–	—	—	0,10	0,75
Athen*) **)	2,894	2,948	—	2,30	3,10
Frankf.	–	—	—	—	—
Sydney*)	2,3280	2,3470	—	2,28	2,37
Johannesbg.*)	2,3535	2,3725	—	2,05	2,30

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Die am Freitag in New York zu beobachtende Nervosität aufgrund von Befürchtungen, daß der letztwöchige Geldmengenausweis eine Revision erfahren würde, legte sich, als dies ausblieb und darüber hinaus die Geldmenge um 500 Mill. Dollar zurückging. Außerdem wurde am 22. 8. der Rückgang der Produktion der langlebigen Wirtschaftsgüter um 3,6 Prozent für Juli beachtet, so daß die Maximalkurse von 2,6630 dort Schlußkurse von 2,6420 wichen. Die Woche begann daraufhin mit nochmals nachgebenden Kursen bis 2,6220 im Fernen Osten ehe es zu einer Kurserholung in Europa bis 2,6420 kam. Die schwächeren Preise für Tagesgeld bei Eröffnung des New Yorker Marktes von 9¼–9¾ Prozent sorgte für einen Rückgang auf 2,6350 nach einer amtlichen Notiz von 2,6402. Die Mehrzahl der anderen amtlich notierten Währungen wies kleine Minus-Korrekturen gegenüber der D-Mark auf. Die größte Kursbewegung hatte der Japanische Yen mit einem Verlust von 4,1 Promille auf 1,0850. Dollar in: Amsterdam 2,9515; Brüssel 52,93; Paris 7,9440; Mailand 1575,55; Wien 1856,70; Zürich 2,1458; Pfund/DM 3,156; Pfund-Dollar 1,5253.

Ostmarkkurs am 22. 8. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Geldmengenentwicklung führte am 22. August zu einem Rückgang der Dollar-Zinssätze um ⅛ Prozentpunkte und geringeren Dollar-Deports.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,20/1,10	3,28/3,18	6,20/6,00
Pfund/Dollar	0,06/0,08	0,17/0,21	0,36/0,40
Pfund/DM	2,30/0,90	5,10/3,70	9,00/7,60
FF/DM	32/16	86/70	174/158

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 22. 8.: Tagesgeld 5,00–5,05 Prozent; Monatsgeld 5,3–5,4 Prozent; Dreimonatsgeld 5,5–5,65 Prozent.

Privatdiskontsätze am 22. 8.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 22. 8.: 4 Prozent; Lombardsatz 5 Prozent.

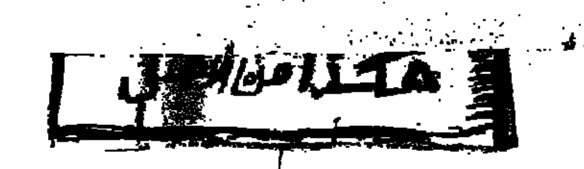
Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 20. Juli 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/10 (Typ A) 4,25 (4,25) – 6,50 (5,35) – 8,25 (6,25) – 9,00 (6,87) – 9,25 (7,27) – 9,75 (7,61). Ausgabe 1983/10 (Typ B) 4,25 (4,25) – 6,50 (5,37) – 8,25 (6,32) – 9,00 (6,98) – 9,25 (7,43) – 9,75 (7,82) – 9,75 (8,09) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 7,09. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,00, Rendite 8,00.

Wenige herausragende Änderungen – Plus vor allem im Handel und im Energiebereich – Starker Wechsel im Management

Deutschlands „große 500"

Zum 8. Mal veröffentlicht DIE WELT die „Liste der 500 größten Unternehmen" aus Industrie, Handel und Dienstleistung. Diese Liste, die ein Spiegelbild aller wirtschaftlichen Aktivitäten in der Bundesrepublik ist, dürfte in dieser wirtschaftlich schwierigen Zeit besondere Beachtung finden. In der Spitzengruppe der ersten 30, wieder angeführt von der Veba AG mit einem Umsatz von gut 50 Milliarden Mark, erscheinen diesmal auch BMW, Ford und Opel. In der Gesamtliste hat es, abgesehen von einigen Abweichungen von 50 Plätzen und mehr, kaum größere Verschiebungen gegeben. Von den verschiedenen Branchen haben vor allem die Energieversorgungsunternehmen und der Lebensmittelhandel an Umsatz zugelegt. Im Bereich der Industrie gab es zum erstenmal seit Jahren spürbare Rückgänge. Der Listenplatz 500, für den 1976 ein Umsatz von 351 Millionen Mark ausgewiesen wurde, *entspricht 1983 einem Umsatz* von 617 Millionen. Im Bereich der letzten 50 sind auch diesmal wieder eine Reihe neuer Firmen Mitglieder des „Clubs der 500" geworden, darunter das Düsseldorfer Maschinenbauunternehmen Jagenberg, eine Rheinmetall-Tochter, auf Platz 376 sowie Sharp Electronics, Hamburg, auf Rang 443. Gleichzeitig erscheinen aber auch einige langjährige Clubmitglieder nicht mehr, so die Firmen Korf, Kampffmeyer oder Wienerwald. Die nach wie vor nicht ausgewiesenen Umsätze von Aldi und anderen wurden auch diesmal nicht in die Liste aufgenommen. Im Managementbereich gab es 1982/83 zum Teil gravierende Veränderungen. In jedem zweiten Unternehmen wechselten Mitglieder des Aufsichtsrates und in jedem dritten Vorstände oder Geschäftsführer. Dieser Wechsel ist nicht verwunderlich, denn bei einer Untersuchung der Geburtsdaten von Vorständen und Geschäftsführern hatte die Redaktion im vorigen Jahr festgestellt, daß 70 Prozent aller in diesen Gesellschaften tätigen Manager über 50 Jahre alt sind. Die Liste der „Großen 500" umfaßt – geordnet nach ihren Umsätzen 1982 oder 1981/82 – alle Unternehmen aus den Bereichen Industrie, gekennzeichnet durch (I), Handel (H) und Dienstleistung (D), die selbständig bilanzieren.

			Firma	Branche	Umsatz 1982	Umsatz 1981
1	(1)	I	Veba AG, Düsseldorf	Energie/Chemie	50 533,0	49 428,0
2	(4)	I	Siemens AG, München	Elektrotechnik	40 106,0 W (9)	34 561,0
3	(3)	I	Daimler-Benz AG, Stuttgart	Auto	38 905,0 K	36 661,0
4	(2)	I	Volkswagenwerk, Wolfsburg	Auto	37 434,0	37 878,0
5	(5)	I	Hoechst, Frankfurt	Chemie	34 986,0 W	34 435,0
6	(6)	I	BASF, Ludwigshafen	Chemie	34 844,0 W	34 227,0
7	(7)	I	Bayer, Leverkusen	Chemie	34 834,0 W	34 742,0
8	(8)	I	Thyssen AG, Duisburg	Stahl	30 610,0 W (9)	28 167,0
9	(10)	I	RWE, Essen	Energie	22 993,0 W (6)	20 451,0
10	(9)	I	Veba-Oel, Gelsenkirchen (zu 1)	Mineralöl/Chemie	21 377,0 K	21 332,0
11	(12)	I	Deutsche Shell, Hamburg	Mineralöl	20 268,0	19 736,0
12	(13)	H	Stinnes, Mülheim (zu 1)	Handel	19 446,0 W	19 230,0
13	(11)	I	Deutsche BP, Hamburg	Mineralöl	19 043,5	20 155,6
14	(14)	I	Esso, Hamburg	Mineralöl	18 901,0	18 718,0
15	(16)	I	GHH-Gruppe, Oberhausen	Maschinenbau	18 693,0 K (6)	16 718,0
16	(15)	I	Ruhrkohle, Essen	Bergbau	17 595,0	18 220,0
17	(18)	I	Krupp GmbH, Essen	Stahl	16 720,0 W	14 838,0
18	(17)	I	Mannesmann, Düsseldorf	Röhren/Maschinenbau	16 469,0 W	15 429,0
19	(21)	H	Thyssen Handelsunion, Düsseldorf (zu 8)	Handel	15 400,0 W (9)	13 504,0
20	(23)	I	Bosch, Stuttgart	Elektrotechnik	13 812,5 W	12 950,0
21	(24)	D	Ruhrgas, Essen	Energievers.	13 643,1	12 339,9
22	(20)	H	Aral, Bochum (zu 10)	Mineralöl	13 441,0	13 532,0
23	(19)	I	AEG-Telefunken, Frankfurt	Elektrotechnik	13 257,0 W	14 837,0
24	(34)	I	Opel, Rüsselsheim	Auto	12 735,0	10 094,0
25	(28)	I	Mobil Oil, Hamburg	Mineralöl	11 800,0	11 006,3
26	(31)	I	Ford, Köln	Auto	11 723,7	10 544,4
27	(25)	I	Salzgitter AG	Stahl/Schiffbau	11 701,2 K	11 686,2
28	(38)	I	BMW, München	Auto	11 620,4 W	9 545,0
29	(32)	I	Preussag, Hannover	Metall/Energie	11 233,5 W	10 522,8
30	(26)	H	Karstadt, Essen	Warenhäuser	10 948,0 K	11 631,0
31	(37)	I	Viag, Berlin/Bonn	Energie	10 822,0 K	9 650,0
32	(27)	I	Metallgesellschaft, Frankfurt	Metallwirtschaft	10 646,0 W (9)	11 311,0
33	(22)	H	Raab Karcher, Essen (zu 1)	Handel	10 218,0[3])	12 994,0
34	(29)	I	Deutsche Texaco, Hamburg	Mineralöl	10 121,0	10 899,0
35	(35)	I	Wintershall, Kassel (zu 6)	Erdölförderung	9 955,0 K	10 003,0
36	(39)	H	Edeka Zentrale, Hamburg	Nahrungsmittel	9 770,0	9 520,0
37	(45)	H	Rewe-Zentrale, Köln	Nahrungsmittel	9 734,0	8 431,0
38	(33)	H	Klöckner & Co, Duisburg	Handel	9 723,0	10 141,0
39	(30)	H	Toepfer International, Hamburg	Getreide	9 653,0 (11)	10 709,0
40	(42)	I	MAN, Augsburg (zu 15)	Maschinenbau	9 622,0 W (6)	8 973,0
41	(44)	H	Coop AG, Frankfurt	Nahrungsmittel	9 574,7	8 458,0
42	(51)	H	Mabanaft-Gruppe, Hamburg	Mineralöl	9 363,0 W	7 576,0
43	(40)	I	Deutsche Unilever, Hamburg	Nahrungs-/Waschmittel	9 302,0 TK	9 299,0
44	(48)	I	IBM, Stuttgart	Büromaschinen	9 135,0	7 897,0
45	(43)	I	Flick Industrieverwaltung, Düsseldorf	Holding	9 029,0	8 630,0
46	(36)	I	Degussa, Frankfurt	Edelmetalle	8 887,0 W (9)	10 001,0
47	(41)	H	Schickedanz KG – Großversandh. Quelle –, Fürth	Versandhandel	8 729,0 (1)[1]) W	9 019,0
48	(54)	H	RHG Leibbrand, Rosbach v. d. H.	Handel	8 446,0[4])	6 960,0
49	(47)	I	Henkel-Gruppe, Düsseldorf	Chemie	8 158,0 W	7 948,0
50	(50)	H	Kaufhof, Köln	Warenhäuser	7 628,0	7 665,0
51	(53)	D	Deutsche Lufthansa, Köln	Luftverkehr	7 579,0	7 073,0
52	(49)	I	Holzmann, Frankfurt	Bauindustrie	7 501,0 B	7 674,0
53	(46)	I	Hoesch-Werke, Dortmund	Stahl	7 437,0[3])	7 960,0
54	(52)	H	Otto Versand, Hamburg	Versandhandel	7 400,0 K (2)[1])	7 218,0
55	(58)	I	Klöckner-Werke, Duisburg	Stahl	7 324,9 W (9)	6 285,8
56	(55)	D	Preussenelektra, Hannover (zu 1)	Energie	7 091,1 K	6 459,8
57	(57)	H	Haniel, Duisburg	Handel	6 895,0 W	6 324,0
58	(65)	H	Gedelfi-Gruppe, Köln	Handel	6 723,0 M	5 821,0
59	(59)	I	Reemtsma, Hamburg	Zigaretten	6 243,0 W	6 229,0
60	(63)	I	Saarbergwerke, Saarbrücken	Energie	6 165,1 K	5 856,8
61	(66)	I	Audi NSU, Ingolstadt (zu 4)	Auto	6 127,0	5 774,0
62	(67)	I	Allg. Deutsche Philips, Hamburg	Elektrotechnik	6 065,0 (4)[4])	5 662,0
63	(69)	I	Bertelsmann, Gütersloh	Verlag	6 036,0 W (6)	5 588,0
64	(62)	I	KHD, Köln	Maschinenbau	5 956,0 W	5 861,0
65	(80)	I	Agfa-Gevaert-Gruppe, Leverkusen (zu 7)	Fototechnik	5 887,1 W	5 017,3
66	(64)	H	BayWa, München	Handel	5 859,3	5 823,6
67	(60)	I	Krupp Stahl AG, Bochum (zu 17)	Stahl	5 766,0	6 071,0
68	(61)	I	Chemische Werke Hüls, Marl	Chemie	5 691,7 K	5 977,7
69	(56)	D	Neue Heimat, Hamburg	Wohnungsbau	5 684,0[5])	6 414,0
70	(83)	I	MBB, München	Luft-/Raumfahrt	5 678,0	4 850,1
71	(72)	H	C & A, Düsseldorf	Warenhäuser	5 519,2	5 536,2
72	(78)	I/H	Interversa, Hamburg	Beteiligungsverwaltung	5 509,0	5 194,0
73	(70)	H	Hertie-Gruppe, Frankfurt/Berlin	Warenhäuser	5 507,0	5 546,0
74	(77)	D	Schenker, Berlin/Frankfurt	Spedition	5 504,0 W	5 264,0
75	(75)	I	Mannesmann-Röhrenwerke, Düsseldorf (zu 18)	Röhren	5 440,0 W	5 401,0
76	(79)	I	Babcock, Oberhausen	Maschinenbau	5 406,0 (9)	5 024,0
77	(73)	I	Thyssen Industrie, Essen (zu 8)	Investitionsgüter	5 405,0 W (9)	5 444,0
78	(81)	I	Agiv, Frankfurt	Holding	5 365,0	4 917,0
79	(82)	I	VEW, Dortmund	Energie	5 314,0	4 915,0
80	(76)	I	Panavia Aircraft, München	Flugzeugbau	5 271,2	5 320,5
81	(74)	I	Union Rheinische Braunkohlen Kraftstoff AG, Wesseling (zu 118)	Öl/Chemie	5 066,0	5 443,0
82	(68)	H	Mannesmann-Handel, Düsseldorf (zu 18)	Handel	4 877,0 W	5 640,0
83	(152)	I	Kraftwerk Union, Mülheim (zu 2)	Kraftwerke	4 800,0 W (9)	2 300,0
84	(84)	I	BBC, Mannheim	Elektrotechnik	4 757,0 W	4 716,0
85	(71)	I	Hochtief, Essen	Bauindustrie	4 648,0 B	5 544,0
86	(89)	H	Schaper, Hannover	Nahrungsmittel	4 409,0*K (9)	3 868,0
87	(93)	I	Bilfinger + Berger, Mannheim	Bauindustrie	4 399,0 B	3 727,9
88	(87)	I	BAT, Hamburg	Zigaretten	4 377,0	4 182,0
89	(86)	D	Hapag-Lloyd, Hamburg/Bremen	Reederei	4 332,5	4 358,8
90	(90)	I	SEL, Stuttgart	Elektrotechnik	4 153,0	3 821,0
91	(96)	H	Ferrostaal, Essen (zu 15)	Handel	4 119,0 (6)	3 492,0
92	(118)	D	Bayernwerk, München	Energievers.	4 109,0 (9)	2 849,0
93	(88)	D	Kühne & Nagel-Gruppe, Bremen/Hamburg	Spedition	4 102,0 W	4 081,0
94	(91)	H	Selex, Offenburg	Nahrungsmittel	4 100,0 M	3 803,0
95	(109)	H	Karl O. Helm, Hamburg	Chemikalien	4 007,0 W	3 124,0
96	(98)	H	Ruhrkohle Handel, Essen (zu 16)	Handel	3 922,0 W	3 454,0
97	(92)	H	Conoco, Hamburg	Mineralöl	3 572,0	3 789,0
98	(99)	I	Boehringer, Ingelheim	Chemie	3 515,0 W	3 360,0
99	(100)	H	Schering-Gruppe, Berlin	Chemie	3 511,0 K	3 350,0
100	(95)	I	IFA, Osnabrück	Handel	3 500,0 M	3 500,0
101	(94)	H	Otto Wolff, Köln	Eisenindustrie	3 457,0 K	3 639,0
102	(114)	H	Alfred Massa, Alzey	SB-Warenhäuser	3 410,0 W	3 045,0
103	(101)	I	PWA, Raubling	Papier	3 321,0 W	3 335,0
104	(117)	I	Mannesmann Demag, Duisburg (zu 18)	Maschinenbau	3 259,0 W	2 930,0
105	(104)	I	VAW, Bonn (zu 31)	Aluminium	3 257,0	3 186,0
106	(102)	I	Continental Gummiwerke, Hannover	Gummi	3 248,8 W	3 229,0
107	(97)	I	ELF Mineralöl, Düsseldorf	Mineralöl	3 229,8	3 479,2
108	(103)	I	Oetker-Gruppe, Bielefeld	Nahrungsmittel	3 220,7	3 207,8
109	(108)	I	Deutsche Nestlé-Gruppe, Frankfurt	Nahrungsmittel	3 208,9	3 124,9
110	(111)	H	Wilhelm Werhahn, Neuss	Handel	3 206,0	3 697,0
111	(112)	H	Centralgenossenschaft für Viehverwertung, Hannover	Vieh/Fleisch	3 175,0 K	3 092,0
112	(106)	H	Salzgitter Stahl, Düsseldorf (zu 127)	Stahlhandel	3 175,0 W	3 179,0
113	(119)	I/H	Agip, München	Mineralöl	3 172,0	2 779,0
114	(105)	I	Dynamit Nobel, Troisdorf (zu 45)	Chemie	3 164,0 W	3 183,0
115	(110)	I	Rütgerswerke Frankfurt	Feuerfest	3 109,0 K	3 118,0
116	(85)	H	Avia München	Mineralöl	3 078,0	4 581,0
117	(107)	I	Linde, Wiesbaden	Anlagenbau	3 046,0 W	3 125,0
118	(125)	I	Rheinische Braunkohlenwerke, Köln (zu 9)	Braunkohlenbergbau	3 034,0	2 653,0
119	(122)	H	Plus, Mülheim (Ruhr) (zu 137)	Nahrungsmittel	3 021,3 (6)	2 755,2
120	(143)	I	Heraeus, Hanau	NE-Metalle	3 018,0 W	2 406,0
121	(127)	I	Strabag-Bau, Köln	Bauindustrie	2 938,0 B	2 628,0
122	(123)	H	Allkauf-Gruppe, Mönchengladbach	SB-Warenhaus	2 922,0*K	2 718,0
123	(120)	I	Grundig, Fürth	Elektrotechnik	2 863,0 W (3)	2 768,0
124	(116)	I	Arbed Saarstahl, Völklingen	Eisen/Stahl	2 850,0 W	2 960,0
125	(131)	I	Coca-Cola, Essen	Getränke	2 850,0 G	2 600,0
126	(132)	I	ZF Friedrichshafen	Antriebstechnik	2 849,0 W	2 590,0
127	(124)	I	Stahlwerke Peine-Salzgitter (zu 27)	Eisen/Stahl	2 798,0 (9)	2 685,0
128	(115)	I	Deutsche Solvay-Gruppe, Solingen	Chemie/Bergbau	2 774,0 K	3 042,0
129	(135)	I	Carl-Zeiss-Stiftung, Oberkochen	Feinmechanik	2 736,4 W (9)	2 543,3
130	(126)	I	Bosch-Siemens-Hausgeräte, München	Elektrotechnik	2 724,8	2 639,4
131	(128)	I	ITT Gesellschaft für Beteiligungen, Frankfurt	Holding	2 710,9	2 620,0
132	(121)	I	Brinkmann, Bremen	Tabak	2 703,7 (3)	2 764,4
133	(157)	H	Coutinho, Caro & Co Firmengruppe, Hamburg	Eisen/Stahl	2 687,0 W	2 201,0
134	(153)	I	Kabelmetal, Osnabrück (zu 15)	Kabel	2 637,0 W (6)	2 290,0
135	(130)	I	PolyGram, Hamburg	Musik	2 609,0	2 612,0
136	(137)	H	Tania, Hamburg	Nahrungsmittel	2 600,0	2 500,0
137	(150)	H	Tengelmann, Mülheim	Nahrungsmittel	2 589,4 (6)	2 345,1
138	(133)	I	Feldmühle, Düsseldorf (zu 45)	Papier	2 568,0 W	2 556,0
139	(159)	I	Liebherr-Holding, Biberach	Maschinenbau	2 565,0 W	2 159,0
140	(162)	D	NWK, Hamburg (zu 56)	Energievers.	2 557,0 (9)	2 144,0
141	(139)	I	Philip Morris, München	Tabak	2 539,0	2 479,1
142	(144)	I	IBH-Holding, Mainz	Maschinenbau	2 514,0	2 403,0
143	(138)	I	Thyssen Edelstahlwerke, Krefeld (zu 8)	Edelstahl	2 506,0 (9)	2 499,0
144	(134)	H	Für Sie, Köln	SB-Handel	2 500,0 M	2 554,0
145	(136)	H	Horten, Düsseldorf	Warenhäuser	2 498,5	2 522,3
146	(147)	I	E. Merck, Darmstadt	Chemie/Pharma	2 493,4 W	2 380,4
147	(113)	I	Steag, Essen, (zu 16)	Energie	2 456,0 [5])	3 051,0
148	(148)	I	Freudenberg, Weinheim	Gummi/Kunststoff	2 451,0 W (6)	2 359,0
149	(156)	H	Kaiser's Kaffee, Viersen	Nahrungsmittel	2 440,0 (6)	2 221,0
150	(151)	H	TUI, Hannover	Touristik	2 438,0 (10)	2 334,0
151	(142)	I	FAG, Schweinfurt	Metallverarb.	2 416,0 W	2 460,0
152	(146)	I	Iveco-Magirus, Ulm	Fahrzeugbau	2 415,0	2 384,0
153	(164)	I	EC Erdölchemie, Köln	Petrochemie	2 413,0 (3)	2 095,0
154	(141)	I	Rheinmetall, Berlin/Düsseldorf	Maschinenbau	2 411,0 K	2 461,0
155	(149)	I	Chevron Erdöl Deutschland, Frankfurt	Mineralöl	2 356,0	2 350,0
156	(169)	D	Stadtwerke München	Energievers.	2 337,0	2 062,0
157	(154)	I	Enka, Wuppertal	Chemiefasern	2 309,5	2 287,7
158	(161)	D	Contigas, Düsseldorf	Energievers.	2 309,0 K	2 150,0
159	(183)	I	Nixdorf Computer Paderborn	Datenverarb.	2 287,0 W	1 934,0
160	(165)	I	Springer Verlag, Berlin	Verlag	2 262,0 W	2 094,0
161	(170)	D	HEW, Hamburg	Energievers.	2 260,0	2 058,0
162	(174)	D	Energieversorgung Schwaben, Stuttgart	Energievers.	2 256,1	2 045,6
163	(184)	H	Südfleisch, München	Schlachtung	2 246,0	1 928,0
164	(166)	H	Possehl-Gruppe, Lübeck	Handel	2 231,0	2 066,0
165	(160)	H	Raiffeisen-Haupt-Genossenschaft, Hannover	Agrarhandel	2 212,0	2 155,0
166	(145)	I	Esso-Chemie, Köln (zu 14)	Chemie	2 183,9	2 386,2
167	(175)	I	Beiersdorf, Hamburg	Chemie	2 171,0 W	2 043,0
168	(189)	I	MTU, München	Luft/Raumfahrt	2 136,0 K	1 845,2
169	(163)	I	Michelin, Karlsruhe	Chemie/Gummi	2 130,6	2 135,2
170	(168)	I	Dyckerhoff & Widmann, München	Bauindustrie	2 113,0 B	2 062,0
171	(173)	D	Badenwerk, Karlsruhe	Energievers.	2 108,0	2 047,0
172	(155)	H	Deutsche Raiffeisen-Warenzentrale, Frankfurt	Handel	2 095,0 (6)	2 221,0
173	(177)	D	DER, Frankfurt	Touristik	2 083,4 W	1 997,5
174	(140)	I	Norddeutsche Affinerie, Hamburg	NE-Metallhütte	2 081,0 (9)	2 471,0
175	(167)	H	Andreae-Noris Zahn, Frankfurt	Pharmazie	2 075,1	2 062,1
176	(176)	I	Veba Kraftwerke Ruhr, Gelsenkirchen (zu 1)	Energie	2 063,0	2 008,0
177	(179)	H	Deutsche SB-Kauf, Bochum	Nahrungsmittel	2 052,0	1 966,0
178	(245)	H	Deutscher Supermarkt, Düsseldorf	Nahrungsmittel	2 044,2 W	1 378,4
179	(172)	I	AG Dillinger Hütte	Stahl	2 008,8	2 048,9
180	(188)	I	Deutsche ICI, Frankfurt	Chemie	2 006,0 W	1 873,0
181	(186)	I	Du Pont de Nemours, Düseldorf	Chemie	2 000,0	1 922,0
182	(178)	I	Wacker-Chemie, München	Chemie	1 996,0 W	1 974,0
183	(171)	I	Rheinische Olefinwerke, Wesseling (zu 6)	Petrochemie	1 992,0 W	2 049,0
184	(204)	H	W. & O. Bergmann, Düsseldorf	Metalle	1 991,0	1 655,0
185	(129)	I	Lurgi-Gesellschaften, Frankfurt (zu 32)	Anlagenbau	1 989,0 W (9)	2 618,0
186	(181)	I	Fichtel & Sachs-Gruppe, München	Fahrzeugteile	1 984,7 W	1 951,0
187	(194)	H	Wintershall Mineralöl, Düsseldorf (zu 35)	Mineralöl	1 970,1[6])	1 746,2
188	(180)	I	Triumph-Adler-Gruppe, Nürnberg (zu 4)	Büro-/Datentechnik	1 964,0 K	1 954,0
189	(240)	H	Raiffeisen Viehzentrale, Hamburg	Vieh/Fleisch	1 950,0 G	1 409,0
190	(185)	H	abz, Essen	Bekleidung	1 935,0 M	1 927,0
191	(195)	H	Deutsche Fina, Frankfurt	Mineralöl	1 933,0 W	1 745,2
192	(221)	I	Philips Kommunikations Industrie AG (vorm. Felten & Guilleaume, Köln), Nürnberg (zu 62)	Elektrotechnik	1 928,0 W [5])	1 508,0
193	(182)	I	Eschweiler Bergwerksverein, Herzogenrath	Steinkohlenbergbau	1 919,0	1 943,0
194	(187)	H	Lekkerland, Frechen	Handel	1 914,9 W	1 912,8
195	(208)	D	Bewag, Berlin	Energievers.	1 903,0 (6)	1 629,0
196	(192)	H	Landwirtschaftliche Fleischzentrale, Hannover (zu 111)	Fleisch	1 881,6	1 760,9
197	(205)	D	EWE, Oldenburg	Energievers.	1 876,4	1 651,8
198	(190)	H	Nürnberger Bund, Essen	Einkaufsgen.	1 868,0	1 845,0
199	(158)	H	Deutsche Total, Düsseldorf	Mineralöl	1 853,3 W	2 199,4
200	(199)	I	VDO Schindling, Frankfurt	Autozubehör	1 852,1 W	1 701,0
201	(218)	H	Bernhard Rothfos, Hamburg	Kaffee	1 823,6	1 529,6
202	(203)	D	Thyssengas, Duisburg	Ferngas	1 822,9	1 660,1
203	(207)	I	OMW, Karlsruhe	Mineralöl	1 812,1 W	1 632,3
204	(213)	I	Diehl, Nürnberg	Metall/Halbz.	1 797,0 W	1 590,0
205	(211)	I	Reynolds Tobacco, Köln	Zigaretten	1 787,0	1 604,0
206	(198)	I	Tchibo, Hamburg	Kaffee/Tee	1 767,0 W	1 703,5
207	(191)	I	Benteler-Gruppe, Paderborn	Stahlverarb.	1 754,0 K	1 781,0
208	(197)	H	Woolworth, Frankfurt	Warenhäuser	1 746,5	1 720,7
209	(193)	H	Europa Möbel, Bonn	Möbelhandel	1 720,0 M	1 770,0
210	(202)	I	Melitta-Gruppe, Minden	Haushaltsart.	1 720,0 W	1 686,0
211	(275)	D	Gasversorgung Süddeutschland, Stuttgart	Energievers.	1 698,8 (9)	1 237,0
212	(212)	I	Telefonbau- u. Normalzeit, Frankfurt	Elektrotechnik	1 689,0 W	1 604,0
213	(308)	H	Deutsches Milchkontor, Hamburg	Milchprodukte	1 687,3 W	1 123,9
214	(200)	H	Regent-Möbel Gelsenkirchen	Handel	1 670,0 M	1 700,0
215	(225)	D	Erdgas-Verkaufs-Gesellschaft, Münster	Energievers.	1 669,6	1 484,0
216	(206)	I	Monheim, Aachen	Schokoladen	1 661,0 W	1 650,0
217	(196)	I	Deutsche Marathon Petroleum, München	Mineralöl	1 656,0	1 730,0
218	(230)	D	Rhenag, Köln (zu 9)	Energievers.	1 654,0	1 458,0
219	(215)	I	Miele & Cie, Gütersloh	Elektrotechnik	1 645,0 W (6)	1 569,0
220	(201)	H	Arko, Saarbrücken	Handel	1 638,0 W	1 698,0
221	(226)	H	Raiffeisen Hauptgenossenschaft, Kiel	Agrarhandel	1 619,0 W	1 483,0
222	(220)	I	Süddeutsche Zucker, Mannheim	Zucker	1 618,0 (2)[1])	1 515,0
223	(209)	I	Varta, Bad Homburg	Elektrotechnik	1 615,2 W	1 627,9
224	(217)	I	Uni-Cardan, Lohmar	Gelenkwellenbau	1 615,0 TK	1 481,0
225	(216)	I	Messer-Griesheim, Frankfurt (zu 5)	Maschinenbau Chemie	1 602,0 W	1 568,0
226	(285)	I	Procter & Gamble, Schwalbach	Reinigungs-/Waschmittel	1 581,6 (6)	1 205,4
227	(277)	I	Dornier, Friedrichshafen	Luft-/Raumfahrt	1 574,0	1 230,0
228	(219)	H	Kaufring, Düsseldorf	Einkaufsgen.	1 571,0	1 524,0
229	(242)	H	Coop, Dortmund	Nahrungsmittel	1 543,0	1 401,0
230	(239)	I	Teves, Frankfurt (zu 131)	Maschinenbau	1 536,0 W	1 413,0
231	(236)	D	Stuttgarter Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft	Energievers.	1 530,1	1 424,4
232	(312)	I	Braunschweigische Kohlenbergwerke, Helmstedt	Bergbau/Energie	1 523,1	1 114,7
233	(234)	I	Schmalbach-Lubeca, Braunschweig	Verpackungen	1 517,7 TK	1 439,3
234	(244)	I	Knorr-Bremse, München	Maschinenbau	1 512,0 W	1 379,0
235	(224)	I	Rasselstein, Neuwied	Stahl	1 505,0 (9)	1 485,0
236	(259)	H/D	Gewerkschaft Brigitta, Hannover	Erdöl/Erdgas	1 504,5	1 308,2
237	(241)	I	Wella, Darmstadt	Kosmetik	1 503,0 W	1 402,0
238	(300)	H	Rewe, Dortmund	Nahrungsmittel	1 502,0	1 153,0
239	(233)	H	Scipo, Bremen	Handel	1 500,0	1 441,6
240	(237)	I	Osram, München (zu 2)	Elektrotechnik	1 499,0 W (9)	1 424,0
241	(297)	I	Porsche, Stuttgart	Auto	1 488,0 W (7)	1 165,0
242	(252)	H	Lidl & Schwarz, Neckarsulm	Nahrungsmittel	1 485,0	1 339,0
243	(273)	I	Blohm + Voss, Hamburg (zu 8)	Schiffbau	1 473,0	1 244,0
244	(238)	I	BASF Farben + Fasern, Hamburg (zu 6)	Chemie	1 472,0 W	1 414,0
245	(264)	D	Schleswag, Rendsburg (zu 56)	Energievers.	1 467,3	1 293,0
246	(232)	I	Vereinigte Papierwerke, Nürnberg	Papier	1 465,1*W(1)[1])	1 447,3
247	(250)	H	Westfleisch, Münster	Vieh/Fleisch	1 465,0	1 343,0
248	(251)	I	Blaupunkt, Hildesheim (zu 20)	Elektrotechnik	1 461,5	1 340,6
249	(257)	D	Stadtwerke Köln	Energievers.	1 460,5	1 310,7
250	(258)	I	Alcan Aluminiumwerke, Frankfurt	Aluminium	1 458,0 TK	1 310,0
251	(235)	H	Nordwest Eisen- und Metallwaren, Hagen	Eisenwaren	1 457,0	1 436,0
252	(228)	I	Buderus AG, Wetzlar (zu 45)	Gießerei	1 456,8	1 471,2
253	(261)	I/H	Transit Mineraloel Handelsgesellschaft, Baltmannsweiler	Mineralöl	1 450,0 K	1 302,0
254	(231)	H	Neckermann, Frankfurt (zu 30)	Versandhandel	1 440,0	1 456,0
255	(243)	H	WLZ-Raiffeisen, Stuttgart	Handel	1 439,2	1 382,4
256	(332)	D	Energieversorgung Ostbayern, Regensburg	Energievers.	1 434,5 (9)	1 055,8
257	(256)	H	Ferd. Schulze, Mannheim	Arzneimittel	1 423,1	1 312,1
258	(249)	D	Rhenus-WTAG, Dortmund (zu 12)	Spedition	1 418,0	1 355,0



	Firma	Branche	Umsatz 1982	Umsatz 1981
259 (262) H	Weltfunk, Mainz	Unterhaltungs-elektronik	1 410,0 M	1 300,0
260 (217) H	Hoesch Export, Dortmund (zu 53)	Handel	1 400,0	1 540,0
261 (253) H	Mahag-Gruppe, München	Kfz-Handel	1 379,8 W	1 331,5
262 (255) H	Deutscher Kraftverkehr Ernst Grimmke, Düsseldorf	Mineralöl	1 379,0	1 323,0
263 (229) I	SKF Kugellager, Schweinfurt	Maschinenbau	1 375,0 TK	1 461,0
264 (269) H	Westf. Centralgenossenschaft, Münster	Agrarhandel	1 374,0	1 275,0
265 (313) I	Züblin, Stuttgart	Bauindustrie	1 368,0 B	1 113,0
266 (210) H	Trade Arbed, Köln	Walzstahl	1 355,0	1 624,0
267 (222) I	Kali und Salz, Kassel (zu 6)	Kali/Streusalz	1 349,0	1 502,0
268 (223) I	Kali-Chemie, Hannover (zu 128)	Chemie	1 339,8 W	1 489,0
269 (316) I	Heilit + Woerner, München	Bauindustrie	1 339,0 B	1 097,0
270 (351) H	Unternehmenskreis Deutsche Babcock Handel, Oberhausen (zu 76)	Walzstahl	1 327,9 (9)	981,0
271 (246) I	Bahlsen, Hannover	Nahrungsmittel	1 325,0 W	1 374,0
272 (330) I	Bayerngas, München	Leitungsbau	1 324,6	1 056,8
273 (298) H	Mitsui & Co Europe, Düsseldorf	Ex-/Import	1 318,0 (3)	1 160,0
274 (267) I	Allgäuer Alpenmilch-Gruppe, München (zu 109)	Nahrungsmittel	1 302,5 TK	1 281,6
275 (282) I	Röhm, Darmstadt	Chemie	1 298,0 W	1 216,0
276 (266) I	Badische Tabakmanufaktur Roth-Händle, Lahr (zu 59)	Tabak	1 295,3	1 287,2
277 (280) I	Schott Glaswerke, Mainz (zu 129)	Glas	1 292,0 W (9)	1 220,0
278 (271) I	Gruner + Jahr, Hamburg (zu 63)	Verlag	1 290,0 (6)	1 255,9
279 (295) D	Saar-Ferngas, Saarbrücken (zu 60)	Energievers.	1 290,0	1 173,0
280 (307) I	Dow Chemical, Stade	Chemie	1 289,7	1 124,0
281 (274) H	Edeka Minden/Hannover	Nahrungsmittel	1 284,5	1 240,9
282 (371) I	Krauss-Maffei, München (zu 252)	Maschinenbau	1 279,0	905,0
283 (263) I	Grünzweig + Hartmann, Ludwigshafen	Dämmstoffe	1 278,0 K	1 297,0
284 (247) H	Rheinbraun Verkaufsgesellschaft, Köln (zu 118)	Handel	1 278,0 W (6)	1 369,0
285 (303) D	GEW, Köln (zu 249)	Energievers.	1 273,0	1 133,0
286 (319) I	Hewlett-Packard, Böblingen	Elektrotechnik	1 273,0 (10)	1 088,0
287 (294) I	Molkerei-Zentrale Süd, Nürnberg	Nahrungsmittel	1 268,0 W	1 175,0
288 (292) I	„Nordsee", Bremerhaven (zu 43)	Fisch	1 268,0 K	1 176,0
289 (301) D	Technische Werke der Stadt Stuttgart (zu 231)	Energievers.	1 267,0	1 150,0
290 (260) I	Boehringer Mannheim	Chemie	1 264,1 W	1 305,4
291 (325) I	Krupp MaK Maschinenbau, Kiel (zu 17)	Dieselmotoren	1 262,0	1 070,0
292 (278) I	Altana, Bad Homburg	Pharma	1 258,8 W	1 224,8
293 (291) I	Wieland-Werke, Ulm	NE-Halbzeug	1 253,0 K (9)	1 178,0
294 (280) I	Eduscho, Bremen	Kaffee/Tee	1 250,0 G	1 200,0
295 (248) H	Carl Spaeter, Düsseldorf	Handel	1 248,0	1 361,8
296 (281) I	Bergmann Elektricitäts-Werke, Berlin	Elektro-industrie	1 239,0	1 218,0
297 (349) D	Isar-Amperwerke, München	Energievers.	1 238,8 (6)	984,4
298 (289) I	Maizena, Hamburg	Nahrungsmittel	1 233,4 (9)	1 184,6
299 (254) I	Villeroy & Boch, Mettlach	Feinkeramik	1 224,4 W	1 326,4
300 (302) I	Hag GF, Bremen	Kaffee/Tee	1 223,0 K	1 142,0
301 (293) I	Holtzbrinck-Gruppe, Stuttgart	Verlag	1 223,0 W (6)	1 175,0
302 (306) I	Heitkamp, Herne	Bauindustrie	1 220,0 B	1 126,0
303 (309) D	Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft Hannover	Energievers.	1 208,3	1 122,1
304 (284) I	VAW Leichtmetall, Bonn (zu 105)	Aluminium	1 208,0	1 209,0
305 (276) I	Mannesmann Rexroth, Lohr (zu 18)	Hydraulik	1 207,0 W	1 231,0
306 (268) I	Voith-Gruppe, Heidenheim	Maschinenbau	1 205,0 W (9)	1 280,0
307 (305) I	Kraft, Lindenberg	Nahrungsmittel	1 200,0	1 128,0
308 (304) I	DUB, Dortmund	Getränke	1 186,0	1 128,0
309 (355) I	PWH-Gruppe, Köln	Anlagenbau	1 179,6 W	960,9
310 (317) I	Mannesmann Anlagenbau, Düsseldorf (zu 18)	Anlagenbau	1 170,0 W	1 096,0
311 (299) I	C. Deilmann, Bentheim	Energie	1 160,4 K	1 158,9
312 (279) I	Mahle-Konzern, Stuttgart	Kfz-Zubehör	1 160,0 K	1 220,0
313 (214) H	Deutsche Conti-Handelsgesellschaft, Hamburg	Handel	1 154,0 W	1 570,0
314 (318) I	Carl Freudenberg, Weinheim (zu 148)	Gummi/Kunststoff	1 150,0	1 088,0
315 (287) D	NUR Touristik, Frankfurt (zu 30)	Touristik	1 150,0 (10)	1 199,0
316 (327) D	Hastra, Hannover (zu 56)	Energievers.	1 146,5	1 065,0
317 (331) H	Einkaufsbüro Deutscher Eisenwarenhändler, Wuppertal	Eisenwaren	1 141,0*	1 056,0
318 (374) I	Wayss & Freytag, Frankfurt (zu 78)	Bauindustrie	1 138,0 B	890,0
319 (265) H	Deutsche Renault, Brühl	Kfz-Import	1 137,0	1 291,0
320 (336) D	EAM, Kassel	Energievers.	1 131,4	1 032,7
321 (270) I	O & K, Dortmund	Maschinenbau	1 130,0 W	1 267,0
322 (369) H/D	BEB, Hannover	Erdöl/Erdgas	1 129,5	913,7
323 (340) H	Mitsubishi International, Düsseldorf	Handel	1 129,2 (3)	1 019,6
324 (357) I	Maximilianshütte, Sulzbach-Rosenberg (zu 55)	Eisen/Stahl	1 123,0 W (9)	955,0
325 (288) D	Hamburg-Süd	Reederei	1 118,0 W	1 194,0
326 (321) I	Triumph-International-Gruppe, München	Textil	1 118,0 W	1 078,0
327 (310) I	Olympia, Wilhelmshaven (zu 23)	Büromaschinen	1 114,0 W	1 121,0
328 (283) H	Eisen u. Metall, Gelsenkirchen	Stahl/Schrott NE-Metalle	1 112,6	1 212,0
329 (353) H	AVA, Bielefeld	Warenhäuser	1 104,0	971,0
330 (343) D	Stadtwerke Hannover	Energievers.	1 081,0	998,0
331 (322) I	AEG-Telefunken Kabelwerke, Rheydt (zu 23)	Kabel	1 072,0 K	1 075,0
332 (315) H	Bayerische Lagerversorgung, München	Handel	1 070,0	1 097,5
333 (326) H	Fiat Automobile AG, Heilbronn	Kfz-Import	1 065,0	1 068,0
334 (359) H	Interfunk, Ditzingen	Elektrotechnik	1 064,0 M (3)	952,0
335 (320) H	Ratio-Gruppe, Münster	SB-Handel	1 060,3	1 078,0
336 (399) H	Hussel-Holding, Hagen	Handel	1 058,0 W	815,0
337 (347) I	Saarland Raffinerie, Völklingen (zu 60)	Mineralöl	1 057,0 W	991,0
338 (328) D	Städt. Werke Nürnberg	Energievers.	1 057,0	1 059,0
339 (324) I	Sigri Elektrographit, Meitingen	Graphit	1 055,6	1 070,5
340 (329) I	Vorwerk, Wuppertal	Elektrotechnik	1 049,0 W	1 057,0
341 (337) I	Heidelberger Druckmaschinen (zu 9)	Maschinenbau	1 047,0	1 030,0
342 (314) H	Fried. Baur, Burgkunstadt	Versandhandel	1 039,0 W	1 103,0
343 (290) I	SKW Trostberg	Chemie	1 038,8 W	1 181,7
344 (341) I	Readymix, Ratingen	Bauzulieferer	1 038,0	1 018,6
345 (323) H	Deminex, Essen (zu 10)	Erdöl/Erdgas	1 028,3	1 071,2
346 (352) H	„Coloniale", München	Nahrungsmittel	1 027,3 M	975,0
347 (346) H	Raiffeisen Hauptgenossenschaft, Frankfurt	Agrarhandel	1 027,0	994,0
348 (362) D	Stadtwerke Düsseldorf	Energievers.	1 026,8	928,2
349 (381) D	MVV, Mannheim	Energievers.	1 023,0 (9)	872,0
350 (339) H	Koch & Sohn, Langenfeld	Nahrungsmittel	1 020,0	1 020,0
351 (366) I	Schmolz & Bickenbach, Düsseldorf	Stahl	1 020,0 W	920,0
352 (272) I	Howaldtwerke, Kiel/Hamburg (zu 27)	Schiffbau	1 007,0 W (9)	1 250,0
353 (370) D	Neckarwerke Elektrizitätsversorgung, Esslingen	Energievers.	1 006,0	918,0
354 (363) D	Stadtwerke Bremen	Energievers.	1 004,0	922,0
355 (342) I	Haindl Papier, Augsburg	Papier	1 003,0	999,0
356 (344) I	Eckes, Nieder-Olm	Getränke	999,0 W	997,0
357 (354) I	Salamander, Kornwestheim	Schuhe/Leder	991,8 K	969,1
358 (380) D	Hamburger Gaswerke	Energievers.	987,0	873,0
359 (373) D	Westfälische Ferngas, Dortmund	Energievers.	986,0	891,0
360 (348) I	Braun, Kronberg	Elektrotechnik	984,0 W (9)	989,0
361 (356) I	Herberts, Wuppertal (zu 5)	Chemie	977,2 W	956,0
362 (334) I	Vereinigte Glaswerke, Aachen	Glas	971,8 K	1 036,9
363 (311) I	Ruhrchemie, Oberhausen (zu 5)	Chemie	971,4	1 116,3
364 (378) H	Globus Handelshof-Gruppe, St. Wendel	SB-Warenhäuser	965,0* (6)	878,0
365 (492) I	Wegmann & Co., Kassel	Waggonbau Wehrtechnik	952,4	599,8
366 (365) I	Behringwerke, Marburg (zu 5)	Pharma	950,0 W	920,0
367 (391) I	Westfälische Metall Industrie KG Hueck, Lippstadt	Kfz-Elektrik	945,2 (5)	837,9
368 (382) I	Ciba-Geigy, Wehr	Chemie	935,3	870,3
369 (372) H	Nord-West-Ring, Frankfurt	Schuh-Einkaufs-Genossenschaft	933,0 M	897,0
370 (338) I	Didier, Wiesbaden	Anlagenbau	931,0 W	1 029,0
371 (385) H	Gehe AG, Stuttgart (zu 57)	Handel	929,0	864,0
372 (389) I	Dyckerhoff Zementwerke, Wiesbaden	Zement	921,9	848,4
373 (379) I	Karl Schmidt, Neckarsulm (zu 32)	Kfz-Zulieferer	916,0 W (9)	875,0
374 (376) I	Heinr. Bauer Verlag, Hamburg	Verlag	912,0	885,0
375 (398) D	Stadtwerke Frankfurt	Energievers.	908,5	816,2
376 (–) I	Jagenberg, Düsseldorf (zu 154)	Maschinenbau	902,8 W [2])	567,7
377 (377) I	Gerresheimer Glas, Düsseldorf	Verpackungen	899,0 (11)	885,0
378 (390) I	Kässbohrer Fahrzeugwerke, Ulm	Fahrzeugind.	893,0	844,0
379 (416) I	Kienzle Apparate, Villingen (zu 18)	Datensysteme	893,0 K (8)	768,0
380 (364) I	Klein, Schanzlin & Becker, Frankenthal	Maschinenbau	891,0	922,0
381 (368) H	Rheinische Warenzentrale, Köln	Agrarhandel	884,8	915,0
382 (428) I	Faun-Werke, Lauf a. d. Pegnitz	Fahrzeugbau	882,0 W	740,0
383 (384) I	Claas oHG, Harsewinkel	Landmaschinen	876,0 W (8)	867,0
384 (361) D	KG Gebr. Röchling, Mannheim	Beteiligungsverwaltung	875,0	943,0
385 (387) I	Aluminium-Walzwerke, Singen	NE-Metalle	861,0	860,0
386 (392) I	Maggi, Singen (zu 109)	Nahrungsmittel	858,2	834,0
387 (401) I	Burda, Offenburg	Druck/Verlag	858,0	808,0
388 (386) I	Flachglas, Gelsenkirchen	Flachglas	854,0	863,0
389 (394) H	Raiffeisen-Zentralgenossenschaft, Karlsruhe	Handel	852,7	820,0
390 (350) I	International Harvester, Neuss	Maschinenbau	852,6 (10)	984,2
391 (296) I	Pelikan, Hannover	Bürochemie	852,0 W	1 166,0
392 (335) H	Ruhr-Stickstoff, Bochum (zu 68)	Handel	851,2	1 035,0
393 (423) D	Lech-Elektrizitätswerke, Augsburg	Energievers.	848,0 (6)	750,0
394 (424) I	Industrie-Werke Karlsruhe Augsburg, Karlsruhe	Maschinenbau	846,4 W	749,5
395 (448) D	VTG Vereinigte Tanklager und Transportmittel, Hamburg (zu 29)	Transportwesen	844,0 W	759,0
396 (375) H	Toepfer Verwaltungsgesellschaft, Hamburg	Im-/Export	843,0 (7)	889,0
397 (388) I	Dunlop, Hanau	Gummi/Kunststoff	841,0 TK	857,2
398 (358) I	VDM, Frankfurt (zu 32)	NE-Metalle	839,0 (9)	955,0
399 (403) I	Erdölraffinerie Ingolstadt	Mineralöl	837,0	802,0
400 (367) I	Kodak, Stuttgart	Fototechnik	836,9 (10)	919,1
401 (410) I	Pfeiffer & Langen, Köln	Zucker	836,0	773,3
402 (412) I	3M Deutschland, Neuss	Multiprodukte	834,0 (10)	767,0
403 (461) I	Krupp Polysius, Beckum (zu 17)	Maschinenbau	830,0 W	655,0
404 (413) D	Pfalzwerke, Ludwigshafen	Energievers.	830,0	767,0
405 (420) H	Kaiser + Kellermann Kirchhundem	Nahrungsmittel	826,0	755,0
406 (425) I	Heidelberger Zement	Baustoffe	818,0	749,9
407 (427) I	Pegulan, Frankenthal (zu 72)	Kunststoff	816,1	742,2
408 (404) I	Oelmühle, Hamburg	Ölmühlen	807,9	796,4
409 (396) D	Ewag, Nürnberg (zu 338)	Energievers.	807,1	818,5
410 (419) D	Flughafen Frankfurt/Main AG	Flughafen-Betreiber	806,3	755,8
411 (415) I	Erdoel-Raffinerie Neustadt	Mineralöl	806,0	765,0
412 (345) H	Otto Wolff Handelsgesellschaft, Köln (zu 101)	Handel	799,8	996,4
413 (407) I	Cassella, Frankfurt (zu 5)	Chemie	799,7 W	777,5
414 (397) I	Otto Fuchs Meallwerke, Meinerzhagen	NE-Metalle	793,5	816,2
415 (426) H	Spar Zentrale Hamburg Pfeiffer & Schmidt K.G., Schenefeld	Nahrungsmittel	793,2 M	748,8
416 (451) H	Molkerei Zentrale Südwest, Karlsruhe	Handel	789,7	672,5
417 (414) H	Südvieh, München	Viehhandel	787,0	767,0
418 (406) I	Nestlé Erzeugnisse, Frankfurt (zu 109)	Nahrungsmittel	782,3	791,2
419 (489) I	SMS Schloemann Siemag, Düsseldorf	Maschinenbau	780,0 (6)	602,0
420 (440) D	Main-Gaswerke, Frankfurt	Energievers.	722,1 K	696,8
421 (433) I	Schwarzkopf, Hamburg	Kosmetik	767,0 W	728,0
422 (417) D	Rank Xerox, Düsseldorf	Büromaschinen	766,5 (10)	762,9
423 (421) D	Hapag-Lloyd, Reisebüro, Bremen (zu 89)	Touristik	765,0	754,0
424 (441) I	Süddeutsche Kühlerfabrik, Stuttgart	Kfz-Zubehör	764,5	695,3
425 (430) I	G. M. Pfaff, Kaiserslautern	Nähmaschinen	763,0	736,0
426 (463) D	Energie- und Wasserwerke Rhein-Neckar, Mannheim	Energievers.	759,2 (9)	646,3
427 (436) I	Südmilch, Stuttgart	Nahrungsmittel	758,8	712,8
428 (360) I	Hermann C. Starck, Berlin	Chemie	757,0 W	949,0
429 (446) I	MAN-Roland, Offenbach (zu 40)	Druckmaschinen	755,0 W (6)	689,0
430 (435) H	Honda Deutschland, Offenbach	Kfz-Import	752,0	724,0
431 (438) I	Pepsi-Cola, Offenbach	Getränke	750,0 G	704,0
432 (497) I	Gebr. Sulzer Holding, Filderstadt	Energietechnik	746,3 TK	592,2
433 (402) I	Andreas Stihl, Waiblingen	Werkzeuge	743,0 W	803,0
434 (383) H	Peugeot Automobile Deuschland, Saarbrücken	Kfz-Import	742,2	868,2
435 (464) I	Benckiser, Ludwigshafen	Chemie	741,0 W	644,0
436 (431) I	deuka, Düsseldorf	Futtermittel	738,0	733,0
437 (442) D	Wupperaler Stadtwerke	Energievers.	738,0	693,0
438 (432) I	Walter Thosti-Boswau Bau AG, Augsburg	Bauindustrie	736,0 B	729,0
439 (494) H	Butter- u. Eier-Zentrale Nordmark, Hamburg	Meierei	734,0	597,0
440 (434) I	Th. Goldschmidt, Essen	Chemie	729,0 W	727,0
441 (457) I	Bunawerke Hüls, Marl	Chemie	728,8	662,5
442 (445) I	Klöckner-Moeller-Gruppe, Bonn	Elektrotechnik	727,4 (4)	689,1
443 (–) H	Sharp Electronics (Europe), Hamburg	Im-/Export Elektrotechnik	726,6 (3)	492,1
444 (429) I	Nordmende, Bremen	Elektrotechnik	725,0 G	738,6
445 (393) H	Hahn & Kolb, Stuttgart	Handel	723,0	826,0
446 (422) I	DLW, Bietigheim	Bodenbeläge	721,4	750,0
447 (487) I	Lohmann & Co, Cuxhaven	Tierzucht/Apparatebau	720,1 (6)	603,3
448 (395) I	Uhde, Dortmund (zu 5)	Anlagenbau	720,0 W	819,0
449 (467) I	MD Verwaltungsgesellschaft, München	Papier	712,0 W	633,0
450 (–) I	Xaver Fendt, Marktoberdorf	Maschinenbau	709,0 W	567,0
451 (456) D	Vereinigte Saar-Elektrizitäts-AG, Saarbrücken	Energievers.	708,0	665,0
452 (455) H	Nordfleisch, Hamburg (zu 189)	Vesand-schlachthof	707,0	667,0
453 (450) I	Werner & Pfleiderer, Stuttgart	Maschinenbau	703,9 W	680,1
454 (–) I	AG „Weser", Bremen (zu 17)	Schiffbau	703,7	584,0
455 (470) I	Diag, Berlin	Engineering	702,6	631,8
456 (405) H	Biesterfeld, Hamburg	Chemie	700,0 W	793,0
457 (447) I	Phoenix, Hamburg (zu 7)	Kautschuk	698,0 W	683,0
458 (496) I	Leybold-Heraeus, Köln	Maschinenbau Feinmechanik Optik	695,0 W	594,0
459 (465) D	Großkraftwerk Franken, Nürnberg (zu 92)	Energievers.	694,0	644,0
460 (439) I	Hoffmann-La Roche, Grenzach	Pharma	693,0	701,0
461 (453) I	Dürr GmbH, Stuttgart	Metall	690,7 W	669,1
462 (462) I	Milupa, Friedrichsdorf (zu 292)	Nahrungsmittel	668,0 W	674,0
463 (460) I	Kathreiner, Poing	Nahrungsmitel	682,9	655,5
464 (408) I	Saba, VS-Villingen	Unterhaltungs-elektronik	682,1	777,5
465 (409) H	Hoesch Handel AG, Dortmund (zu 53)	Handel	681,0	775,0
466 (444) H	Buderus-Handel, Wetzlar (zu 252)	Heizungs-/Klimatechnik	680,7	690,5
467 (449) H	Raiffeisen-Warenzentrale Hessenland, Kassel	Handel	680,0	681,0
468 (471) H	Lagerland, München	Handel	675,0 M	631,0
469 (411) I	DSD Dillinger Stahlbau, Saarlouis	Stahlbau	674,0	773,0
470 (482) H/I	Adolf Würth, Künzelsau	Schrauben/Werkzeuge	671,0 W	616,0
471 (448) I	Braas, Frankfurt	Beton/Kunstst.	669,0	682,0
472 (400) I	Rheinisch-Westfälische Kalkwerke, Wuppertal	Steine/Erden	668,0 W	811,0
473 (490) I	Nordmilch, Zeven	Nahrungsmittel	667,7 W	601,6
474 (483) I	Zanders, Feinpapiere, Bergisch Gladbach	Papier	667,0	613,0
475 (486) I	Veith-Pirelli AG, Breuberg/Odenwald	Chemie/Gummi	666,4 TK	605,2
476 (–) I	Sperry, Frankfurt	Informationstechnik	663,0 (3)	537,0
477 (466) H	„Ihr platz", Osnabrück	SB-Handel	658,0 M	643,0
478 (452) I	Thyssen Gießerei, Mülheim (zu 77)	Gießerei	650,5 (9)	669,3
479 (454) D	Großkraftwerk Mannheim	Energievers.	650,0	568,0
480 (474) D	Thyssen-Verkehr, Duisburg (zu 8)	Spedition	649,4 W (9)	427,8
481 (437) I	Zeppelin-Metallwerke, Friedrichshafen	Leichtmetall/Edelstahl	645,0	710,0
482 (458) I	WMF, Geislingen (zu 154)	Metallwaren	644,1 W	661,8
483 (475) I	Schenck, Darmstadt	Maschinenbau	338,0 (9)	625,8
484 (–) I	Knoll AG, Ludwigshafen (zu 6)	Pharma	637,0 W	563,0
485 (499) H	Zedach eG, Bremen	Bedachungsmaterialien	636,9 M	589,8
486 (459) I	Hüttenwerke Kayser, Lünen (zu 164)	NE-Metalle	636,0	657,0
487 (481) I	Hartmann & Braun, Frankfurt (zu 18)	Elektrotechnik	631,6 W	617,0
488 (491) I	Ferrero, Frankfurt	Süßwaren	630,0	601,0
489 (–) H	rheinsieg, Bonn	Landhandel	628,0[2])	480,0
490 (–) D	Condor Flugdienst, Neu-Isenburg (zu 51)	Bedarfsluftverkehr	627,9	557,1
491 (–) I	Graetz GmbH, Altena/Bochum	Elekrotechnik	625,4	577,9
492 (472) H	Sütex, Sindelfingen	Textil	625,0	631,0
493 (–) D	G + H Montage GmbH, Ludwigshafen (zu 283)	Montagebau	624,0	588,0
494 (–) D	Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft	Holding	623,0 K	588,0
495 (478) I	Held + Francke, München	Bauindustrie	621,7 B	618,1
496 (–) D	Überlandwerk Nord-Hannover, Bremen	Energievers.	621,6	565,5
497 (500) I	Europa Carton, Hamburg	Papier	621,0 TK	589,0
498 (473) I	Jungheinrich-Gruppe, Hamburg	Maschinenbau	621,0 W	628,0
499 (480) H	Foto-Quelle, Nürnberg (zu 47)	Fotohandel	617,4* (1) [1])	617,2
500 (–) H	C. Itoh & Co, Düsseldorf	Im-/Export	617,1 (3)	413,1
Auf den nächsten Plätzen folgen:				
501 (484) H	Cornelius Stüssgen, Köln	Nahrungsmittel	617,0 W (8)	608,8
502 (443) I	Gewerkschaft Auguste Victoria, Marl (zu 6)	Steinkohlenbergbau	611,0	691,0
503 (469) I	Welle, Paderborn	Möbel	606,0* K	632,0
504 (–) I	Rosenthal, Selb	Porzellan	602,0 W	585,0
505 (–) I	Schöller-Gruppe, Nürnberg	Nahrungsmittel	600,2	576,5
506 (–) D	Fränkisches Überlandwerk, Nürnberg	Energievers.	599,5	552,9
507 (–) I	textilgruppe hof, Hof/Saale	Textil	598,0	513,0
508 (–) H	Großversandhaus Schöpflin, Lörrach (zu 47)	Versandhandel	597,6* (1) [1])	515,5
509 (–) H	hagebau, Soltau	Baustoffe	594,8	572,3
510 (–) I	Drägerwerk, Lübeck	Tauch-/Medizintechnik	593,5 W	551,0

In den Zahlen der Mineralöl- und Tabakunternehmen sind die Mineralöl- bzw. Tabaksteuer enthalten (ausgenommen Nr. 42 – Mabanaft-Gruppe exl. MinSt.).

W = Weltumsatz, K = Konzern- oder Gruppenumsatz, TK = Teilkonzernumsatz, B = Bauleistung, M = addierter Umsatz der Mitgliedsfirmen, * = Bruttoumsatz, G = geschätzt.

Die überwiegende Zahl der Unternehmen bilanziert zum 31. Dezember, andernfalls ist der Bilanzmonat in Klammern aufgeführt – (6) = 30. Juni. Zahlen hinter den Firmennamen weisen die Zuordnung zur Muttergesellschaft aus. Mit den Buchstaben D (Dienstleistung), H (Handel) und I (Industrie) wurden die jeweils überwiegenden Aktivitäten gekennzeichnet.

[1]) Umsatzzahlen für das Geschäftsjahr 1982/81; [2]) erstmals Weltabschluß; [3]) durch Umstrukturierung mit dem Vorjahr nicht vergleichbar; [4]) inkl. PKI; [5]) vorläufig; [6]) einschl. Umsatz mit BASF-Gruppengesellschaften.

Dr. E. Schmacke: „Die großen 500", Deutschlands führende Unternehmen und ihr Management; Handbuch in Loseblattform, 2 Bände, ca. 2000 Seiten; Luchterhand Verlag, Neuwied, 198,– DM.

Bundesanleihen

		22. 8.	19. 8.
6 dgl. 78 III	11/84	99,2	99,2
6½ dgl. 79	2/85	99,2	99,2
8½ dgl. 73	2/85	101,5	101,5
7 dgl. 77	2/87	97,16	97,35

Bundespost

Länder – Städte

Bundesbahn

Bankschuldverschreib.

Langläufer freundlicher

Am Rentenmarkt konnte sich keine klare Linie durchsetzen. In der Erwartung, daß der Zins in der Bundesrepublik in etwa seinen Höhepunkt erreicht hat, gab es bei den öffentlichen Anleihen des längeren Laufzeitbereiches einige vorsichtige Anlagekäufe. Sie führten hier zu Kursbesserungen bis zu 0,30 Prozentpunkte. Im mittleren und kürzeren Laufzeitbereich gaben die Notierungen in Einzelfällen aber noch nach. Wie es weitergehen wird, hängt ausschließlich von der Zinsentwicklung in den USA ab. Am Pfandbriefmarkt nur geringe Umsätze.

	22. 8.	19. 8.
M 5½ Bayer. Hdbk Pf 14	89,75G	89,75G
6 dgl. Pf 20	81G	81G
6¾ dgl. Pf. 2	93,75G	93,75G
7 dgl. Pf 3	93,75G	93,75G
7 dgl. Pf 27	100,1G	100,1G
6½ dgl. KS 14	95,25G	95,25G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	120,5G	120,5G
5½ dgl. Pf 11	128G	128G
6 dgl. Pf 34	76G	75G
6 dgl. KO Pf 50	99,4G	99,4G
6½ dgl. Pf 10	80TG	80TG

	22. 8.	19. 8.
Br 6½ dgl. Pf 77	93	93
6 dgl. Pf 42	99,25G	99,4G
8½ dgl. Pf 47	101,25G	101,25G
F 5 Pfc. Hypobk. Pf 65	89,5G	89,5G
5½ dgl. Pf 53	78G	78G
6 dgl. Pf 79	78,5	78,5
6 dgl. Pf 130	90,5G	89,85G
6½ dgl. Pf 133	88G	88G
10 dgl. Pf 168	100,25	100,25
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	115G	115G
6 dgl. 14	89,35G	89,35G
...		
9 dgl. Pf 106	102,9G	102,9G
10 dgl. Pf 109	107,85G	107,85G
7 dgl. KS 132	94G	94G
8 dgl. KS 155	98,25G	98,25G
9 dgl. KS 169	102,3G	102,3G

	22. 8.	19. 8.
H 6 Schiffshyp. Pf 23	97,5G	97,5G
7½ dgl. Pf 45	100,7G	100,7G
M 6 Südboden Pf 41	88GTG	88GTG
5½ dgl. Pf 57	–	–
6½ dgl. Pf 143	92,5G	91,5G
7 dgl. Pf 87	92,5G	91,5bG
7½ dgl. Pf 104	94,5G	93,5G
7 dgl. KS 49	91G	91G
7½ dgl. KS 61	98,5G	98,5G
8 dgl. KS 133	97,5G	97,5G
8½ dgl. KS 132	101,25G	101,25G
9 dgl. KS 185	100,25G	100,25G

	22. 8.	19. 8.
F 8 Charz. Hills 71	100,3T	100,3T
7¼ Cont. Gum. 71	99,8bG	99,6bG
6 Dt. Texaco 64	98,75T	98,75G
6 Gelsenb. 64	99,25T	99,25T
5¾ HEW 62	95,25G	95,25G
7½ dgl. 71	99,25G	99,25G
7¾ dgl. 71	99,5G	99,5G
4½ Harpen 59	178bG	178bG
6 Hoechst 64	99,25G	99,25G
6 Hoesch 64	98,75G	98,9bG
7½ dgl. 71	98,5T	98,5T
7½ Karstadt 71	98,75T	98,75T

Optionsscheine

	22. 8.	19. 8.
F 11 BASF 82	44	43,8
7¼ Bayer Bk. 78	40,2	39,5
10½ Bayer Fin. 82	50,5	49,5
6¾ Ciba-Geigy 75	840	848
3¾ Commerzbk. 78	48,2	48
4¾ Dt. Bk. Comp. 77	130	130,2
10 Hoechst 75	243	242
6¾ dgl. 79	49,5	49,7
8 Hoechst 83	64,5	66
7½ Jap. Syn. Rubber 82	1250	1250
Mitsui 82	305bG	300
7¾ Siemens 83	145,5	147
6¾ Wells F. 73	278bG	280

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Privatplazierungen

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Ausländische Aktien

	22. 8.	19. 8.
F L'Air Liquide	147	144
D Alcan	70,5	63,3
F Alcan	99	99
F Alcoa	116	114
F Alg. Bk. Nederl.	360	–
F All Nippon Air	3,7T	3,77
F Amax	71,3	71,5
F Am. Cyanamid	137et0	140
D American Expr.	119	120
D Am Motors	20G	21
F Am T & T	171,5	170,5

Warenpreise – Termine

Sowohl die Silber- als auch die Goldnotierungen schlossen am Freitag an der New Yorker Comex schwächer, wobei Silber in allen Sichten kräftiger nachgab. Auch Kupfer konnte sich der Abwärtstendenz nicht entziehen und ging deutlich niedriger aus dem Markt. Die Kaffeenotierungen verzeichneten Gewinne, während Kakao etwas leichter schloß.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	19. 8.	18. 8.
Sept.	362,50	384,00
Dez.	355,25	405,50
März	363,50	414,50
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	19. 8.	18. 8.
St. Lawrence 1 CW	243,64	244,79
Amber Durum	261,09	262,89
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	142,70	142,80
Dez.	145,70	144,50
März	150,50	151,00
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	98,40	97,00
Dez.	99,50	98,00
März	103,20	101,60
Hafer Chicago (c/bush)	19. 8.	18. 8.
Sept.	176,75	173,00
Dez.	188,75	186,50
März	201,75	199,75
Mais Chicago (c/bush)		
Sept.	352,50	349,75
Dez.	355,25	350,00
März	363,50	358,00
Gerste Winnipeg (can. $/t)	19. 8.	18. 8.
Okt.	114,00	112,00
Dez.	116,70	114,50
März	119,00	117,00

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	19. 8.	18. 8.
Terminkontr. Sept.	130,85	128,80
Dez.	131,10	129,50
März	128,60	126,95

Kakao New York ($/t)	19. 8.	18. 8.
Sept.	2081	[illegible]
Dez.	2130	[illegible]
Terminkontr. März	2180	[illegible]
Umsatz	5565	[illegible]
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Sept.	10,20	[illegible]
Okt.	10,75	[illegible]
Jan.	11,50	[illegible]
März	12,12	[illegible]
Mai	12,45	[illegible]
Umsatz	12 816	[illegible]
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	10,47	[illegible]
Kaffee London (£/t) Robusta-	19. 8.	18. 8.
Kontrakt Sept.	1721–1722	1713–[illegible]
Nov.	1699–1700	1690–[illegible]
Jan.	1675–1676	1667–[illegible]
Umsatz	6317	[illegible]
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Sept.	1486–1487	1506–1507
Dez.	1520–1521	1531–1532
März	1524–1526	1528–1529
Umsatz	3955	5786
Zucker London (£/t)		
Rohzucker Okt.	182,75–182,90	181,25–181,40
Dez.	190,00–191,50	189,00–190,00
März	201,10–201,25	200,75
Mai	205,20–205,25	204,25–205,00
Aug.	–	–
Umsatz	1998	–
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	19. 8.	18. 8.
schw. Sarawak spez.	257,50	285,00
weißer Sarawak	347,50	350,00
weißer Muntok	347,50	350,00

Öle, Fette, Tierprodukte

Talg New York (c/lb)		
top white	16,50	16,50
fancy	16,00	16,00
bleichfähig	15,75	15,75
yellow max. 10% fr. F.	13,50	13,50
Schweine Chicago (c/lb)		
Aug.	52,80	52,60
Okt.	44,85	44,20
Dez.	45,30	44,30
Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Aug.	68,57	70,57
Febr.	64,55	64,70
März	64,90	64,65

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	550,00	540,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	570,00	535,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	172,00	168,00
Kopra Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	955,00	930,00
Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif		
Rotterdam	293,00	288,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Okt.	582,0–585,0	582,0–583,0
Dez.	574,0–577,0	574,0–575,0
März	593,0–595,0	594,0–595,0
Umsatz	87	17
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	19. 8.	18. 8.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA; ab Lager	19. 8.	18. 8.
Aug.	13 839	13 844
Sept.	13 749	13 728
Kautschuk London (p/kg)	19. 8.	18. 8.
Nr. 1 RSS loco	79,00–80,50	79,50–81,00
Sept.	78,50–79,30	79,00–80,00
Okt.	78,40–78,70	79,30–79,70
Okt./Dez.	78,00–78,10	78,80–78,90
Tendenz: ruhig		

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	22. 8.	19. 8.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	431,03–433,45	438,19–440,61
Blei in Kabeln	111,75–112,75	112,25–113,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren	405,50–408,50	405,50–408,50
Vorziehdraht	414,50	414,50

* Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhändler.

Messingnotierungen

	22. 8.	19. 8.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	410–412	362–363
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	410–412	413–418
MS 63	415–421	422–426

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	22. 8.	19. 8.
10.30	421,25	419,10
15.00	421,75	417,75
Zürich mittags	421,10–421,60	419,00–419,75
Paris (Fr/1-kg-Barren) mittags	107 900	107 400
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	811,50	804,45
3 Monate	831,20	823,30
6 Monate	851,00	841,90
12 Monate	893,20	884,10
Platin (£-Feinunze) London	19. 8.	18. 8.
fr. Markt	285,55	288,40
Palladium (£-Feinunze) London		
1. Händlerpr.	98,65	99,00

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

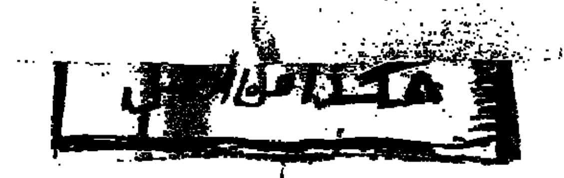
Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

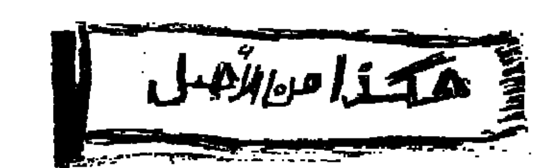
Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611





Glückliches Österreich?

R. R. – „Und ich düse, düse, düse im Sauseschritt / und bring die Liebe mit / von meinem Himmelsritt", und auf Erden geht die fast allegorische Figur des Hasses qualvoll ein. Die Düsenplatte „Codo" ist jedenfalls in den Rundfunksendern und Hitparaden wie eine Rakete gestartet, inzwischen auch über eine halbe Million Mal verkauft worden.

Die beiden Autoren Freddi Tauchen und Jose Prokopetz, die diese Ballade von der „Überwindung des Haßschirms" zusammen mit der Ex-Ideal-Sängerin Anette Humpe auch singen, firmieren als „D. Ö. F.", nicht zu verwechseln mit „D. A. F.", der „Deutsch-Amerikanischen-Freundschaft", bedeutet es doch „Deutsch-Österreichisches Feingefühl". Aus Wien kommen denn auch die Düsenjäger mit ihrem „Jedermann"-Verschnitt aus der Welt der Comics und Science fiction.

Aus der Neuen Deutschen Welle wird mehr und mehr eine österreichische Welle. Denn der Exportschlager des Genres, die Falco-LP „Einzelhaft", die sich sogar in der US-Bestsellerliste von „Billboard" placieren konnte und in ihrer englischen Version drüben längst zum Disco-Repertoire zählt, trägt auch den Stempel „Made in Austria". Selbst in Frankreich verkaufte sich Falcos „Kommissar" über 500 000 Mal.

Tu felix Austria. Es hat den deutschen Nachkriegs-Schlagermarkt mit Peter Alexander, Freddie Quinn und Udo Jürgens beschickt, die Liedermacherszene mit Horton, Hirsch, Ambros, Cornelius und Danzer. Die Arbeitsteilung in den deutschsprachigen Ländern scheint also noch immer zu funktionieren: Für die Musik ist Österreich zuständig. Mozart und Beethoven, Brahms und Bruckner, sie alle gingen nach Wien, wenn sie nicht wie Schubert und Haydn ohnehin da zu Haus waren. Ob daran die NDW-Gruppe Ideal gedacht hat, als sie nun beim österreichischen Platten-Zwerg GIG anheuerte?

Salzburger Festspiele

Gilbert und Sullivan auf spanisch

Meinungsverschiedenheiten gab es keine. Der bulgarische Pianist Alexis Weissenberg und Seiji Ozawa, Bostons Orchesterchef, hatten schließlich das dritte Klavierkonzert von Prokofieff auch schon für die Platte miteinander musiziert. Und doch kamen sie bei ihrem diesjährigen Salzburger Festspielkonzert nicht so recht zusammen. Weissenberg verzichtete auf jede metallene Schärfe, die hier unbedingt vonnöten gewesen wäre. Man begegnete Flüchtigkeiten und, was bei Weissenberg in letzter Zeit zunehmend irritiert, einer Menge Routine, die in eine neutral einebnende Dynamik verpackt war.

Daß Seiji Ozawa Beethovens 7. Sinfonie aufs Programm setzte, befremdete zunächst. Schließlich hat der Japaner bei Beethoven bisweilen Probleme; seine Platteneinspielungen der dritten und fünften Sinfonie künden davon in reichem Maß. Doch diesmal durfte Ozawa Triumphe feiern. Nach kurzen Anlaufschwierigkeiten trieb er die glänzend aufgelegten Wiener Philharmoniker in ein symphonisches Feuer ohnegleichen. Beethovens Siebte erklang wie aus dem Geiste Toscaninis: rhythmisch unerbittlich, bis in die kleinsten Details ausgelotet, jedoch bei aller Brillanz stets von romantischem Atem durchdrungen.

Abends zuvor war für den von einer Wespe gestochenen Claudio Arrau Ivo Pogorelich eingesprungen, um einmal mehr seinen Klavierabend mit Werken von Haydn (Sonate As-Dur), Ravel (Gaspard de la Nuit) und Prokofieff (Sonate Nr. 6) vorzuführen. Hieß der künstlerische Sieger an diesem Salzburger Konzertwochenende Seiji Ozawa, so war indessen Publikumsmagnet Nr. 1, wie könnte es auch anders sein, Placido Domingo.

Und das, obwohl er „nur" Arien und Duette aus spanischen Zarzuelas vortrug. Assistiert von der Sopranistin Pilar Lorengar, die inzwischen stimmlich leider nicht mehr allzuviel zu bieten hat, und dem ORF-Symphonieorchester unter Garcia Navarro.

Eine Zarzuela, das ist, auf den einfachsten Nenner gebracht, das spanische Pendant zu den satirischen Operetten von Gilbert und Sullivan. Die Namen der Komponisten – Chapi, Serrano, Giménez, Torroba – sind bei uns weitgehend unbekannt. Ob Placido Domingo sie mit diesem Auftritt nun bekannter gemacht hat, bleibt abzuwarten.

Schöner (und lauter) kann es derzeit ohnehin keiner. Eine Tenor-Gala, die Ovationen auslöste – auch wenn Alfredo Kraus den Tonfall dieser Musik (auf Platte) einst erheblich typischer getroffen hat als der hier ungeniert Italianità verströmende Domingo.

VOLKER BOSER

Ohne Anmaßung – Eine kanadische Autorin über die Literatur ihrer Heimat

Jenseits der Taschenratten

Seit sie 1978 den „Seal First Novel Award" gewann, zählt die 29jährige Aritha van Herk, Autorin des folgenden Aufsatzes, zu den führenden Schriftstellern Kanadas. Zur Zeit lehrt sie in Kiel kanadische Literatur.

Ich reise viel in der Welt herum. Auf manchen Flügen, wenn der Film nichts taugt und ich schlafen will, hört der Mann neben mir nicht zu reden auf und erzählt mir, wie viele Computer-Mikrochips er verkauft und wie billig er sein Haus gekriegt hat und wie großartig sein neues Auto ist und wie brillant seine Kinder sind und wie die Konferenz war, an der er gerade teilgenommen hat. Ich bin immer zu höflich, ihm zu sagen, er solle endlich still sein – aber wenn er mich dann aufgekratzt fragt: „Und was machen *Sie?*", reitet mich der Teufel.

Ich schaue ihm blank ins Auge und sage: „Ich schreibe." Das versetzt ihn gewöhnlich in große Erregung. „Tatsächlich?" Und er hopst fast auf seinem Sitz. „Für wen schreiben Sie?" Obwohl ich seine nächste Frage schon genau kenne, macht es mir eine Art selbstquälerischen Spaß, ihn anzuführen: „Für wen?" – „Ja", sagt er. „Für welche Zeitung?"

Er ist glücklich. Er denkt, er sitzt neben einer Journalistin, neben jemandem, die ihren Finger am Puls aller Unruhen hat. Ich sage ihm die Wahrheit: „Ich bin keine Journalistin. Ich bin eine kanadische Schriftstellerin."

Das verunsichert ihn, aber nachdem er mir schon zwei Stunden lang in den Ohren gelegen hat, ist er höflich genug fortzufahren: „O ja – und was schreiben Sie?" Ich sage ruhig: „Ich schreibe Romane."

„Wie denn? Nennen Sie mir ein Beispiel." Wie denn! Ich habe meine Geduldsphase erreicht, aber ich bin gezwungen, mich über meine kanadischen Kollegen zu definieren. „Wie etwa" – und ich wähle unseren wohl ältesten und berühmtesten Autor – „wie Hugh MacLennan." Er blinzelt. „Wer?" – „Oder –", das ist die Inspiration, „Margaret Atwood."

„Von der habe ich gehört. Ist das nicht die komische alte Dame von Toronto mit dem struppigen Haar? Aber", fügt er unsicher hinzu, „ich wußte nicht, daß sie Schriftstellerin ist. Ich dachte, sie ist Sängerin."

Ich informiere ihn, daß sie weltberühmt ist. Er wischt es mit der Hand beiseite. „Und wie heißen Sie? Habe ich Ihren Namen schon einmal gehört?" Ich gebe ihm Auskunft, doch er hat natürlich keine Ahnung. „Wie heißen Ihre Bücher?" Ich antworte: „Alle meine Schweine" und „Makkenzies Koch" – und ebensogut hätte ich Pfennige ins Meer werfen können.

Trotzdem, er ist seltsam zufrieden. „Wie wär's wenn ich Ihnen meine Adresse gebe, und Sie schicken sie mir?" Ich soll mich offenbar geehrt fühlen, daß jemand mich lesen will. Ich sage ihm, daß ich zu Hause kein Buchlager führe und auch keine Freiexemplare bekomme, was ihn überrascht. Er glaubt, Schriftsteller kriegen soviel Bücher, wie sie wollen. Als nächstes fragt er, ob sie in öffentlichen Bibliotheken vorhanden sind. Als ich ja sage, sagt er: „Gut, dann schicke ich meine Frau."

An diesem Punkt habe ich bereits die Phase der Verzweiflung überwunden und amüsiere mich. „Jeah", murmele ich, „die kanadische Literatur ist überall."

Wenn ich den Leuten erzähle, daß ich hier in Deutschland an der Universität Kiel als Gastprofessorin kanadische Literatur lehre, ist die erste Reaktion oft: „Gibt es denn eine unterscheidbare kanadische Literatur?" Sie sind erstaunt, wenn ich ihnen versichere, daß es sie in der Tat gibt, daß sie lebendig und gesund ist und daß sie heftig darum kämpft, in der Welt anerkannt zu werden. Schließlich glauben sie mir, doch dann kommt die prekäre Frage: „Was *ist* kanadische Literatur?"

Kanada: Das sind vier Millionen Quadratmeilen Landschaft, nichts als Meilen über Meilen von Nichts. Oder, wie Voltaire es ausdrückte: ein paar gefrorene Äcker Schnee. Dem steht das romantische Image von Kanadas weiten offenen Räumen gegenüber, die Wildnis, die Freiheit, die letzte Grenze. Das Stereotyp über Kanada will uns glauben machen, daß auch die Literatur sich mit Schnee, Indianern, Holzfällern, Pionieren, der Prärie, den Bergen, den Eskimos, Cowboys, Büffeln, den Niagara-Fällen, den Taschenratten und Bären beschäftigen müsse. Das alles existiert natürlich, aber unsere Schriftsteller haben längst die Schneeverwehungen, die Rattenlöcher und die großen Seen verlassen. Sie unternehmen Ausflüge in die Welt, und aufmerksame Leser bemerken es inzwischen.

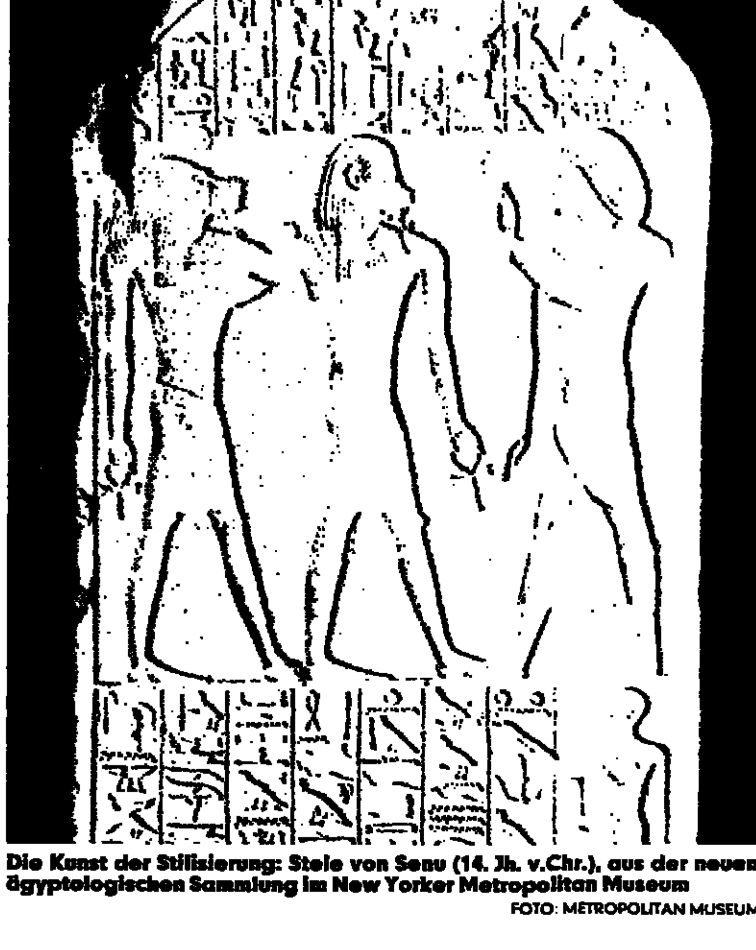
Weil wir keine lange und komplizierte Literaturgeschichte haben, ist es uns gelungen, die Anmaßungen zu vermeiden, die notwendigerweise einer solchen Vergangenheit entspringen. Wir nutzen mit Gewinn den Kern unserer europäischen und amerikanischen Tradition und wahren trotzdem unseren unverwechselbaren Stil, unsere eigene beharrliche Persönlichkeit.

Gegenwärtig gibt es kaum „Trends" in der anglo-kanadischen Literatur, aber ich möchte doch auf einige Besonderheiten hinweisen: Wir haben die oft strapazierte Frage abgehakt, wer wir *nicht* sind. Es stimmt, wir sind weder Amerikaner noch Briten noch Franzosen, aber damit hört die Fragerei auch schon auf. Kanada nimmt die nördliche Hälfte des nordamerikanischen Kontinents ein, es ist das zweitgrößte Land der Welt. Kanadische Literatur besteht simpel daraus, was Künstler schreiben, die in Kanada leben. Obwohl wir weder unter Krieg noch Unterdrückung gelitten haben, obwohl wir uns als Nation gelinde selbst mißbilligen: das Bewußtsein der Würde und Legitimität unserer Gegenwart und Vergangenheit eint unsere Literatur und macht sie lebendig.

Meine Position in der Literatur meines Landes ist typisch für alle meine Kollegen. Ich bin (hoffentlich) ein universaler Regionalist, beeinflußt von meinem Lebensraum, meiner Herkunft, meinem Metier, aber ich will meine Region in das Universalgeschehen einbringen. Sicherlich haben mich Literaturen anderer Länder beeinflußt, doch ich bin ebenso beeinflußt von der kanadischen Tradition, von Margaret Atwood, Margaret Laurence, Robertson Davies, Alice Munroe, Robert Kroetsch, Rudy Wiebe, Marian Angel, Timothy Findley. Sie sind Weltschriftsteller im wahren Sinn des Wortes.

Man fragt mich oft: „Wird je ein kanadischer Autor den Nobelpreis für Literatur gewinnen? Und wenn, wann?" Ich persönlich habe meine eigene Ansicht zu dieser prominenten Auszeichnung. Ich hoffe, daß kein kanadischer Schriftsteller sie je erhält. Es würde uns ehrbar, gewöhnlich, normal machen. Ich liebe meine Literatur so, wie sie ist: eigenwillig und undefinierbar und quixotisch und tief gleichgültig gegenüber den Kulturmaklern der Welt. Wenn wir arrivieren, gehen wir zugrunde.

ARITHA VAN HERK



Die Kunst der Stilisierung: Stele von Senu (14. Jh. v.Chr.), aus der neuen ägyptologischen Sammlung im New Yorker Metropolitan Museum FOTO: METROPOLITAN MUSEUM

Neu im Metropolitan: Die ägyptische Sammlung

Der Neffe mit der Axt

Das New Yorker Metropolitan Museum, das sich in seinen Kurz-Ausstellungen gern schrill und theatralisch gibt (man denke an „King Tut" und „Schätze aus dem Vatican"), zeigt seit Mitte Juni seine komplett installierte ägyptische Sammlung von mehr als 40 000 Objekten – Ergebnis 25jähriger Planung und Arbeit.

Doch wer hier dramatische Spotlights oder eine Technicolor-Inszenierung im Las-Vegas-Stil erwartet hatte, der wird enttäuscht: Die 32 in Hufeisenform angelegten Galerien sind zwar spektakulär was die Qualität der Sammlung angeht, doch erinnern vor allem die brandneuen Galerien 6 bis 15 eher an eine verschwenderisch ausgestattete Edel-Universität als an Inszenierungen im Stile von „King Tut". Materialien wie Stein, Holz und Leinen bilden einen Hintergrund, vor dem die diskret beleuchteten und plazierten Objekte ganz natürlich und würdevoll wirken.

Versuchungen, etwa das „Drama der Ausgrabung" oder den „Geist des alten Ägyptens" interpretierend darzustellen, ist das Museum nicht erlegen – ganz im Gegenteil. Denn nichts fürchtet Museumsdirektor Philippe de Montebello so sehr, wie den Geist „einer fiktiven Realität", die sich nur allzuleicht in eine solche Sammlung hineinschleichen kann.

Höhepunkte der Ausstellung sind neben der erlesenen Schmucksammlung der drei Gattinnen des Pharao Tuthmosis III. die Hatshepsut-Skulpturen, 26 teils monumentale Statuen aus dem Grabtempel der Königin, auf denen sie teils als Mann, teils als Frau und einmal auch als Sphinx dargestellt ist. Ferner zahlreiche Skulpturen und Porträts aus der Regierungszeit des Pharao Amenhotepe III. So stilisiert viele der Abbilder wirken – gerade die Pharaonen sind oft steife, riesige Götterfiguren, deren winzige Gattinnen eine andere Dimension zu bewohnen scheinen – so raealistisch kann der ägyptische Bildhauer doch arbeiten, wenn er Angehörige des Volkes darzustellen hat: ein gefesselter Gefangener z. B. kniet mit schmerzverzerrten Gesichtszügen auf dem Boden.

Zahlreiche Haushaltsobjekte, die ebenfalls in den Grabkammern gefunden wurden, ebenso wie die kleinen tönernen „Zimmer", in denen ägyptischer Alltag mit Brotbacken, Schlachten etc. dargestellt ist, ermöglichen einen intimen Einblick ins tägliche Dasein der Ägypter.

Eine Statue von der Schönheit und Anmut der Nofretete hat das Metropolitan nicht aufzuweisen, doch gibt es ein Fragment, daß es an Sinnlichkeit, gepaart mit zeitloser Schönheit, vielleicht mit Nofretete aufnehmen kann: ein kaum 14 cm hoher Jaspis-Kopf der Königin Tiye, oberhalb des Mundes schräg und beinahe kubistisch-modern abgesplittert – einer jener seltenen Glücksfälle, wo die Zerstörung dem Kunstwerk eine zusätzliche Dimension verleihen konnte. Dies war nicht überall der Fall: Eine der großen Statuen der Hatshepsut wurde wenige Jahre nach ihrem Tode aus noch ungeklärten Gründen von ihrem Neffen Tuthmosis III. mit einer Axt attakiert und trug bis vor kurzem die brutalen Merkmale der Aggression mit der Waffe – heute sind sie von der Restauration teilweise ausgebügelt.

Als das Metropolitan Museum 1906 seine ägyptische Abteilung eröffnete, waren europäische Museen wie London, Paris und Berlin schon mit eindrucksvollen ägyptischen Sammlungen bestückt. Hier konkurrieren zu wollen, wäre Unsinn gewesen, so daß sich das Museum zu eigenen Ausgrabungen entschloß. Zwischen 1906 und 1936 unterhielt das Museum fünf Ausgrabungsstätten, wo ca. 80 Prozent der heute hier gezeigten Objekte gefunden wurden.

VERA GRAAF

Stieftöchter der Emanzipation (VII): Die Dichterin M. v. Ebner-Eschenbach

Gespaltene Treue bis in den Tod

Ihre literarische Laufbahn begann sie damit, daß sie in der Sprache ihrer Gouvernante Gedichte – also französische Gedichte – verfaßte, bis ihr eines Tages ein älterer Vetter – ebenfalls in Gedichtform – riet, als „deutsche Maid" zukünftig nicht mehr in fremder, sondern in der eigenen, deutschen Sprache zu schreiben. Der Ratschlag des Vetters entzückte die Zehnjährige, denn sie entnahm ihm, daß ihr der heimlich Verehrte das Recht zugestand, überhaupt zu dichten und sich damit einer Tätigkeit zu widmen, die in ihren Kreisen als suspekt und vor allem als unpassend für ein junges Mädchen galt. Gehorsam reimte sie von nun an *Herz* auf *Schmerz* statt *gloire* auf *victoire* und blieb dem beratenden Vetter ihr Lebtag lang dankbar, so dankbar, daß sie ihn später heiratete und eine lange, gute, wenn auch durch Kinderlosigkeit verschattete Ehe mit ihm führte.

Der Vetter hieß Moritz von Ebner-Eschenbach. Als *die* Ebner ist sie in die österreichische und damit deutsche Literatur eingegangen.

Die kleine Marie, geborene Baronesse, später Comtesse, Dubsky aus Zdißlawitz in Mähren hatte nicht nur ein gutes, sie hatte ein großes, glühendes Herz. Am Abend ihres Erstkommuniontages wollte sie sich aus dem Fenster ihres Schlosses stürzen, um so engelrein und sündenfrei, wie sie sich fühlte, in die Ewigkeit einzugehen. Als Fünfjährige fiel sie den Gutsverwalter mit ihren Kinderfäusten an, als sie ihn einen Landarbeiter mißhandeln sah. In Wien ging ihr beim Besuch des Burgtheaters eine neue Welt auf: Vor Ehrfurcht schaudernd sah und hörte sie Shakespeare und Schiller – und beschloß sogleich, selbst Dramatikerin zu werden und ebenso Großartiges hervorzubringen.

Immer wollte sie das Höchste, Beste, das Ungemeine – und war trotzdem zugleich bereit, sich kritisieren und sich eines Besseren belehren zu lassen. Jahrzehntelang rang sie mit der dramatischen Form. In der Tat glückte es ihr, mit etlichen Stücken auf die Bühne zu kommen. Prompt wurde sie als *Blaustrumpf* verschrien, in aristokratischen Zirkeln als *Gehirntrompete* bespöttelt. Das kümmerte sie wenig. Schlimmer war es schon, daß auch die Karriere ihres Mannes darunter zu leiden begann; am schlimmsten aber, daß ihre Stükke an der eigenen Unzulänglichkeit scheiterten.

Allmählich begann sie sich einen Namen zu machen mit kleinen ironischen Geschichten, in denen sie die Skurrilität ihrer Standesgenossen mit mildem Spott bedachte. Dann aber wandte sie sich dem großen tragenden Thema ihres Lebens zu, der sozialen Frage auf dem Land, dem Armen in seinem Kampf um das tägliche Brot, dem einfachen Menschen in seiner Sprachlosigkeit, dem einmal straffällig Gewordenen in seinem verzweifelten Kampf um die Rückkehr in die menschliche Gesellschaft.

Unaufhörlich lag sie ihren Standesgenossen in den Ohren, ihre alten Vorrechte über Pächter und Hintersassen abzubauen und Menschlichkeit walten zu lassen. Sie erinnerte an die Sünden der Vorfahren, als die Gutsfrau den Leibeigenen zu Tode prügeln lassen durfte *(Er läßt die Hand küssen)* als sich der Gutsherr noch die barbarische Sitte des ius primae noctis herausnahm *(Der Erstgeborene)*. Ihre moralische Sensibilität ahnte das Herannahen später Rache für längst Verjährtes *(Unsühnbar)*. Sie wollte Frieden stiften zwischen Schloß und Hütte und hielt daran fest, daß dieser Friede noch durch persönliche Anstrengung, durch die sittliche Tat des einzelnen gerettet werden könnte.

Am Fortbestand der sozialen Hierarchie und des Staates, der alten österreichisch-ungarischen Monarchie, hegte sie freilich keine Zweifel. Gewiß war sie eine Emanzipierte, aber keine, die ihre Emanzipation militant durchgesetzt oder erbittert verteidigt hätte. Sie wollte immer nur eins: selbst *substanziell* sein. Mit der Anreicherung ihres Wesens durch Wissen, mit der Ausläuterung ihrer Person und ihres Werkes im Sinn vorurteilsloser Menschlichkeit hat sie auf ihre Weise einen hohen Grad der Freiheit und Überlegtheit erreicht. Mochte sie auch im Bereich des Politischen wenig Spürsinn entwickeln,



Einzigartige Scharfsicht für das Menschliche: Marie von Ebner-Eschenbach FOTO: DIE WELT

im Bereich des Subjektiv-Menschlichen entwickelte sie einzigartige Einsicht und Scharfsicht.

Ebners Aphorismen sprechen die unbequemsten Wahrheiten knapp und treffsicher aus: Niemand will leiden, doch jeder will gelitten haben. – Dem Hungrigen ist leichter geholfen als dem Übersättigten. – Die Sitte ist schon gerichtet, zu deren Gunsten wir kein Argument vorzubringen wissen als das ihrer Allgemeinheit. – Selbst der bescheidenste Mensch hält mehr von sich, als sein bester Freund von ihm hält. – So mancher meint ein gutes Herz zu haben und hat nur schwache Nerven. – Eine gescheite Frau hat Millionen geborener Feinde: alle dummen Männer.

Von allen Werken der Ebner-Eschenbach aber hat mich ihre Kindheits- und Jugendgeschichte am stärksten berührt, denn in diesem Buch, so glaube ich zu erkennen, hat sich das Grundmuster nicht nur ihres Lebens, sondern auch ihres Gesamtwerks am deutlichsten abgebildet. Aus ihm ist abzulesen, wie tief ihr soziales Engagement in ihrer Biographie eingewurzelt war und aus welchen vorbewußten Quellen es seine Kraft und Unermüdlichkeit bezog.

Die kleine Marie, 1830 geboren, hatte schon in ihren ersten Lebenstagen ihre Mutter verloren. So wurde sie von mährischen Dienstboten, hannakischen Ammen und Kammerfrauen erzogen. Diese, oft selbst um ihr eigenes frauliches Los betrogen, bauten rings um das Kind eine warme, von Zärtlichkeit, aber auch von abergläubischen Schauern erfüllte Mutterwelt auf. Da murmelte es von Märchen, da summte es von Liedern, da mochte sich der Keim mitschaffender Phantasie in die Seele des Kindes eingesenkt haben.

Daneben gab es freilich noch eine andere, ganz andere Welt, eine kühle, fordernde Atmosphäre, den Salon, wo man dem strengen Vater, der reservierten Großmutter zu Knicks und Händchengeben präsentiert wurde. Hier herrschten die Allüren der Nobilität, der Forderungen standesgemäßer Bildung. Auch ihnen wollte die junge Marie genügen. Zwischen diesen Polen verbrachte sie ihr ganzes Leben: Von sich selbst (und von ihresgleichen) verlangte sie Selbstbeherrschung, Großmut, Haltung. Ihr Herz aber blieb bei den einfachen Menschen, bei ihren Nöten, es blieb im warmen Mutterboden slawischer Gefühlsseligkeit verhaftet.

Es blieb ein Leben lang *Krambambuli* – der edle Jagdhund, der erst dem Wilddieb, dann dem Förster gehört und die gespaltene Treue bis in den Tod hinein bezahlt.

GERTRUD FUSSENEGGER

Ein Bernhardiner dreht durch: Der Film „Cujo"

Die Bisse der Bestie

Das muß schon eine ekelhafte Situation sein: tage- und nächtelang in einem Auto sitzen, das nicht anspringt, mit einer halbleeren Thermosflasche und dem kleinen Knaben Tad, der immer schreit: „Ich will zu meinem Daddy!" Und nicht herauskönnen, denn draußen wütet, knurrt und schäumt der wahnsinnig gewordene Horrorbernhardiner Cujo. Dazu kam es so: Cujo lief einem Kaninchen nach, das schlug einige Haken und verschwand in einer Höhle. Cujo steckte den dicken Kopf ins Loch und kläffte, Fledermäuse, die hier wohnten, flogen schwirrend auf, eine biß Cujo in die Nase. Dieser Biß hat zur Folge, daß der zutrauliche, treue, gutmütige Hund zur blutrünstig tollwütigen Bestie wird.

Cujo zerfleischt erst den Nachbarn Gary, dann seinen eigenen Herrn und etwas später einen Sheriff – wobei er nach getanem Werk stets freundlich mit dem Schweif zu wedeln pflegt. Den Rest des Films (Regie: Lewis Teague) verbringt er damit, daß er das Auto belagert, das Frau Donna Trenton (Dee Wallace, die Mutter aus „E. T.") zum Reparieren bringen wollte. Da die Werkstatt äußerst einsam liegt, dauert es drei Tage, bis Vic Trenton seine Familie findet – zu spät freilich: Donna hat Cujo – mit einem Baseballschläger und dem Revolver des toten Sheriffs – schon erlegt.

Es ist erstaunlich und für den Hundefreund hochinteressant, was so ein Bernhardiner alles kann: Türen eintreten, mit dem Kopf gegen ein Auto rennen, vom Wagendach aus durch die Windschutzscheibe geifern, Fenster zerschlagen, Männer totbeißen, Frauen zu Boden werfen – und man hört es gern, daß Cujo – von drei Hunden, einem in ein Fell genähten Stuntman und einem ausgestopften Kameraden dargestellt – viel Freude an den Dreharbeiten hatte. Die Handlung um die Hundsbelagerung herum ist in weit überdurchschnittlichem Maße dürftig: Frau Donna, mit schönem Kind und sympathischem Ehemann (Daniel Hugh Kelly), schläft mit dem Schreiner, dann tut's ihr leid, aber ihr Mann kommt drauf, und der Schreiner, der nicht von ihr lassen will, macht den Trentons das halbe Haus kaputt.

Hund Cujo spielt den bösen Bernhardiner bravourös, und die Belagerungsszenen (die gut den halben Film ausmachen) sind beklemmend auch für den, der nicht im Auto, sondern im Kino sitzt. Aber leider stehen einem irrsinnigen Hund – verglichen mit menschlichen Killern – doch nur verhältnismäßig wenige Mordmethoden zur Verfügung. Was tut Cujo also? – Er liegt düsteren Blicks, verdreckten Fells, mit Speichel und Blut vorm Maul, herum. Wenn das Telefon klingelt oder Frau Donna die Autotüre öffnen will, fletscht er die Zähne, erhebt sich bedrohlich grollend und greift das Fahrzeug an. Und da Mutter und Kind im Wagen sitzen und ihn nicht verlassen können, bleiben auch ihre Möglichkeiten stark beschränkt. Für spannende Aktionsvarianten ist im kleinen Automobil kein Platz. Als am Ende Vic Trenton erscheint, ist seine Frau, bis auf einen Oberschenkelbiß, gesund, Sohn Tad aber an Erschöpfung gestorben – wenigstens in Stephen Kings Romanvorlage. Im Film wird das nicht so deutlich; da kann man hoffen, daß der nette Junge (Danny Pintauro) aus seiner Ohnmacht wieder erwachen wird.

LUDWIG MERKLE

JOURNAL

Internationaler Bibliothekenkongreß

dpa, München

Der 49. Kongreß des Internationalen Verbandes der bibliothekarischen Vereine und Institutionen (IFLA) ist im Herkulessaal der Münchner Residenz vor mehr als tausend Teilnehmern eröffnet worden. Thema der bis zum 27. August dauernden Tagung und Generalversammlung des auf allen Kontinenten vertretenen Verbandes sind die „Bibliotheken in einer technisierten Welt". Die Bibliothekare brauchten mehr Wissen darüber, mit welchem Medium der Benutzer von Bibliotheken am besten bedient werden könne, sagte IFLA-Präsidentin Else Granheim (Oslo) in ihrer Begrüßungsansprache. Neue Technologien würden zweifellos den Trend verstärken, daß sich die Bibliothekare mehr um den Benutzer kümmerten, gleichzeitig aber auch neue Urheberprobleme mit sich bringen. Etwa 250 Veranstaltungen befassen sich bis zum Samstag mit der „Technik in der Bibliothek", in der zunehmend audiovisuelle Medien und Magnetbänder eine Rolle spielen.

Neuer Verlag in der Schweiz

dpa, Zürich

Die langjährige Cheflektorin und seit einem Jahr auch Verlagsleiterin beim Benziger Verlag in Zürich, Renate Nagel, ist dort ausgeschieden und gründet einen eigenen Verlag unter dem Namen „Nagel und Kimche", ebenfalls mit Sitz in Zürich. Dieser wird seine Tätigkeit am 1. Oktober aufnehmen und vorwiegend ein literarisches Programm für Erwachsene herausbringen. Ein kleines Kinderbuch-Programm soll angegliedert werden. Frau Nagel hat nachdrücklich Informationen bestritten, sie habe sich im „Krach" vom Benziger Verlag getrennt. Die „Basler Zeitung", die vor einer Woche eine entsprechende Darstellung veröffentlicht hatte, brachte ihrerseits eine längere Berichtigung, in der es heißt, sowohl Renate Nagel wie der Benziger Verlag legten Wert auf die Feststellung, „daß von ‚Krach und Scheidung' keine Rede sein kann".

Zweite Auflage eines „DDR"-Romans gestoppt

JBB. Bonn

Christoph Heins Novelle „Der fremde Freund", 1982 im Ostberliner Aufbauverlag erschienen, wird in der zweiten Auflage nicht ausgeliefert und wird somit für „DDR"-Leser zum verbotenen Text. Die Westausgabe ist in diesen Tagen unter dem Titel „Drachenblut" im Luchterhand-Verlag, Darmstadt, erschienen. Christoph Hein, der mit einer Ärztin verheiratet ist, schildert in seinem Prosastück die Midlife-crisis einer 40jährigen Ärztin, deren Freund von gewalttätigen Jugendlichen erschlagen wird.

Polnische Studenten an sowjetischen Hochschulen

rst. Wilna

An 98 Hochschulen und Instituten in 17 Städten der Sowjetunion studieren zur Zeit 1966 junge Polen. Diese Zahl nannte in einem Gespräch mit der in der litauischen Stadt Wilna in polnischer Sprache erscheinenden Zeitschrift „Czerwony Sztandar" Botschaftsrat Zbigniew Kmita von der polnischen Botschaft in Moskau. Die meisten Polen studieren technische Fächer (48 Prozent), 19 Prozent Landwirtschaft und 17 Prozent humanistische Fächer. Die höchste Zahl der polnischen Studenten ist an der Lomonossow-Universität in Moskau immatrikuliert. Außerdem studieren junge Polen an der Militärhochschule in Moskau, der Hochschule für Kriegsmarine in Leningrad und der Hochschule für Gebirgstruppen in Baku.

Wettbewerb für junge Architekten

dpa, Paris

Die Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, Unesco, hat einen internationalen Wettbewerb für Architekten unter 35 Jahren ausgeschrieben. Interessenten können bis zum 30. April 1984 den nationalen Unesco-Kommissionen vollständige Entwürfe über „Wohnsiedlungen der Zukunft" einreichen. Die Architekten sollen dabei die sozio-kulturellen Bedürfnisse der Menschen und die neuesten technischen Möglichkeiten berücksichtigen.

René Wellek 80

Seinen 80. Geburtstag feierte der amerikanische Literaturwissenschaftler René Wellek. Wellek wurde in Wien geboren, verbrachte seine Jugend in Prag, wo er, nach ersten Fellowships in Amerika, von 1931 bis 1935 eine Privatdozentur für Anglistik innehatte. 1939 übersiedelte er endgültig nach Amerika; nach dem Krieg erhielt er einen Ruf als Slawist und Komparatist an die Yale-Universität. 1949 erschien die gemeinsam mit Austin Warren verfaßte „Theorie der Literatur", ein grundlegendes Werk über die moderne Komparatistik. Seit seiner Emeritierung im Jahre 1972 hat er als Gastprofessor zahlreiche Aufgaben wahrgenommen.

DW.

Chirurgen wagen sich mit dem Skalpell an ein Tabu

Von JOCHEN AUMILLER

Während heute so ziemlich alle Organe verpflanzt werden, schreckten die Transplantationschirurgen lange vor dem Gehirn zurück. Schwedische und amerikanische Experimentatoren haben inzwischen aber auch dieses Tabu gebrochen. Zumindest im Tierversuch sieht es so aus, als könnten durch die Einpflanzung von Hirngewebe schwere Defekte des Zentralnervensystems und chronische Hirnkrankheiten gebessert, wenn nicht sogar geheilt werden.

Schon vor Jahren habe der amerikanische Neurochirurg Robert White wegen seiner Hirnverpflanzungen bei Affen Aufsehen, aber auch scharfe Kritik auf sich gezogen. Dabei konnte er zumindest einen Teilerfolg verbuchen. Das transplantierte Hirn arbeitete zwar im Schädel des Empfänger-Organismus, die Schnittstelle zum Rückenmark blieb aber die unüberwindbare Barriere. Die operierten Affen waren am ganzen Körper gelähmt, eine Verknüpfung der Nervenleitungsbahnen mit ihrer Kommandozentrale kam nicht zustande. Die Affen behielten, was die Mediziner eine hohe Querschnittslähmung nennen. Unfallopfer, die eine schwere Quetschung oder einen Riß des Rückenmarks dicht unterhalb der Schädelbasis erleiden, müssen sich mit solchen bis heute irreparablen Schäden abfinden.

Die Forscher hoffen, diese biologische Schallmauer durchbrechen zu können. Ermutigt dazu werden sie durch Hirnverpflanzungen an Ratten. Dabei verwenden sie Hirnteile von *noch ungeborenen*, fötalen Tieren. Es zeigte sich, daß in einigen Fällen die abgetrennten Nervenfasern wieder Kontakt zu ihrer Befehlszentrale aufnahmen. Ganz wesentlich beteiligt ist an dieser Regeneration ein Eiweißstoff, der sogenannte Nervenwachstumsfaktor.

Den *Forscheroptimismus* schürte besonders Donald Stein von der Clark Universität in Worcester/USA. Er berichtete kürzlich in der angesehenen amerikanischen Wissenschaftszeitschrift „Science" über seine erfolgreichen Rattenversuche. Er *zerstörte zunächst* 21 Tieren einen großen Teil des sogenannten Frontalhirns, das vor allem für die räumliche Koordination zuständig ist. Die Tiere hatten daraufhin in bestimmten Versuchsanordnungen große Schwierigkeiten, sich räumlich zu orientieren. Gängige Experimente erziehen die Ratten dazu, sich abwechselnd nach links und nach rechts zu drehen, um den Ausgang eines künstlichen Labyrinths finden zu können. Schaffen sie es, werden sie belohnt, in diesem Fall mit einem Schluck Wasser. Normalerweise lösen Ratten dieses Problem nach zweieinhalb Tagen. Mit defektem Frontalhirn brauchen sie allerdings 18 Tage, bis der Groschen gefallen ist.

Stein wartete *mit* dem operativen Eingriff eine Woche. So lange sollten die Tiere Zeit haben, sich von der Zerstörung des Frontalhirns zu erholen und insbesondere möglichst viel von dem „heilenden Eiweiß", dem Nervenwachstumsfaktor, zu produzieren. Dann pflanzte er seinen Versuchstieren eine stecknadelkopfgroße „Portion" Frontalhirn in ihren kleinen Schädel, die er zuvor Rattenembryos entnommen hatte. Er entschied sich für den Hirnteil der noch Ungeborenen, weil sie besonders große Mengen an Nervenwachstumsfaktor enthalten. Ergebnis dieses ausgeklügelten Eingriffs: Die operierten Ratten brauchten für die Lernübung etwa *achteinhalb* Tage. Wenn sie auch noch deutlich schlechter als gesunde Ratten abschnitten, so zeigten die operierten Tiere eindeutige Fortschritte. Später wies Stein noch nach, daß das eingepflanzte Frontalhirn Kontakt zu den vorhandenen Hirnstrukturen aufgenommen hat, es ist eingewachsen. Steins Schlußfolgerung: Das Hirn ist viel regenerationsfähiger, als wir bisher geglaubt haben.

Besondere praktische Bedeutung haben die Studien des Neurowissenschaftlers William Freed vom Saint Elizabeth's Hospital in Washington D. C. Er pflanzte Ratten fetale Hirnzellen ein, die an einer Hirnkrankheit litten, ähnlich der auch vom Menschen bekannten Schüttellähmung (Parkinsonsche Erkrankung). Man weiß, daß eine Hauptursache dieses gar nicht so seltenen Leidens in der Mangelproduktion eines speziellen Eiweißstoffes liegt, dem sogenannten Dopamin. Diesen Dopaminmangel, so hofft man, könnten die unverbrauchten Fötalzellen ausgleichen. Erste Tierversuche weisen jedenfalls *darauf hin. Einige Forscher sind so*gar so zuversichtlich, daß sie prophezeien, mit dieser Methode die Parkinsonsche Krankheit beim Menschen innerhalb der nächsten fünf bis zehn Jahre heilen zu können. Aber auch für andere, bislang kaum beeinflußbare Hirnerkrankungen sehen sie Chancen.

Entsprechende Versuche am Menschen stoßen freilich noch auf heftigen Widerstand. Aus ethischen Gründen will man in den USA von solchen Experimenten nichts wissen: Menschliche Hirnzellen aus Föten, so die Kritiker, dürfen zu solchen Versuchen nicht verwendet werden. Die Partei der Befürworter argumentierte kürzlich bei einem *Expertentreffen*, das vom nationalen Gesundheitsinstitut (National Health Institute) einberufen wurde, es handele sich um vielversprechende Bemühungen, die dazu führen könnten, daß chronische Hirnerkrankungen heilbar werden. *Das letzte Wort* darüber ist aber noch nicht gesprochen.

NRW meldet 119 000 Schüler weniger als '82

dpa, Düsseldorf

Rund 119 000 Schüler weniger als im Vorjahr werden im neuen Schuljahr 1983/84 die allgemeinbildenden Schulen des bevölkerungsreichsten Landes Nordrhein-Westfalen besuchen. Wie Kultusminister Jürgen Girgensohn gestern – am ersten Schultag – in Düsseldorf erklärte, sind das nach der Vorstatistik etwa fünf Prozent weniger als 1982. Nur die Gesamtschulen, die erneut hohe Bewerberzahlen registrierten, haben noch Zuwachsraten.

Der erhebliche Schülerrückgang, dessen genaues Ausmaß erst die endgültige Statistik im Herbst zeigen wird, ist nach Angaben des Kultusministers mit 7,7 Prozent bei den Hauptschulen am höchsten. Die Gymnasien rechnen mit 6,4 Prozent in der Sekundarstufe I (fünftes bis zehntes Schuljahr) und 1,3 Prozent in der Sekundarstufe II (elftes bis dreizehntes Schuljahr), rund 4,8 Prozent weniger Schüler werden die Realschulen haben. Lediglich in den Grundschulen werde sich der Rückgang mit weniger als vier Prozent „abflachen". 1976, im Jahr mit der höchsten Schülerzahl, besuchten in Nordrhein-Westfalen rund 3,4 Millionen Kinder und Jugendliche die Schulen des Landes. Dieses Jahr werden es rund 2,9 Millionen sein. Den „*Tiefpunkt*" erwartet Girgensohn 1991 mit rund 2,5 Millionen Schülern.

Im neuen Schuljahr wird es nach Girgensohns Angaben in den Grund- und Hauptschulen „praktisch keine Klasse mehr geben, in der mehr als 35 Schüler unterrichtet werden". Angesichts der „angespannten Haushaltslage" müßten allerdings die Schüler/Lehrer-Relationen, wie in den beiden Jahren davor, „unverändert bleiben".

Tod in der Nordsee

AP, Wangerooge

Beim Absturz eines Sportflugzeugs vom Typ Cessna sind am Sonntagabend zwei Kilometer nahe Wangerooge beide Insassen der Maschine ums *Leben gekommen.*

Mordverdacht

dpa, Hamburg

Unter dem Verdacht, in der „DDR" einen Menschen beraubt und ermordet zu haben, ist in Hamburg der 23jährige „DDR"-Flüchtling Frank Weißgerber verhaftet worden. Weißgerber war Anfang des Jahres bei seiner Flucht durch die Selbstschußanlagen auf „*DDR*"-Gebiet erheblich verletzt worden. Ein Auslieferungsersuchen des Generalstaatsanwalts der „DDR" liegt vor.

Flößer ertrunken

dpa, London

Der 35 Jahre alte Günter Miesef aus Freiburg im Breisgau, der mit einem selbstgebauten Floß über den östlichen Atlantik nach Portugal segeln wollte, ist vermutlich ertrunken. Nach Angaben des französischen Atlantik-Überwachungszentrums wurde ein *Floß aus sechs großen Fässern mit* dem Tagebuch Miesefs gefunden. Von dem Abenteurer selbst gab es keine Spur.

Dreijährige gerettet

rtr, Grenoble

In den französischen Alpen ist am Sonntagabend ein dreijähriges Mädchen gerettet worden, das 43 Stunden neben seinem toten Großvater gelegen hatte. Der Mann war während eines Gewittersturms mit seiner Enkelin einen 200 Meter hohen Felsabhang hinabgestürzt und dabei ums Leben gekommen.

Bei Absturz getötet

rtr, Stanwood

Bei einem Flugzeugabsturz im US-Bundesstaat Washington sind elf Fallschirmspringer ums Leben gekommen. 15 Kameraden konnten sich mit einem Sprung aus der abstürzenden Maschine in Sicherheit bringen.

Herzempfängerin gestorben

dpa, München

Die 42jährige Patientin, der vor zehn Tagen im Münchner Universitätsklinikum Großhadern ein neues Herz eingepflanzt worden war, ist gestern *morgen gestorben.* Nach Auskunft der Ärzte war es bereits am zweiten Tag nach der Transplantation zu einem fortschreitenden Organversagen gekommen.

Zugunglück bei Dublin

dpa, Dublin

Bei dem Zugunglück am späten Sonntagabend nahe Dublin sind mindestens sieben Menschen ums Leben gekommen. Ein Personenzug war auf einen anderen auf der Strecke stehenden zweiten Personenzug aufgefahren.

ZU GUTER LETZT

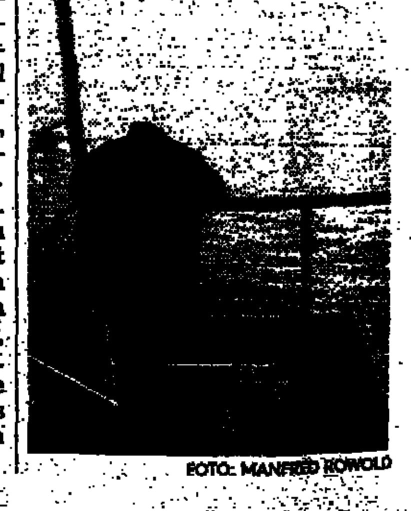


FOTO: MANFRED HOWOLD

Tausende von Lastwagen verschwinden in den dunklen Kanälen der Mafia

Wegen zunehmender Überfälle auf T. I. R.-Transporte in Italien fordern Fahrer Gefahrenzulage

KLAUS RÜHLE, Rom

Die italienische Mafia umfaßt viele lukrative Branchen. Neben dem ertragreichen Drogengeschäft gehören Raubüberfälle auf ausländische Lastzüge, die T. I. R.-Lkw, zu den wichtigsten Einnahmequellen. In Italien wird der Warentransport zu 80 Prozent auf dem Straßenweg abgewickelt. T. I. R.-Lastzüge aus halb Europa befördern wertvolle Importwaren quer durch das Land. Nur zu oft erreichen sie allerdings ihr Ziel nie. Tagtäglich verschwinden jenseits von Brenner und Gotthard 10 bis 20 Warentransporte spurlos. Im vergangenen Jahr sind rund 6000 meist ausländische Lastwagen samt Ladung Opfer der T. I. R.-Mafia geworden. Nur in zehn Prozent der Fälle konnten die Täter gestellt werden, tauchte die gestohlene Ware wieder auf.

Selbst Lkw-Besitzer sind mit im Geschäft

Die T. I. R.-Gangs bedienen sich ungezählter Helfer und Helfershelfer. *Nicht selten die* Fahrer selbst, die aus Angst oder Habgier mitmachen und dabei ein „Mitarbeiterhonorar" kassieren. Die italienischen Versicherungsgesellschaften, das heißt die Hauptleidtragenden des organisierten Straßenraubs, sind sogar überzeugt davon, daß mancher Lkw-Besitzer an dem Geschäft beteiligt sind und neben der Entschädigung auch noch eine Prämie kassieren. Schließlich soll es auch Zollbeamte geben, die durch wertvolle Informationen über die Ladung von Lastwagen die Mafia unterstützen.

Mindestens acht verschiedene Banden sind auf italienischem Boden im einträglichen T. I. R.-Geschäft. Begehrte Beute sind vor allem Farbfernsehgeräte, Elektrogeräte, Pharmazeutika, Pelze, Konfektion, Schuhe, Nahrungsmittel jeder Art. Die gestohlenen Waren werden dank perfekter Organisation in Windeseile in eigenen Lagerräumen versteckt und dann über hundert Kanäle zu günstigen Preisen in den Handel gebracht. Wichtigste Umschlagplätze sind Mailand und Neapel. Über die Umsätze der T. I. R.-Mafia liegen keine Angaben vor. Aber sie belaufen sich si*cherlich auf viele Millionen Mark im* Jahr.

Die Lkw-Fahrer im T. I. R.-Verkehr leben derweil in Angst und Schrekken. Der neapolitanischen Tageszeitung „Il Mattino" gegenüber erklärte der 52jährige Fahrer Giovanni Esposito: „Am liebsten würde ich die Arbeit an den Nagel hängen. Wir sind der mächtigen Lkw-Mafia schutzlos ausgeliefert. An irgendeiner Tank- oder Raststätte fällst du ihnen in die Hände. Und wenn du dich wehrst, wirst du verprügelt oder umgelegt. Dir bleibt nur übrig, den Diebstahl bei der Polizei anzuzeigen."

Breite Unterstützung in ganz Europa

Die ständigen Anschläge auf die „Brummis" haben die ausländischen Lkw-Fahrer veranlaßt, energische Maßnahmen zum eigenen Schutz und der beförderten Ware zu fordern. Dies um so mehr, als in letzter Zeit verschiedene Fahrer bei Überfällen getötet wurden. Ein Vorschlag der dänischen T. I. R.-Fahrer sieht einen Risikozuschlag von 2000 Kronen (etwa 600 Mark) pro Italientransport vor. Auf Regierungsebene wird von dänischer Seite ein besserer Schutz der Wagen und ihrer Fahrer durch die italienische Polizei verlangt – vor allem bewachte Lkw-Parkplätze in ganz Italien. Der Vorstoß der dänischen Lkw-Fahrergewerkschaft fand Beifall nicht nur bei allen Arbeitskollegen der anderen europäischen Länder, sondern auch in Italien selbst.

100 Millionen warten jeden Abend auf Willis

Meistgehörter Rundfunkmann ist ein Jazz-Moderator

WERNER THOMAS, Washington

Das Büro neben dem Studio ist klein, fensterlos und total überfüllt mit Tausenden von Schallplatten und Tonbändern. Der schlanke, grauhaarige Herr wirkt scheu, ernst. Gelegentlich auch verlegen, wenn er etwa über die Beifallsstürme bei seinen Auslandsreisen reden muß. Bei Fragen nach seinem Privatleben hüllt er sich in Schweigen.

Willis Conover kultiviert die Bescheidenheit, die einen frappierenden Kontrast bildet zu einer phänomenalen Karriere und Popularität: Der Jazz-Moderator der „Voice of America" in Washington hat es zum meistgehörten Rundfunkmann der Welt gebracht. Etwa 100 Millionen Menschen in mehr als 80 Ländern lauschen täglich seinem einstündigen Programm. Aus Neu-Guinea



Im Ostblock fast wie ein Heiliger verehrt: Willis Conover

FOTO: DIE WELT

schrieb ein Fan: „Ihre Show ist jeden Abend der einzige Lichtblick in meinem monotonen Dasein."

Den größten und dankbarsten Hörerkreis hat der 62jährige jedoch in den Ostblock-Staaten. Dort wird er fast wie ein Heiliger verehrt. Unzählige junge Russen, Polen und Tschechoslowaken lernten durch seine Sendungen die englische Sprache. Millionen weniger Sprachbegabte in der Conover-Gemeinde beherrschen zumindest die Begrüßung: „Good evening, this is Willis Conover." Mit diesen Worten beginnt er die legendäre „Voice of America jazz hour".

Im Juli vergangenen Jahres begleitete Conover den Pianisten Chick Corea und den Vibraphonisten Gary Burton auf einer Reise durch die Sowjetunion. Vor den Konzerten ging Conover auf die Bühne, um sich vorzustellen. Er sagte nur „Good evening", da tobte das Publikum.

Willis Conover weiß seit 1959, welchen Einfluß sein Programm in Osteuropa hat. Damals reiste er zum ersten Mal nach Polen und wurde auf dem Flughafen in Warschau von einer jubelnden Menge begrüßt.

„Der Jazz", erläutert Conover, „wird in solchen Ländern am meisten geschätzt, wo er am schwersten zugänglich ist." Es handle sich meist um Länder mit totalitären Systemen, *und das sei kein Wunder.* Conover: „Jazz symbolisiert die Freiheit. Jazz verkündet die Vitalität unseres Lebens. Für andere Menschen repräsentiert Jazz ein Stück Freiheit, die sie sonst nicht kosten dürfen."

Conover interessiert sich für alles, was unter dem Namen Jazz läuft. Fasziniert registriert er die neuen Elemente, die plötzlich von überall kommen – auch aus Deutschland. „Augenblick", sagt er, und kramt unter einem riesigen Plattenberg eine Klaus-Weiß-Platte hervor: „Ich schätze diesen Mann, der kann was." Der Erwähnung wert sind ihm auch Volker Kriegel und „natürlich" Albert Mangelsdorff.

Der Jazz-Papst spricht nur ungern über seine Vorlieben. „Man soll nicht bewerten", erklärt er. „Es kommt immer auf die jeweilige Stimmung an." Soviel möchte er gestehen: „Dizzie Gillespie mag der größte lebende Jazz-Musiker sein. Die Musik von El*lington inspiriert mich persönlich am* meisten." Die ersten Takte von Duke Ellingtons „Take the a-train" leiten nach wie vor das Conover-Programm ein.

Willis Conover, in Buffalo (US-Bundesstaat New York) geboren, versorgt seit Januar 1955 die Welt mit Jazz. Er war zuvor Jazz-Moderator eines kommerziellen Radiosenders gewesen. In den vierziger Jahren verhalf er schwarzen Musikern zu Engagements in „weißen" Klubs und half so auf seine Weise, die Rassenschranken niederzureißen.

Sein Rundfunkprogramm wurde zunächst nur probeweise gesendet. Jazz genoß nicht den besten Ruf. Die schräge Musik wurde mit einem lokkeren Lebenswandel assoziiert. Der Test übertraf alle Erwartungen. Die „Voice of America jazz hour" avancierte innerhalb weniger Monate zur weitaus populärsten Sendung des Regierungssenders. Sie ist es bis heute geblieben. William Gavin, einst ein *hoher Beamter der „United States* Information Agency", der die Stimme Amerikas untersteht, bezeichnet Conover als „eines unserer wichtigsten außenpolitischen Instrumente". Ihm sei es zu verdanken, daß Millionen Ausländer auch die Nachrichten- und Informationssendungen hören.

Conover selbst ist ein eher „unpolitischer Mensch". Er sitzt seit mehr als 28 Jahren in dem kleinen Studio an *der Independence Avenue in Wa*shington gegenüber dem faszinierenden Luft- und Raumfahrtmuseum. Kurioserweise kennt in Washington kaum jemand einen der international bekanntesten Amerikaner. (SAD)

Großbaustelle im Untergrund von New York

dpa, New York

„Ich habe alles gegeben, was ich habe", sagte in der vergangenen Woche John Simpson, Direktor der New Yorker Nahverkehrsbetriebe, und trat unerwartet von seinem Posten zurück. Der Rücktritt warf ein grelles Licht auf den desolaten Zustand der New Yorker U-Bahn, die mit einem Fahrgastaufkommen von fast einer Milliarde Menschen im Jahr das wichtigste Nahverkehrsmittel der New Yorker ist.

Die Vielzahl der Probleme, das „tägliche Trommeln der Kritiker" und die zwischen lautem Ärger und stummer Verzweiflung schwankende Stimmung vieler U-Bahn-Benutzer hatten den 46 Jahre alten Verkehrsfachmann *vorzeitig mürbe und mutlos gemacht.* Und fast wie bestellt wirkte eine weitere Hiobsbotschaft: Gerade hatte Simpson seinem verblüfften Publikum den Rücktritt bekanntgegeben, traf die Nachricht ein, daß im Stadtteil Bronx ein Zug aus den Schienen gesprungen war. In der „rush hour" wurde auf einer wichtigen Teilstrecke der Verkehr blockiert: Es war die zwölfte Entgleisung eines U-Bahn-Zuges in diesem Jahr.

Mit Elan gestartet

Dabei hatte Simpson mit viel Elan begonnen. In seiner Amtszeit erhielt die U-Bahn-Polizei scharfe Schäferhunde, um Gangster abzuschrecken, *mit Graffitis* verschmierte Wagen wurden mit weißer Lackfarbe bestrichen. Simpson führte Leistungstabellen ein, die zeigten, wie gut oder schlecht das Material funktioniert. Als er im Winter 1980/81 seinen Dienst antrat, versagten jeden Tag 150 Züge den Dienst. Anfang des Jahres waren es nur noch ein Dutzend Züge am Tag. Doch dann kam ein Rückschlag:

Wegen der vielen Entgleisungen prüften Experten in diesem Sommer das 723 Meilen lange Schienensystem auf Herz und Nieren und fanden fast 400 Schadstellen. Sie müssen sofort mit einem Kostenaufwand von über 23 Millionen Dollar nachts und an Wochenenden repariert werden. Gefunden wurden viele ausgefahrene Gleisanlagen, lockere Stränge, rostige Weichen, abbröckelnde Mauern, Wasserschäden und Schwachstellen im Stromversorgungsnetz.

Die U-Bahn-Zugführer erhielten Anweisung, an hundert Stellen im *U-Bahn-Netz die Geschwindigkeit auf* 15 Stundenkilometer zu drosseln, um Entgleisungen zu vermeiden. Dazu kommt, daß nur jeder zweite Wagen klimatisiert ist und Verspätungen von 15 bis 30 Minuten im Fahrplan in diesem Sommer fast die Regel sind. Dies nahmen die *Fahrgäste meist gott*ergeben und schweigend hin, sofern die Züge mit normaler Geschwindigkeit fuhren. Aber an den heißen Sommertagen riß vielen doch der Geduldsfaden, wenn ihr Zug im Kriechtempo durch die Schächte bummelte.

Offene Kritik nicht ratsam

Ob die Zugführer nun aber zu schnell oder zu langsam fahren – offene Kritik an ihnen vermeiden die Behörde und auch die Fahrgäste tunlichst. Als vor einiger Zeit in einer Studie die Fahreigenschaften der U-Bahn-Zugführer mit dem Temperament von Rodeoreitern verglichen wurden, antworteten diese mit einer *Go-slow-Aktion.* Eine systematische Bummelaktion der Zugführer im Hochsommer müßte katastrophale Auswirkungen auf die Stimmung in der U-Bahn haben.

Leichter als die 167 000 Tonnen Schienenmaterial lassen sich die 40 Jahre alten, rostigen und von „Sprühdosen-Künstlern" verschmierten Wagen der New Yorker U-Bahn auswechseln. In den nächsten *vier Jahren soll* ein Drittel des Wagenparks der IRT-Linie, einer Nord-Süd-Verbindung, erneuert werden – 325 Waggons wurden in Japan, 825 in Kanada bestellt.

Die neuen Wagen sind klimatisiert. Der Lack nimmt weder außen noch innen Graffitis an. Anders als die oft klemmenden automatischen Türen der alten Züge öffnen sich die Türen der neuen Wagen schnell *und lautlos*, wenn der Zug auf Stationen hält. Bereits im Oktober 1983 soll der erste Zehn-Wagen-Zug aus Japan durch das Tunnelnetz unter den Straßen von Manhattan rollen.

LEUTE HEUTE

Komischer Nachbar

Der amerikanische Regisseur **Mel Brooks**, Spezialist für Kino-Komik, hat jetzt mit seinem jüngsten Einfall seine Nachbarn in Santa Monica auf die Palme gebracht. Dort baut er sich an einer stillen lindenumsäumten Villenstraße eine überdimensionierte Bleibe mit grell glänzender Stuckfassade und schrägem Kupferdach. Meinte ein Nachbar: „Da hätte ich ja gleich neben einer häßlichen Fabrik bauen können."

Blonde Verwechslung

Als die 19 Jahre alte **Sophie Birdwood** gestern von den Bahamas nach London zurückkehrte, konnte sie auf vielen Titelseiten lesen, daß sie das Wochenende mit Prinz Andrew auf Schloß Balmoral verbracht habe. *Die Blondine* war *sichtlich* erbittert und der Buckingham-Palast sah sich gegen alle Übung genötigt, mitzuteilen, wer die Blondine auf Balmoral war: **Carolyn Herbert** (21), Tochter von **Lord Porchester** – und keineswegs als Gast des Prinzen, sondern auf Einladung der Queen höchstselbst.

Streit um „Null-Grenze"

Österreichs Autofahrer sollen absolut abstinent sein

KURT POLLAK, Wien

Vom Alkohol „leben" derzeit Österreichs Politiker, seitdem der sozialistische Verkehrsminister Karl Lausecker in der Vorwoche angekündigt hat: „Ich bin für die 0,0-Promillegrenze bei Kraftfahrern!" Der Minister plant, angesichts der steigenden Zahl von Verkehrsunfällen, an denen betrunkene Autofahrer beteiligt sind, seine „*0,0-Forderung*" *im Herbst als* Gesetzesvorlage einzubringen.

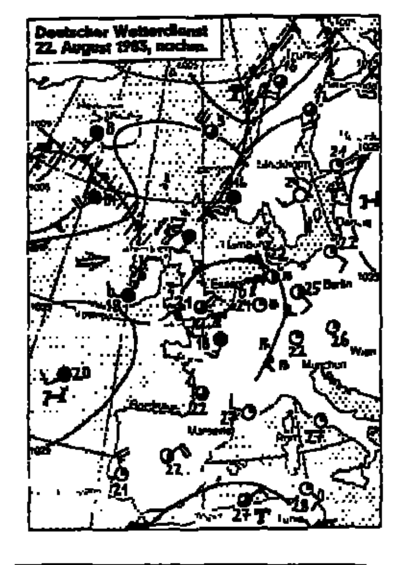
Im klassischen Weintrinkerland *Österreich hatte diese Absichtserklä*rung prompt ein gewaltiges Echo. Nicht nur die Weinproduzenten laufen Sturm, auch für Politiker aller Couleurs wurde der Blutalkoholpegel zum Diskussions-„Brennstoff". Selbst Fraktionskollegen Minister Lauseckers lehnen dessen rigorose Anti-Alkohol-Vorstellungen ab.

Als Sprecher der größten Autofahrerorganisation Österreichs, dem ÖAMPC, erklärte Walter Prskawetz: „Mangelnde Überwachung kann nicht durch Herabsetzung der Strafwürdigkeit wettgemacht werden. Wenn sich der Minister die 0,0-Promillegrenze in den meisten Ostblockstaaten zum Vorbild nimmt, dann sollte ihm bekannt sein, daß diese Maßanahme nur der Erleichterung der Rechtsprechung in diesen Ländern dient, jedoch keineswegs der Abschreckung."

Zur endgültigen „Beruhigung" der österreichischen stillen und lautstärkeren Zecher hat sich schließlich ein Experte, der Gerichtsmediziner Pro*fessor Josef Herbich zu Wort* gemeldet, der als „Blutalkohol-Papst" von Österreichs Autofahrern gefürchtet wird. Professor Herbich spricht sich aus mehreren Gründen entschieden gegen die 0,0-Grenze aus: Bei den Blutalkoholtests gebe es immer noch eine Fehlermarge von 0,02 bis 0,01 Promille. Zudem verfüge jeder Mensch über einen „körpereigenen" Alkoholanteil im Blut, der besonders *nach dem Genuß* von Obst *meßbar* werde. Herbich: „Nach einer ‚exzessiven' Pflaumenmahlzeit kann der Zucker im Obst den Blutalkoholwert auf 0,1 Promille anheben. Berücksichtigt man nun auch die mögliche Fehlerquote, käme bei einem alkoholabstinenten Obstliebhaber unter Umständen ein Wert von 0,3 Promille heraus . . ."

WETTER: Schwülwarm

Wetterlage: Bei geringen Luftdruckgegensätzen über Mitteleuropa bleibt feucht-warme Luft für Deutschland wetterbestimmend.



Vorhersage für Dienstag:

Ganz Deutschland: Frühmorgens strichweise neblig-dunstig. Sonst zunächst heiter bis wolkig. Nachmittags zeitweise auch starke Quellbewölkung und einzelne Wärmegewitter. Höchsttemperaturen 24 bis 28 Grad, in den Alpen in 2000 m um 13 Grad. Nächtliche Tiefstwerte 13 bis 17 Grad. Einzelne Gewitterböen, sonst schwachwindig.

Weitere Aussichten:

Keine rasche Änderung des schwülwarmen, zu Gewitterbildung neigenden Sommerwetters.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Ort	Temp.	Ort	Temp.
Berlin	25°	Kairo	28°
Bonn	24°	Kopenh.	23°
Dresden	24°	Las Palmas	22°
Essen	24°	London	21°
Frankfurt	26°	Madrid	22°
Hamburg	22°	Mailand	28°
List/Sylt	20°	Mallorca	31°
München	22°	Moskau	16°
Stuttgart	24°	Nizza	27°
Algier	27°	Oslo	21°
Amsterdam	23°	Paris	18°
Athen	29°	Prag	25°
Barcelona	26°	Rom	27°
Brüssel	24°	Stockholm	24°
Budapest	27°	Tel Aviv	28°
Bukarest	25°	Tunis	28°
Helsinki	21°	Wien	26°
Istanbul	27°	Zürich	22°

*Sonnenaufgang am Mittwoch: 6.21 Uhr, Untergang: 20.27 Uhr, Mondaufgang: 21.17 Uhr, Untergang 6.46 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Über Nardo ging ein Stern auf



Auf dem Rundkurs von Nardo (Süditalien) *ging* wieder ein Stern auf. Wie in vergangenen Zeiten motorsportlicher Überlegenheit beendete ein Daimler-Benz 190 E mit dem neuen 2,3-Liter-16-Ventil-Motor *den Dauererprobungslauf mit drei Weltrekorden.* Dabei legten die Versuchsfahrer aus Stuttgart die Gesamtdistanz von 50 000 Kilometern in 201,40 Stunden zurück und erreichten eine neue Durchschnitts-Höchstgeschwindigkeit von *247,94* km/h. Der bisherige Rekord von 180 km/h war vor 30 Jahren mit einem Duesenberg Spezial in Amerika aufgestellt worden. Beim Daimler-Benz-Rekordfahrzeug handelte es sich um die sportliche Variante der 190er Baureihe. Sie wird wegen der allgemeinen Verkaufserfolge sportlicher Modelle bereits zur Frankfurter IAA im September der Öffentlichkeit vorgestellt, aber erst im nächsten Jahr verkauft werden. Das Rekordfahrzeug war weitgehend identisch mit diesem neuen Spitzenmodell der Mercedes-Kompaktreihe: 185 PS bei 6000 U/min, 5-Gang-Schaltgetriebe und 250 km/h Spitzengeschwindigkeit. Für die Werksfahrer und das Boxenteam wurde *die Dauererprobung mindestens so stra*paziös wie für das Material. Außentemperaturen von mehr als 40 Grad Celsius und 50 bis 60 Grad Hitze im Fahrzeug machten auf der 12,6 Kilometer langen Rennstrecke den Test zur Tortur. Der Motor des Versuchswagens – mit zwei Einlaß- und zwei Auslaßventilen pro Zylinder ausgerüstet – arbeitete während der fast neun Tage dauernden Vollastfahrt gleichmäßig wie ein Uhrwerk. In den Jahren *1976* bis *'78* hatte Daimler-Benz unter der Regie von Professor Scherenberg mit dem keilförmigen C111 Distanz- und Zeitweltrekorde für Diesel- und Benzinversionen aufgestellt. **HÖR**